Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Frankfurter Informationsdienst e.V
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abonnements	Bezahlt bis ID Nr.	Exemplare
3842 W		3

iD 194



Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 194 10. SEPT. 77
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr

D 1870 CX

frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52
postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

Hausmitteilung *Durchsuchung beim ID - Druckladen/ Vorsicht am Telefon Durchsuchung anderer linker Betriebe*

Seite 2/3: *Alternativpressetreffen erst im Oktober / Knastarbeit am AKW-Bauzaun / Ausstellung der Tvind-Schule / Schlüssel zum Sozialismus gefunden / Material zur Gefangenenbewegung gesucht / Broschüre zu Chile / AMAK sucht Neutronenbombe*

grohnde	anti-atomdorf geräumt	3
grohnde	presseerklärung zu anklagen gegen akw-gegner	4
gorleben	gorleben soll leben	5
hamburg	erstes deutsches sonnenforum	6
bochum	was tun wenn OPEL kündigt	6
frankfurt	ig-metall fordert 35-stunden-woche	9
göttingen	der NACHRUF hat weitere folgen	10
werl/köln	zahl/gend: hunger- und durststreik	11
lübeck	hungerstreik gegen zensur	12
frankfurt	hungerstreik	12
stammheim	erklärung zur BEENDIGUNG des streiks	13
westberlin	bundesanwaltschaft als ankläger in westberlin	13
nürnberg	welcher gefangene ist schon nicht politisch?	13
gmünd	hausbesetzer-prozess in gmünd	14
hamburg	landgericht hamburg gegen id	14

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

HAUSMITTEILUNG

Am 30. August wurde der ID und der Druckladen, in dem der ID gedruckt wird, durchsucht. Im „Pflasterstrand" steht geschrieben:

Die ID - Abonennten, die schon vor Wochen Geld für ein Abo überwiesen haben und seitdem vergebens auf den Beginn einer Lieferung gewartet haben, sollen wissen, warum das so war: der ID hatte eine Sommerpause.

So einige Minuten vor 16.00 Uhr trafen mehrere (3 – 4) Mannschaftswagen mit Grün- bzw. Khakiuniformierten der Bereitschaftsjugend bewaffnet mit der Uzi (MP) vor dem Grundstück ein. Ihnen folgten in der ihnen eigenen saloppen Kleidung Beamte des BKA (Bundeskriminalamt) Abt. TE (Terrorismus) Bonn–Bad Godesberg und des LKA (Landeskripo) Wiesbaden in vornehmlich neutralen BMW-Karossen. Es waren sicher etliche mehr als 10. Einsatzleiter Oppermann stellte zwei MP-Bewaffnete vor ein Tor, zwei mitsamt VW-Bus vor das zweite, zwei vor den Druckladen, zwei vor den ID und zwei ins Treppenhaus vor dem Aufgang zum 2. Stock. Man betrat die Räume des ID, wies einen Beschlagnahmebeschluß des Amtsgerichtes Ffm. vor, um Nr. 172/173 (8. April 77) mitzunehmen, weil auswärtige Richter beleidigt worden seien. Von allen Anwesenden wurden Personalien aufgenommen, der entsprechende ID gefunden. Als ein Anwesender unruhig wurde, da so viele UZIS und 9mm Pistolen rumblitzten und er meinte, die Uniformierten müssten raus, schickte man diese auch raus.

„Haben sie nicht noch irgendwo weitere Nummern? Vielleicht da?" Man zeigte mit dem Finger auf ein Regal, „oder da?", zeigte auf ein anderes. „Nein!" So war der Ton. Einige Zivile betraten ein benachbartes Büro, sahen kurz hinein – große Unordnung – drehten sich um, gingen wieder hinaus. So etwa bis 16.30 Uhr.

Dann verlangte man Eintritt in die Räume der Druckladen GmbH, die jedoch verschlossen waren. Als der Schlüssel nicht da war, wollten die Polizisten die Tür eintreten, warteten aber doch, bis sich ein Schlüssel fand. Hier durfte nun kein „Gast" mehr rein. Anwesend waren jetzt ein Anwalt, ein Zeuge und ein Gesellschafter der GmbH. Der Ton blieb sachlich aber bestimmt. „Wenn hier einer kritisiert, machen wir sofort von der Festnahme Gebrauch." (Einsatzleiter) Bald stellte sich heraus, daß der Geschäftsführer nicht aufzutreiben war, einige Beamte gingen zu seiner Wohnung, klingelten – nichts – gingen wieder weg.

Währenddessen begann die systematische Durchsuchung. Jetzt liefen allerdings wieder einige Uniformierte mit ihren MPs rum und „halfen suchen." Vorzuweisen hatte man eine Anweisung des Bundesanwalts Dr. Krüger (Karlsruhe) auf Durchsuchung nach dem MOB – Frankfurter Zeitung 1 mit der Begründung „Gefahr im Verzug!". Die nächsten sechs Stunden (bis ca. 23.00 Uhr) vergingen jetzt mit der systematischsten, gründlichsten Durchsuchung der letzten Zeit in Ffm. Jede Akte, jede Schublade, jeder Kasten, jeder Mülleimer, jeder qcm Fußboden wurde abgesucht.

Mitgenommen wurden dann das Telefonverzeichnis, Auftragsbücher, Filme, Matritzen, Geschäftsordner, Personalunterlagen, Privatpapiere (z.B. Urlaubspostkarten), Zeitungen, Belegexemplare, Farbband der Schreibmaschine, Schreibmaschinenprobe, Papier und Filmabfall, Schlüssel, Notizzettel. Aus dem Lager wurde von jeder Papiersorte eine Probe entnommen. Einige Kästen Leergut mitsamt Kästen (Bier, Säfte) gingen mit. Eine Grundskizze mit Standort von Arbeitstischen, Maschinen etc. fertigte man an und fotographierte jeden Winkel genauestens. Sogar die Anwesenden drei Nicht-Beamten. „Aus Versehen", gab man an. Natürlich wurden die Fingerabdrücke auf Flaschen, Tassen usw. nicht vergessen. Als der belastete Gesellschafter von seinem Recht der Aussageverweigerung zur Sache Gebrauch machte, bekam er zu hören:

„Damit belasten Sie sich nur noch mal Trotzdem stellte man Fragen, wer nun welche Funktionen habe und welche Kontakte zur Szene bestünden. (Die Naman hatte man ja aus den Papieren). Jedoch keine Antwort. Bei einem Namen ein vernehmliches „aha, der ist auch Unterschriftsberechtigt" usw. Einige Beamte gingen auch durch betriebsfremde Räume, wie z.B. den Keller. Selbst unbelichtete Filme wurden gesichtet!

Der anwesende Gesellschafter wurde dann ohne Begründung festgenommen und mit auf das Polizeipräsidium genommen. Ohne Anwendung von unmittelbarem Zwang wurde er abgeführt und (wer seine Macht so deutlich zeigt, kann leicht darauf verzichten) nochmals vernommen. Wieder nur Angaben zur Person. Erkenungsdienstliche Behandlung folgt. Danach „Nachtruhe" bis 5.30 Uhr morgens und nochmal 1 1/2 Stunden. Frage: Wer arbeitet an welcher Maschine und weitere Interna!

Nach 15 Stunden war der vorläufig Festgenommene wieder zu Hause. Ermittlungsverfahren wegen § 129 läuft natürlich. Vor der Entlassung händigte man ihm das sauber kopierte (Orginal verbleibt beim Computer) Adressbuch abgeheftet wieder aus, mitsamt Notizzetteln, die sogar in der ursprünglichen Reihenfolge waren. Er hatte allerdings fast 24 Stunden „Kommunikation" mit den Staatsorganen und wohl doch etwas Neues aus der Beamtenszene physisch und psychisch erfahren.

P.S.: Vom MOB wurde nichts, aber auch gar nichts gefunden! "

KONTROLLE IST NOTWENDIG

Mitteilenswert ist eine neue Verhaltensweise der Kriminalen, die sich im Frankfurter Raum auch bei der Fahndung im Schleyer-Fall gezeigt hat. Waren die Besuche früher in der Regel ruppig bis brutal und wurden bei Durchsuchungen Wohnungen und Jugendzentren verwüstet, so machte sich in der letzten Woche eine höflich-vornehme Zurückhaltung breit, daß einem das Gefühl beschlich, aus Versehen in Kafkas Palästen zu sein.

Die Zivilen verhielten sich so „höflich" vertraut, als ob sie dir ein Auto verkaufen wollten und dafür Prämien bekämen. Es ist leicht zu sagen, das sei nur „Oberfläche", was sicher richtig ist; allein diese Art des Vorgehens vermittelt ein Gefühl der Machtlosigkeit, weil keine Konfrontation mehr aufgebaut wird, an der die verschiedenen Interessen deutlich werden können. Und im Zweifelsfall wird durch personelle und materielle Überlegenheit jeder Protest erdrückt.

Am 8. September gabs zumindest Hausdurchsuchungen und vorläufige Festnahmen in Düsseldorf und Bochum. Mindestens drei Leute wurden erkennungsdienstlich behandelt, und zwar brutal, mit Knebelkette. Nach der Freilassung riefen bei dem Betroffenen in Düsseldorf verdächtig viele Leute an und wollten Genaues wissen. So kam auch ein Anruf vom ID und der Anrufer meldete sich mit dem Namen eines ID-Mitarbeiters. Er wollte wissen, wies gewesen sei, was er gesagt habe und was nicht. Doch vom ID hat an diesem Tag niemand in Düsseldorf angerufen; weder der, dessen Namen benutzt wurde, noch irgendwer anders. Wir wußten überhaupt nichts von den Festnahmen im Ruhrgebiet, kannten keinen der Betroffenen. Drum: im Zweifel sich die Telefonnummer geben lassen und rückrufen - geht sicher, daß es auch der ID ist, mit dem ihr zu tun habt.

WEITERE DURCHSUCHUNGEN

1. August **FANTASIA LANDDRUCK (NIEDERBAYERN)**

„Am 1. August um 19.48 Uhr wurde unser Bauernhof in Niederbayern, wo sich unsere Druckerei und Wohnräume befinden, mit einem Polizeiaufgebot von einer Hundertschaft und unzähligen Zivilen von BKA und LKA durchsucht und fotographiert. Das gleiche am 16. August nochmals mit elf Zivilen. Beschlagnahmt wurden beim zweiten Mal sieben Fotos, vier Visitenkarten, eine vorgedruckte Einladung und zwei Notizunterlagen. Wir haben zwei Kinder hier, die das alles miterleben mußten, ansonsten keine Gewalttätigkeiten."

6. September **POLIZEIAKTION IN KIEL**

Der Buchladen „Hundert Blumen", eine Teestube und ein Laden für makrobiotische Lebensmittel sowie drei Kieler Wohngemeinschaften wurden durchsucht. Dies war die erste derartige Aktion seit der berüchtigten „Winterreise". Das Aufgebot bestand aus ca. 10 Grünen und 15 Zivilen. Keine Beschlagnahmen. Während des Besuchs beim Buchladen wurde kein Rechtsanwalt zugelassen. Für Nachfragen: „Hundert Blumen", Kiel, Tel. 0431 / 6 11 82.

1. August **ANWERBUNGS- UND ERPRESSUNGSVERSUCH GEGEN „GEGENDRUCK" (ESSEN)**

Von einem nicht zu ermittelnden „Agenten einer Behörde" (Selbstbezeichnung) wurde einem Genossen der Druckerei „Gegendruck" in Essen angeboten, er könne sich 250.000,-- DM verdienen. Dieser Verdienst sei legal, bezahlen würde der Staat. Gegendruck: „Wir fragen uns, was an uns eine solche Summe wert sein soll, wenn nicht konkrete Informationen über eine Vielzahl von Gruppen und Bürgerinitiativen aus dem gesamten Ruhrgebiet, für die wir als Druckerei eine wichtige Funktion haben." Bei dem einen Versuch blieb es nicht, denn gleich darauf bot der „Behördling" noch ein paar Mark „Benzingeld" an, sicher um das als Ausgangspunkt einer Erpressung zu machen. Er meinte, diese „Hilfe" hätten wir bitter nötig, der „Gegendruck" hätte ja mit fünf Hausdurchsuchungen seine Erfahrungen gemacht.

21. und 26. August **VERLAG ROTER STERN (FRANKFURT)**

„Haben Sie nicht die Tagesschau gesehen? "

„Auf mündliche Anordnung von Bundesanwalt Krüger wurden am Sonntag, dem 21. 8. 1977, nachts um 23.00 Uhr, mit großem BKA-Aufgebot die Geschäftsräume des Verlages Roter Stern in Frankfurt durchsucht. Wie gehabt war angeblich „Gefahr im Verzuge", d. h. es lag kein richterlicher Durchsuchungsbefehl vor. Auf Nachfrage von Verlagsmitarbeitern über den Grund der Durchsuchung antwortete der BKA-Truppführer frech: „Haben Sie nicht die Tagesschau gesehen? " (Niemand im Verlag hatte. Dort war von der ersten Festnahme von RA Newerla berichtet worden.) Gefunden und/oder mitgenommen wurde, soweit man sehen kann, nichts.

Am 26. 8. 1977 waren die Polizisten mittags wieder da. Die äußere Grundstückseinfriedung hatten sie auch diesmal offenbar überklettert. Sie verlangten, diesmal ohne jede Begründung, den Hausflur zu sehen. Als ihnen das abgelehnt wurde, entfernten sie sich wieder. Der Verlag hat über seinen Rechtsanwalt der Bundesanwaltschaft einen Termin setzen lassen, den Grund für die Durchsuchung nach § 107 StPO mitzuteilen. Da eine haltbare Begründung nicht in Sicht ist, werden die Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruch schon vorbereitet."

ACHTUNG: ALTERNATIVPRESSETREFFEN AUF 8. – 10.OKTOBER VERSCHOBEN

BERLIN 7.September

Das nächste überregionale Treffen der Alternativpresse, das ursprünglich für September geplant war, findet vom 8.–10.Oktober in Berlin statt. Alle Anfragen, Anmeldungen und besonders Themenvorschläge, Anregungen zu Arbeitsgruppen sollen an das Info-BUG und ‚radikal' gesandt werden (Kontaktadresse siehe unten). Die Vorbereitungsgruppe schickt dann Ende September einen Rundbrief an alle bekannten Adressen, in denen dann alle technischen Informationen und die Vorschläge zu den Arbeitsgruppen stehen werden.

Auf dem nunmehr fünften Alternativpressetreffen diskutieren voraussichtlich etwa 50 Zeitungen und Initiativen über gemeinsame Interessen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Fast traditionell sind Versuche zum gemeinsamen Widerstand gegen die staatliche Repression, die sich in der Schaffung eines Solidaritätsfonds zur Unterstützung bedrohter Projekte ausgedrückt haben und Vorschläge durch gemeinsame Publikationen die Breitenwirkung einzelner Recherchen zu erhöhen und die Redaktionen zu entlasten. Weiterhin gelten Absprachen, gegenseitigen Artikelklau nicht durch Copyright zu verfolgen, gemeinsame Archive und Bilderdienste aufzubauen und Zeitungsinitiativen durch Beratung über Rechtsformen, Druckmöglichkeiten usw. zu unterstützen.

Schwerpunkt des letzten Treffens in Frankfurt war die Diskussion um ein gemeinsames Selbstverständnis, die in Berlin gut vorbereitet fortgeführt werden soll. Dabei trat besonders das Problem der Abgrenzung gegenüber den 'Kommerzzeitungen' hervor.

Das Frankfurter Treffen hat jedoch wieder einmal gezeigt, daß die hohen Erwartungen in den zwei Tagen nicht erfüllt werden konnten. Viele Teilnehmer waren enttäuscht und schlugen erst mal regionale oder zielgruppenspezifische Treffen vor. In Berlin soll deswegen das Treffen auf drei Tage (Anreise Donnerstagabend oder Freitagmorgen) ausgedehnt und inhaltlich auf die Erwartungen abgestimmt werden. Dazu müssen jedoch inhaltliche Anregungen, Kritiken und Bedürfnisse von allen Projekten und Initiativen, die an dem Treffen teilnehmen wollen, der Vorbereitungsgruppe mitgeteilt werden. Schreibt also sofort den Berlinern und mosert nicht nachher frustriert herum:

Kontaktadressen: Info-BUG - Wespennest
Dresdnerstr. 22; 1000 Berlin 36

radikal
Gustav-Müller-Str.45; 1000 Berlin 62
Tel.: 030 / 784 78 87

KNASTARBEIT AM AKW–BAUZAUN

CELLE 25. August

Die Gefangenengruppe Celle (Knast Celle 1) schreibt:

„Die Firma DRAHT-SCHULZ, 31 Celle-Hambühren, Insterburger Str., ist vor einigen Wochen mit einem großen Teil ihrer Kapazität in die Produktion von Zäunen (Gittersegmenten, die zur Abriegelung der AKW-Bauplätze verwendet werden, eingestiegen. Diese Firma hat in der Regel 15 Gefangene aus dem Knast Celle 1 zur Sklavenarbeit im Einsatz.

Eine Hamburger Firma wurde von Draht-Schulz aus der Produktion der Gittersegmente rausgedrängt, weil Draht-Schulz wegen der Sklavenarbeit der Gefangenen niedriger kalkulieren kann.

Die Gefangenen werden beim 'Arbeitseinsatz im Außenkommando Draht-Schulz' gezwungen, die Segmente aus Einzelteilen zusammenzubauen. Zur Zeit scheint Draht-Schulz der wichtigste Produzent von Gittersegmenten für die AKW-Bauplätze zu sein."

AUSSTELLUNG DER TVIND-SCHULE

ULFBORG August 1977 — Die TVIND-Schule macht im Herbst eine Ausstellung mit Postern (1 x 3 m) über Bio-Gas, Wind- und Sonnenenergie und Atomkraft. Die Poster sind in der deutschen Gästeschule gemalt worden. Wer mithelfen will, kann sich den Tournee-Termin-Plan der Ausstellung schicken lassen.

Adresse: TVIND-Schule
Dänemark
6990 ULFBORG

SCHLÜSSEL ZUM SOZIALISMUS GEFUNDEN

TRIER 21.August — „Paar Leute aus der Geburtsstadt Karl Marx' haben ein Schlüsselcomic für Basisgruppen herausgebracht. Das Ding heißt „Der Schlüssel zum Sozialismus" und ist in erster Linie als Studienberater gedacht.

Der Comic schildert wie ein Erstsemestler die Frustration der Hochschule/Uni erlebt. Er will daraufhin aus dieser Welt ausscheiden, wird aber auf wunderbare Weise gerettet. Dann überstürzen sich die Ereignisse; er schlängelt sich durch alle politischen Gruppen zum undogmatischen Frühling, aber selbst da ist er vor Repressalien nicht sicher. Aber keine Angst, die Geschichte endet positiv!

Der Comic hat übrigens das alte Tarzan-Heft-Format und ist 24 Seiten stark!

1 Heft kostet 1 DM; 10 Hefte 6 DM; 20 Hefte 10 DM; 90 Hefte 40 DM; 200 Hefte 80 DM – bitte Vorauskasse in Briefmarken oder Konto 100-362466 bei der Kreissparkasse Trier (BLZ 585 501 30)."

Bestellungen: Jari Cuypers, Göbenstr.7; 55 Trier

MATERIAL ZUR GEFANGENENBEWEGUNG GESUCHT

MARSBERG 25. August — „Wir wollen in unserem Literaturvertrieb eine Rubrik zur Gefangenenbewegung ausbauen und bitten alle Verlage und Initiativen, die Dokumentationen oder andere Materialien zum Thema Knast, Gefangene, Folter, Justiz etc. machen, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Da das Material derzeit völlig unübersichtlich ist, wollen wir erreichen, daß alle diesbezüglichen Infos über eine Adresse bezogen werden können. Flugblätter, die wir erhalten, schicken wir dann ebenfalls bei Auslieferung von Bestellungen mit, um die Kommunikation zwischen den im Knastbereich arbeitenden Gruppen zu verbessern. Weiterhin machen wir Werbung für alle vorrätigen Schriften, wahrscheinlich auch spezielle Infos über Knastliteratur in ca. 2 - 3 Monaten."

IRMINSULVERTRIEB / ALTERNATIVE MEDIEN
Borntosten 19, 3538 Marsberg 18"

BROSCHÜRE ZU CHILE

FREIBURG 6.September — Das „Informationszentrum 3.Welt" (iz3w) in Freiburg hat zum 4. Jahrestag des Militärputschs in Chile (am 11.9.) eine Broschüre herausgebracht. Ihr Titel: Ökonomischer Völkermord in Chile – Offene Briefe an den Nobelpreisträger Friedman von Andre Gunder Frank.

Die Broschüre kostet 2 Mark und ist zu bestellen bei:
iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

AMAK SUCHT NEUTRONENBOMBE!

STUTTGART 7.September — „Wir suchen jegliches Material (Berichte, Bilder etc.) zur Neutronenbombe, Atombombeneinsätze, Zahlenmaterial über Rüstungs- und militärische Forschungsausgaben."
Dies schreibt der Antimilitaristische Arbeitskreis.
Kontaktadresse: **AMAK, Neckarstr.178; 7000 Stuttgart 1**

ANTI-ATOM-DORF GROHNDE GERÄUMT

GROHNDE August 1977 — *Am 23. August wurde das vor genau 69 Tagen besetzte Kühlturmgelände bei Grohnde von 1.300 Polizeibeamten umzingelt. Die 120 Dorfbewohner verhielten sich diszipliniert und waren bereit, der Atomwirtschaftsgewalt zu weichen.*

Augenzeugenbericht

„Nach Arbeitsschluß am Montag Nachmittag entschloß ich mich, den Abend und die folgende Nacht im Anti-Atom-Dorf zu verbringen. Der Weg nach Grohnde verlief nach der normalen Form, sprich: meine Freunde, die Polizisten, kontrollierten mal wieder. Also nichts Außergewöhnliches. Auch im Dorf lief das normale abendliche Leben ab. Am Feuer hockten die Leute mit ihren Musikinstrumenten und mancher stimmte ein munteres Liedchen an. Ein Besuch beim Wachhabenden im Turm brachte die nötigen Informationen, was denn so während der vergangenen Woche gelaufen war. Hier erfuhr ich zum ersten Mal, daß mal wieder was im Busche sei. Es gäbe Hinweise, daß Krankenwagen nach Hameln beordert wären, daß Krankenhäuser und Sanis Bereitschaftsdienst hätten, daß einen Tag zuvor Baumaterialien für einen neuen DDR-Zaun angeliefert wären. Na ja, man kannte das. Wirklich ernst habe ich leider die Meldungen nicht genommen. Mit dem Wiegenlied „Kein KKW in Grohnde und auch nicht auf dem Monde" nach der Meldoie „Der Mond ist aufgegangen", schlief ich einem neuen Arbeitstag entgegen.

Um vier Uhr morgens wunderte ich mich, daß entgegen der sonstigen morgendlichen Ruhe im Dort allgemeines Treiben herrschte. Am Feuer wärte man sich auf und tauschte die Gründe für den ungewollten Frühsport aus: um Mitternacht war Alarm gegeben worden. So so. Eigentlich wollte ich mich danach wieder beruhigt auf's Ohr hauen. Doch dann siegte die Ungewissheit. Einmal mit dem Wagen nach Emmerthal und Grohnde schafft die Gewißheit: dem Anti-Atom-Dorf soll's ans Leder. Denn zwölf Einsatzwagen der Polizei in Emmerthal und eine bunte Mischung polizeilicher Vehikel hinter Grohnde standen in Lauerstellung.

Kurz nach sechs Uhr – so genau weiß ich das nicht mehr – bebekamen die Fernsehleute und Pressefritzen unserer Hetzblätter etwas zu tun. Von links und rechts rückten Marschkolonnen von Hundertschaften der Polizei in voller Kriegsausrüstung zur Kesselschlacht an. Ehe man sich's versah, stand einer dicht neben dem anderen, die Beine breitbeinig ausgestemmt, den Schild vor dem Körper, den langen Schlagstock erhoben. Im Hintergrund fuhren Mannschaftswagen, Wasserwerfer, Panzerspähwagen, Krankenwagen und was der lieblichen Sachen mehr sind in Bereitschaft. Die ersten Hubschrauber steigen in den Morgenhimmel und beäugen die sich formieren den Dorfbewohner. Eine Stimme ertönt von der Straße her. Es ist der sonst nie so früh aufstehende Bürgermeister von Emmerthal. In salbungsvollen Worten wiederholt er das, was ihm seine Auftraggeber, die Atomkraftwerksbetreiber, vorher mittels Bestechungssummen eingetrichtert haben. Er fordert zur Räumung des Geländes auf, weil die Pest hier ausbrechen könne, weil die Häuser nicht so schön gebaut wären wie seine Drittwohnung im lieblichen Solling, weil es sich bei den Dorfbewohnern sowieso nur um Juden und Kriminelle handele,

und weil es eben nicht ginge, daß da so Leute herkämen und einfach fremdes Eigentum in Besitz nähmen. Dann meldete sich ein Oberpolizist mit dem Vorspann: „Achtung, Achtung, hier spricht die Polizei!", als ob es sich auch um die Volkspolizei der DDR handeln könne. Der langen Ansprache kurzer Sinn: Räumung innerhalb einer Stunde, ansonsten gäbe es Saures.

Im letzten Plenum wird beschlossen, friedlich abzuziehen, da militante Auseinandersetzungen von 120 Dörflern und 1.300 Polizisten selbstmörderisch sein würden. Die „persönliche Habe" (Polizei-Jargon) wurde in die Autos verstaut, von denen manche nicht mehr ansprangen, weil sie zu lange gestanden waren. Zwei Bewohner benutzten die verbleibende Stunde, um mittels Megaphon der versammelten Polizeimacht etwas über die Gefahren der Stomkraftwerke, über die Hitler/Schmidt-Argumente „Atomkraftwerke sichern Arbeitsplätze" aus den Arbeitsblättern des „Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie" vorzulesen. Dazwischen immer die polizeilichen Zeitansagen: ". . . es ist jetzt sieben Uhr und zwanzig Minuten. Sie haben jetzt nur noch zwanzig Minuten Zeit, sich einzeln und mit Ihrer persönlichen Habe erkennungsdienstlich behandeln zu lassen." Als der Polizeiwecker das Ende der scheinbaren Belagerungszeit klingelte, strafften sich die übernächtigten Gesichter hinter den Helmgläsern, wurden die Waffen von den Polizeihänden fester gepackt. Aber entgegen der Ansage, den Platz verlassen zu können, hatten unsere Freunde von der GESTAPO, sprich MEK, eine Art kriminelle Vereinigung, wenn sie gegen ein ganzes Dorf eingesetzt werden, hatten also die staatseigenen Büttel Fahrzeuge aufgebaut und jedes Entkommen verhindert.

Langsam rückten die Treiberreihen den Hasen entgegen, und man hatte Zeit und Muße, ihre anonyme Masse aufzubrechen. Zuerst gab es kleine Kinder. Jünglinge, denen man eine viel zu große Uniform und einen Stock in die Hände gedrückt hatte, der doch eigentlich mehr dem Trotzalter entsprach. Unsicher suchten sie zu ihrem Nachbarn Hautkontakt. Auch die sonstige Breitbeinigkeit wurde durch Trippelbewegungen unterbrochen. Als weitere Gruppe standen da die älteren „Bildzeitungsleser". Breite Gesichter, den gelockerten Colt und die Sprühflasche im Anschlag. Sie freuten sich richtig, es diesen Molukkern (die Direktion der Atomkraftwerke hatte ein Schild aufhängen lassen, auf welchem das Anti-Atom-Dorf als Molikkersiedlung angesprochen wurde) mal richtig zu zeigen. Hatte ein Arbeiter von „deutschen Vergasen" gesprochen, so wollten sie hier eher human für Recht und Ordnung im Unrechtsstaat sorgen. Drittens gab es jene Typen, die zweimal die Woche zum Friseur rennen, um sich das halblange Haar striegeln zu lassen. Bei manchen sah das gestutzte Bärtchen richtig keck aus. Hinter den Reihen tauchten die gewichtigen Herren mit den Punkten auf den Helmen auf, das Sprechgerät in den Händen. „Gruppe XY in Linie bis hierher vorrücken!" Zögernd folgte man.

Und schließlich die MEK, auf deren Äußeres etwas ausführlicher eingegangen werden soll, hatten wir doch ca. drei Stunden Zeit, sie zu beäugen. Das sind also Männer im besten Alter, Eigenheim auf Raten, BMW und Schießstand im Haus. Auch ihre Haartracht etwas länger, natürlich sauber und gepflegt. Die Oberkleidung war verschieden. Oder doch nicht? Hatte ihre Kluft nicht doch etwas Einheitliches an sich? Eben die 08-15-Kleidung, wie sich der kleine MEK-Fritz den Penner/Fammler/Hippie/Kriminellen/Juden/Studenten/Arbeitslosen/gefeuerten Professor — also die Mehrheit des Volkes, vorstellt. Unter der Parkajacke tauchte der Schlagstock, die locker im Gürtel getragene Pistole vom schweren Kaliber, das Funkgerät auf. Und das mit gutem Grund, hatte nicht der Einsatzleiter ihnen gesagt, hier hätte man die ganzen Staatsverbrecher auf einem Haufen? Die pedikürten Füßchen in Einheitskampfschuhen rundeten die Montur ab. Manche hatten sich einen kleinen Helm aufgesetzt. Hatten sich die Dorfbewohner doch mit Mengen von Angriffswaffen ausgerüstet? (Es wurde rein passiver Widerstand geleistet.)

Und dann spielte der Polizeimob seine Macht aus. Um sich schlagend spaltete man die Dorfbewohner in zwei Gruppen, isolierte die Autos von den Dörflern. Als der Ruf nach freiem Abzug erschall, kam zur Antwort, man werde jetzt mit der Räumung beginnen. Halten hier, Zerren und Zuschlagen da. Plötzlich das laute Weinen eines Mädchens. Allgemeines Gelächter von Polizeiseite. Ein Oberpolizist spricht über Funk und macht mit den Händen das Zeichen zum Draufschlagen. Langsam leert sich der Kreis der singenden Dörfler. Paßkontrotrolle, Leibesvisitation, Spießrutenlaufen, Fotografiertwerden bildeten den Abschluß unserer fast siebzigtägigen Aufbauarbeit."

"PRESSEERKLÄRUNG ZU DEN ANKLAGEN GEGEN ATOMENERGIEGEGNER"

GROHNDE'
September 77

" Zusammen mit 26 Demonstranten sind wir am 19. März dieses Jahres während der Demonstration von 20.000 Atomenergiegegnern gegen das im Bau befindliche Atomkraftwerk in Grohnde festgenommen worden. Gegen sechs von uns wird jetzt Anklage wegen Landesfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und andere Strafvorwürfe erhoben. Unsere Prozesse sollen vor der großen Strafkammer in Hannover verhandelt werden. Diese Kammer wird eingeschaltet, wenn die Schwere der Vorwürfe sehr hohe Strafen erwarten läßt. Diese Strafandrohungen und die umfangreichen und schnellen Ermittlungen sind bisher einmalig im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen Atomanlagen in Westeuropa.

Seit der Bauplatzbesetzung in Wyhl 1975 ist der Widerstand der Bevölkerung gegen das Atomprogramm der Bundesregierung immer mehr angewachsen. Die Gründe, aus denen sich weltweit Menschen gegen Atomanlagen wehren, sind überall ähnlich:

— Atomkraftwerke geben laufend radioaktive Stoffe an die Umwelt ab, die über Nahrungsmittel zu einer erhöhten Sterblichkeit (Krebs) und Erbschäden (Mißbildung) führen. Dies wird von Erbauern und Betreibern bewußt einkalkuliert.

— Es gibt kaum mehr zählbare Stör- und Unfälle in Atomanlagen, bis hin zu der Vorstufe nuklearer Katastrophen. Ein Großunfall in Grohnde, der nicht auszuschließen ist, würde mehrere Millionen Menschen töten und die Umgebung auf unabsehbare Zeit unbewohnbar machen.

— Die Atommüllagerung ist weitgehend ungelöst. Sie stellt zusammen mit den Wiederaufbereitungsanlagen eine Gefährdung dar, die die direkt von den Atomkraftwerken ausgehende Gefahr um ein vielfaches übertrifft und die Menschheit einige Jahrtausende bedrohen wird.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß auch kleinste Mengen radioaktiver Stoffe für den menschlichen Organismus lebensgefährlich sind. Obwohl diese Gefährdung bekannt und die Probleme ungelöst sind, werden im In- und Ausland weiter Atomanlagen gebaut und betrieben. Unserem Interesse an Gesundheit und sicherer Existenz steht das Profitinteresse der Industrie entgegen, die mit Atomanalgen ganz besonders große Gewinne machen will, und dafür den Tod von Millionen von Menschen in Kauf nimmt. In den Wiederaufbereitungsanlagen werden große Mengen an Plutonium erzeugt. Plutonium ist der Ausgangsstoff für die Herstellung von Atomwaffen.

Viele Menschen haben lange Zeit versucht, in Erörterungsverfahren und Gerichtsverhandlungen ihr Recht auf Gesundheit und eine gesichtere Existenz zu erhalten oder zu verteidigen. Während die betroffene Bevölkerung in Verhandlungssälen über die ungelösten Gefährdungen diskutieren, wurden jedoch außerhalb der Säle vollendete Tatsachen geschaffen: Atomkraftwerke

werden weiter betrieben. in Nacht- und- Nebel-Aktionen Baustellen eingerichtet, AKW's in Betrieb genommen, Atommüll produziert und die Umwelt verseucht. Uns wird eine Spielwiese angeboten, auf der wir unsere Argumente vortragen können, aus denen jedoch keine oder nur unwesentliche Konsequenzen folgten und folgen.

Aufgrund der Erfahrung, daß die Verteidigung der Lebensinteressen nicht an Parteien, Parlamente und Gerichte deligiert werden kann, sondern daß der Widerstand in die eigenen Hände genommen werden und praktisch zum Ausdruck kommen muß, verlegte die Bevölkerung in Wyhl ihren Widerstand auf den Bauplatz. Durch die Platzbesetzung verhinderte sie bislang den Bau des dort geplanten Atomkraftwerks seit nun dreieinhalb Jahren und erreichte durch politischen Druck die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren.
Die gleichen Erfahrungen machten die AKW-Gegner an anderen Orten wie z.B. in Brokdorf, Gorleben und Grohnde. Dort zeigten mehrere 10 000 Menschen ihre Bereitschaft sich praktisch für ihr Leben einzusetzen. Aufgrund der Erfahrung von Wyhl setzten Regierung und Industrie die Baustellen von Atomkraftwerken wie Brokdorf und Grohnde gegen den Widerstand der Bevölkerung in Nacht- und- Nebel-Aktionen unter generalstabsmäßig, militärisch organisiertem Polizeischutz überfallartig durch. Sie sicherten die Bauplätze mit Betonmauern, breiten Wassergräben, Stahlgittern, "Natodraht", Wachmannschaften und abgerichteten Hunden vor der empörten Bevölkerung.

Auch wir sind aufgrund unserer Erfahrung, und weil wir durch jedes AKW bedroht sind, nach Grohnde gegangen, zusammen mit 20 000 AKW-Gegnern, um praktisch den Bau des dortigen Atomkraftwerks zu verhindern. Den breiten und entschiedenen Widerstand großer Teile der Bevölkerung, den von vielen Bürgerinitiativen öffentlich angekündigten Besetzungsversuchen tritt die Regierung mit Polizeieinsätzen von bisher nicht bekannter Brutalität entgegen, um das Atomprogramm durchzusetzen.

- Einsatz chemischer Kampfstoffe, zum Teil aus Wasserwerfern und vom Hubschrauber aus in dichte Menschenansammlungen.
- Einsatz von Reiterstaffeln, die ihre Pferde in rückweichende Demonstranten hineintrieben.
- Willkürlicher Einsatz von Schlagstöcken, Eisenstangen und Steinen durch die Polizei und den Bundesgrenzschutz gegen Demonstranten am Baugelände.
- Als besonders zynische Maßnahme sehen wir in diesem Zusammenhang das geplante Verbot von sogenannten passiven Waffen, von Schutzhelmen, Gesichtstüchern und Gasbrillen an. Wir wagen uns nicht vorzustellen, was einigen von uns passiert wäre, wenn wir diesen Selbstschutz nicht gehabt hätten.
- Es wurden Filme, Fotos in großer Zahl aufgenommen und zivile Polizei unter den Demonstranten eingesetzt, um dies irgendwann einmal gegen jeden Demostranten verwenden zu können (anstehende Prozeße, Berufsverbote etc.).
- Es wurden Gerüchte über tote Polizisten verbreitet, um die Polizei gegen die Demonstranten aufzuhetzen.

Bei unserer Festnahme und beim Transport zum Hamelner Gefängnis wurden wir mit äußerster Rohheit behandelt.
Man nahm uns die Kleidung weg, ließ uns in der Kälte stundenlang stehen, wir bekamen nichts zu essen, man verzögerte uns und verweigerte uns ärztliche Versorgung. Uns wurden angebliche Beweismittel (Spaten, Zwillen...) untergeschoben, wir wurden mit Haftbefehlen wegen versuchten Totschlags eingeschüchtert und bis zu 24 Stunden in Polizeizellen gefangen gehalten. Uns wurde Rechtshilfe von Anwälten und Bürgerinitiativen durch polizeiliche Maßnahmen verweigert oder sehr erschwert.

Die bevorstehenden Prozesse sind politische Prozesse. Der Regierung geht es darum, das Atomprogramm gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen. Die Regierung und Betreiber versuchen in einer Diffamierungskampagne den Widerstand dadurch zu brechen, daß sie vor der Öffentlcihkeit AKW-Gegner als Verbrecher bezeichnet. Ministerpräsident Albrecht hat uns in der Öffentlichkeit bereits vorverurteilt: " ... wir haben eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen; ich hoffe, daß unsere Gesetze es zulassen, daß die dann auch ihrer gerechten Strafe zugeführt werden."
Offensichtlich soll erreicht werden, daß alle AKW-Gegner, die glauben durch das Parlament und die Gerichte AKW's verhindern zu können, sich von aktiven Widerstandsformen distanzieren und die Bewegung gespalten wird. Da offensichtlich ist, daß sich sehr viele Menschen gegen das Atomprogramm wehren, und keine Regierung es sich leisten kann, zur Zeit mehrere hunderttausend Menschen deswegen ins Gefängnis zu bringen, werden bei jeder Demonstration immer wieder einzelne herausgegriffen und verhaftet, um sie dann exemplarisch zu bestrafen und alle anderen abzuschrecken.

Darüberhinaus soll jetzt der Kampf gegen AKW's durch Einschränkung des Demonstrationsrechts mit verhindert werden. Wir werden uns durch dieses Vorgehen von Regierung, Atomindustrie, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten nicht davon abhalten lassen, unser Recht auf Widerstand gegen das lebensgefährliche Atomprogramm und gegen das Spiel mit unserer Gesundheit wahrzunehmen. Wir sollen stellvertretend für den Widerstand vieler 10 000 Menschen vors Gericht gestellt werden.

Wir werden uns nicht von der gerechten Demonstration in Grohnde am 19. März 1977 distanzieren und lassen uns auch nicht spalten!
Wir fordern die sofortige Einstellung unserer Prozesse und halten weiter an unseren Forderungen fest:
Kein Atomkraftwerk in Grohnde und auch nicht anderswo!
Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!
Keine Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie!
Weg mit dem Atomprogramm!
Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner!

Die Angeklagten:

Wolfgang Giesler	Hartwig Hansen
Bernd Löwe	Klaus-Werner Hahn
Rüdiger Jörß	Norbert Iwan
Rainer Hartmann	Karl-Conrad Winter
Christian Matschkus	Mathias Künzel
Helmuth Oldefest	Aloisia Breins
	Christian Gehrcke

GORLEBEN SOLL LEBEN

GORLEBEN
August 1977

Zum Abschluß des Internationalen Sommercamps in Gartow-Gorleben im August schickte uns der BDP/BDJ (Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend) eine Resolution, die gemeinsam von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und dem Sommercamp des BDP verabschiedet wurde:

"Die geplante Wiederaufbereitungsanlage soll das Atomenergieprogramm verwirklichen helfen. Wir sind der Auffassung, daß das gesamte Atomenergieprogramm zu Fall gebracht werden muß. Dafür werden wir in der Bevölkerung verstärkt eintreten.

Wir werden den Bau der WAA nicht zulassen!
Unsere Forderungen sind:
- Keine WAA in Gorleben und auch nicht anderswo
- Keine AKWs in Grohnde, Brokdorf und auch nicht anderswo!
- Stillegung der in Betrieb befindlichen AKW's!
- Weg mit dem internationalen Atomprogramm!
- Schluß mit der Kriminalisierung der Anti - AKW - Bewegung!

Der BDP wird in Kürze eine ausführliche Dokumentation über das Sommercamp fertigstellen.

GORLEBEN SOLL LEBEN"

"1. DEUTSCHES SONNENFORUM"

HAMBURG September 1977 — Die "Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V." nebst ihrem Präsidenten veranstaltet ab 26. September in Hamburg ein "Sonnenforum". Hier ein Stück Originaltext aus der Presseinformation:

"Matthöfer Schirmherr des 1. Deutschen Sonnenforums

Tagung und Ausstellung in Hamburg

München - 12. August 1977 - Vor dem Hintergrund einer verstärkten Energiediskussion hat Bundesforschungsminister Hans Matthöfer die Schirmherrschaft über das Erste Deutsche Sonnenforum vom 26. bis 28. September 1977 in Hamburg übernommen. Der Minister dokumentiert damit seine Bereitschaft, der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Sonnenenergienutzung weiterhin große Aufmerksamkeit zu schenken. Veranstalter der Tagung im Congress Centrum Hamburg ist die gemeinnützige Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e. V. (DGS), München. Für die Tagung, die mit mehr als 100 Fachvorträgen erstmals das gesamte Gebiet der regenerativen Energiequellen umfaßt, liegen bereits Anmeldungen aus 24 Nationen vor. Die gleichzeitig stattfindende Ausstellung SOLARTECHNIK '77 im Hamburger Messegelände ist deshalb nicht nur als Leistungsschau der deutschen Unternehmen für den Binnenmarkt , sondern auch als Schaufenster der solartechnischen Entwicklungen für die ganze Welt zu verstehen.

Das Erste Deutsche Sonnenforum dient der umfassenden Darstellung aller heute bekannten Möglichkeiten zur Erschließung regenerativer Energiequellen und zur rationellen Verwendung der Energie in allen Lebensbereichen. Die Referate befassen sich mit allen Gebieten der Solartechnik, einschließlich der Windenergie, Wasserkraft, Biokonversion, Wasserstofftechnologie, des energiesparenden Bauens und der Wärmerückgewinnung sowie der entsprechenden Forschungs- und Entwicklungsprogramme, der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragen der künftigen Energieversorgung.

Das Deutsche Sonnenforum soll in regelmäßigen Zeitabständen einen aktuellen Überblick über diesen großen Themenkreis der regenerativen umweltfreundlichen Energiequellen geben. Es wendet sich sowohl an die Experten aus Wissenschaft, Forschung und Industrie, als auch an die Bauberufe, beratende Ingenieure und nicht zuletzt an die politischen Entscheidungsträger und den aufgeschlossenen Bürger."

Wir meinen, man/frau sollte sich auch von solcher "Schirmherrschaft" nicht schrecken lassen. Vermutlich gibt es dort nämlich auch für Alternativler einige interessante Informationen und Neuigkeiten. Kontaktmöglichkeiten bestehen laut Presseinformation:

"Weitere Auskünfte erteilen das Congress Centrum Hamburg, Postfach 30 23 60, 2000 Hamburg 36, und die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e. V. (DGS), Postfach 20 06 04, 8000 München 2. Die DGS ist eine ideelle und als gemeinnützig anerkannte Vereinigung von Architekten Ingenieuren, Handwerkern und an der Solartechnik interessierten Firmen und Privatpersonen. Die 1975 gegründete Gesellschaft hat sich die Förderung der Solarforschung und -technik zum Ziel gesetzt und zählt derzeit etwa 4000 Mitglieder. "

WIE DER OPEL KÜNDIGT, UND WIE WIR DAGEGEN VORGEHEN KÖNNEN

BOCHUM, 20. Juli — *Zwölf Betriebsräte bei Opel Bochum haben die Kündigungspraxis des Werks und das Verhalten der Betriebsratsmehrheit dazu unter die Lupe genommen. Wir finden ihren Diskussionsvorschlag für die Betriebsratssitzung vom März 77 so wichtig, daß wir ihn (leicht gekürzt) veröffentlichen; wenn es in anderen Betrieben ähnliche Diskussionen gibt, schickt sie den zwölf!(c/o* Opel Solidaritäts*komitee; ESG;Postf.520 229*

DIE KÜNDIGUNGSPRAXIS DER FIRMA: ERST KAPUTTMACHEN, DANN RAUSSCHMEISSEN

Statistik: Krankheits"gründe " an der Spitze

1976 hat die Kündigungskommission des Betriebsrates insgesamt 248 Anträge der Geschäftsleitung auf Kündigung behandelt (Monatsdurchschnitt:21). Davon wurden 196 Kollegen/innen fristgemäß und 15 fristlos gekündigt, also zusammen 211 (monatlich 18). Von allen 248 Anträgen waren 34 mit "Alkoholmißbrauch" begründet.(14%); 23 dieser Kündigungsanträge wurden ausgesprochen. Von allen Kündigungsanträgen 1976 wurden nur 37 n i c h t ausgesprochen (15%).

Für eine genauere Untersuchung der Kündigungspraxis haben wir uns das Halbjahr September 76 bis Februar 77 angesehen. Für diese Zeit ergibt sich folgendes Bild:

Behandelte Kündigungsanträge:	173 (monatlich 29)
Davon fristlos:	14
Ausgesprochen wurden:	124 (Monatlich 21) sind 72%

Von den 173 Anträgen richten sich

— Gegen Werksangehörige, die unter 4 Wochen bei Opel waren:	21 (12%)
— Gegen Werksangehörige zwischen 4 Wochen und 6 Monate bei Opel:	32 (19%)
— Werksangehörigkeit unter 6 Monaten zusammen:	53 (31%)
— Gegen Werksangehörige von 25 Jahren und jünger:	82 (47%)

Als Kündigungsgründe wurden genannt:

— Fehlzeiten durch Krankheit:	68 (39%)
— Fehlzeiten durch Krankheit und "u.a."(unbekannt abwesend)	36 (21%)
— Fehlzeiten und mangelhafte Leistung:	25 (15%)

– also Fehlzeiten als mitentscheidender Kündigungsgrund: 129 (75%)
– Verstoß gegen die Arbeitsordnung: 15 (9%)
– Alkoholmißbrauch: 14 (8%)
– Arbeitsleistung: 12 (7%)
– "u.a.": 2

Rigoros gegen die jungen Arbeiter

Zuerst fällt die hohe Gesamtzahl auf, die Opel beantragt und ausssprict bei gleichzeitig hohen Verkaufsanforderungen in dem angegebenen Zeitraum, verbunden mit zahlreichen Sonderschichten und Überstunden, sowie andererseits hohen Arbeitslosenzahlen. (Diese wiederum machen dem Unternehmer die Ersatzeinstellungen relativ leicht: "industrielle Reservearmee"der Arbeitslosen.)

31% der gekündigten Kollegen hatten noch keine 6 Monate gearbeitet und damit noch keinen gesetzlichen Kündigungsschutz; insofern waren sie also für Opel relativ leicht zu kündigen (da noch keine breitere Soldiarität bei neuen Kollegen zu erwarten ist und ebenso wenig Rechtsstreitigkeiten zu erwarten waren).

Fast die Hälfte der beantragten Kündigungen (47%) betrifft Kollegen von 25 Jahren und jünger. In diesem Zusammenhang ist die folgende Statistik der Personalkommission interessant:

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug am

	Lohnempf:	Gehalt:	Total:
31. 12. 72	36	39	36
31. 12. 74	38	40	38
30. 9. 76	36	41	37

Während also das Durchschnittsalter bei den Angestellten regelmäßig stieg, hat die Geschäftsleitung bei den Arbeitern wohl besonderen Wert auf die Einstellung jüngerer Kollegen gelegt. Gleichzeitig häufen sich gerade Kündigungen gegen junge Kollegen in hohem Maße.

Die Mitglieder der Kündigungskommission können bestätigen, in wievielen Fällen dagegen protestiert wurde –Gespräche mit dem Werksleiter eingeschlossen – ,daß junge Kollegen bei der harten Belastung durch die Produktionsarbeit so rigoros nach ersten "Fehlzeiten" oder wegen "mangelndem Arbeitsinteresse" entlassen wurden. ("Seine Einstellung zur Arbeit wird vom Betrieb als negativ bezeichnet " – heißt es zum Beispiel am 7. 12. 76 in einer Kündigungsbegründung). Für den Unternehmer daher ist die Auswahl jugendlicher, "unverbrauchter" Arbeitskraft groß; und wer nicht funktioniert, ist schnell wieder draußen.

39% der Kündigungen sind ausschließlich mit Fehlzeiten durch Krankheiten begründet! Bei insgedamt 75% der Kündigungen sind Fehlzeiten mitentscheidend. –Wieviele dieser Kollegen werden ihre Arbeitskraft durch Mehrarbeit verschlissen haben ? Bei wievielen ist die Krankheit in erster Linie durch die Arbeit und bei der Arbeit entstanden?!

Wieviele Kollegen gibt es darüberhinaus, die gerade wegen dieser zahlreichen Kündigungen durch Krankheitszeiten Angst haben, zum Arzt zu gehen und ihre Gesundheit geduldig wiederherstellen zu lassen?

Dazu kommt noch die Praxis der sogenannten "Hinweise": was auf der einen Seite als "Fürsorgepflicht" hingestellt wird, ist andererseits erst einmal der Hinweis der Personalabteilung, daß der Unternehmer die gesetzliche Möglichkeit hat, einen Arbeiter oder Angestellten, der oft krank ist, auf die Straße zu setzen. Das führt natürlich dazu, daß jede Vorladung nach Zimmer 6 (Personalbüro) für den Betroffenen als Bedrohung empfunden wird und die Angst wächst, eine Krankheit auszukurieren.

Aus den statistischen Angaben nicht zu beweisen und daher erst einmal zu fragen ist: alle diese Kündigungen werden ja "verhaltens– oder personenbedingt" begründet; wieweit sind sie aber nicht doch betriebsbedingt – also wie sah die Kündigungspraxis zum Beispiel aus, als die Arbeitslosigkeit noch nicht so hoch war und Opel nicht so schnell "verbrauchte" oder "nicht funktionierende" Arbeitskräfte immer wieder ersetzen konnte, um das Produktionsprogramm zu erfüllen? – Es sollte darauf aufgepaßt werden, ob die Anzahl der Kündigungsanträge dann besonders ansteigt, wenn Opel die Belegschaft insgesamt abbauen will, – zum Beispiel in Zeiten, wo der Krankenstand relativ niedrig bleibt (und nach Redensart der Personalabteilung "zu viele Leute an Bord" sind).

"Die Krankheit habe ich doch bei Opel bekommen"

Die "Frankfurter Rundschau" vom 19.2. 77 schreibt über die A.Opel AG: "Aus allem, was bisher zu hören war, kann man den Jahresüberschuß a n der Größenordnung von einer halben Milliarde Mark schätzen, wobei schon berücksichtigt ist, daß wohl sämtliche Bilanztricks zu dieser optischen Verringerung ausgespielt werden. Dieser Gewinn in Beziehung gesetzt zu den dürftigen 50 Millionen Mark, die Opel für 1975 auswies, ergibt eine Zuwachsrate des Gewinns von tausend, vielleicht auch nur 900 oder 800 Prozent – kaum aber weniger."

Ein türkischer Kollege, Vater von 5 in der Ausbildung befindlichen Kindern, sagt am 3. März in Zimmer 6, der Personalabteilung zu Herrn Kramer,Personalsachbearbeiter, als dieser ihm mitteilt, daß Herr Linscheidt trotz Widerspruch des Betriebsrates seine Kündigung beschlossen habe:"Wie ist das möglich? Ich habe doch meine Krankheit nicht aus der Türkei mitgebracht, die habe ich bei Opel bekommen."

Möglich ist das, und es gehört zum kapitalistischen Betrieb dazu; solche Kündigungsmaßnahmen sind durch entsprechende Gesetze abgesichert,"ganz legal".

WAS MACHT DIE KÜNDIGUNGSKOMMISSION DES BETRIEBSRATES?

Zur rechtlichen Grundlage müßt ihr euch § 102 im Betriebsverfassungsgesetz ("Mitbestimmung beiKündigungen") und die Broschüre des IG Metall–Vorstandes "Eine ohne Anhörung des Betriebsrates ausgeprochene Kündigung ist unwirksam – eine Handlungsanleitung",1975, ansehen.

Bei den von September 76 bis Februar 77 vorgelegten Kündigungsanträgen hat der Betriebsrat in 103 Fällen (60 Widerspruch, bzw. Bedenken eingelegt. Bei den 70 Kündigungsanträgen, die "ohne Stellungnahme " weitergegeben wurden, war in 20 Fällen eine Stellungnahme entweder nicht erwünscht(der Kollege wollte also den Arbeitsplatz verlassen) oder nicht möglich, da sich der Kollege trotz Anschreiben durch die Personalabteilung nicht gemeldet hatte. Damit bleiben 50 Kündigungsanträge übrig (28%), wo nach § 102 BetrVG kein Widerspruch oder Bedenken begründet werden konnte.

Trotz Widerspruch bzw. Bedenken gegen 103 Kündigungen des angegebenen Zeitraums hat Opel nur 49 nicht ausgesprochen, also nicht einmal 50 % der Einsprüche des Betriebsrates waren erfolgreich.

Insgesamt gehen wir davon aus, daß die Kündigungskommission nach besten Kräften weitestgehend die formalen Möglichkeiten des Betiebsverfassungsgesetzes ausschöpft.

Verbessert werden kann die rechtliche Beratung und Unterstützung der gekündigten Kollegen bezüglich der Möglichkeit zum Antrag auf Weiterbeschäftigung und zur Kündigungsschutzklage überhaupt. Beispielsweise hat die Kündigungskommission keinen Überblick, in wievielen Fällen der gekündigte Kollege Klage einreicht, Weiterbeschäftigung beantragt und eventuell Erfolg hat.

Wie könnte die Kündigungskommission die rechtlichen Möglichkeiten besser ausschöpfen?

Mehrfach ist vorgekommen, daß vom zuständigen Block-Betriebsrat keine ausreichende Untersuchungsarbeit zwecks Ermittlung von Widerspruchsgründen erfolgt ist. Es reicht einfach nicht aus, nur Aussagen von Vorgesetzten zu zitieren oder festzustellen, der Kollege zeige eben „kein Interesse" o.ä. Die Kündigungskommission braucht z.B.:

1. Klare Auskunft, aus welchen Gründen der betreffende Kollege sich so verhält, daß seine Kündigung beantragt wird. Im Gespräch muß der Block-Betriebsrat ermitteln, worin der Kollege selbst die Ursache sieht für die genannten Kündigungsgründe.
2. Klare Auskunft
   – bei Krankheit (soweit der Kollege bereit dazu ist!): welcher Art, wie zustande gekommen, am Arbeitsplatz begründet, warum nicht auskuriert (Angst vor Kündigung); eventuell Umbesetzung angebracht, Kur in Aussicht oder beantragt, Heilung/Besserung in Aussicht?
   – bei andern Ursachen für die „Fehlzeiten": Arbeitsplatzsituation, Arbeit, Vorgesetzte, Kollegen? Familiäre Situation, familiäre Probleme, Wohnungsprobleme, andere Sorgen?

Erst mit einer genauen Untersuchung der Gründe des betroffenen Kollegen ist auch die Solidarität der anderen Kollegen herzustellen: dann merkt jeder, daß er von einer ähnlichen Situation vielleicht selbst mal getroffen sein kann.

Ein besonderes Problem ist die Behandlung von Kündigungsanträgen gegen (durch Krankheit o.ä.) abwesende Kollegen. Oft wird vom zuständigen Block-Betriebsrat die Personalabteilung nicht rechtzeitig aufgefordert, den Kollegen zwecks Anhörung durch den Betriebsrat anschreiben zu lassen. Die Kündigungskommission diskutiert zur Zeit, was zu tun ist, wenn die Personalabteilung das Anschreiben der Kollegen ablehnt (z. B. bei Kollegen, die noch nicht 6 Monate hier sind).

Nur die Belegschaft kann Kündigungen verhindern!

Wir haben gesehen, daß die Ausschöpfung unserer rechtlichen Möglichkeiten bei dem größten Teil der betroffenen Kollegen die Kündigung nicht verhindern kann. Und der Weg der Kündigungsschutzklage führt ebenso nur vereinzelt zum Erfolg. So zeigt sich gerade gegenüber der Kündigungspraxis des Unternehmers der richtige gewerkschaftliche Standpunkt, daß ein Betriebsrat nicht stark ist aufgrund der Gesetze, sondern daß ein Betriebsrat nur so stark ist, wie die Belegschaft ihn macht.

WAS TUN?

Vorschläge zur Diskussion über Krankheit, Wegbleiben, Trinken, Diebstahl und keine Lust am Arbeiten.

Durch die Aufklärungsarbeit soll angestrebt werden, daß sich die Kollegen einer Kolonne oder Abteilung, möglichst auch weitere Teile der Belegschaft, solidarisieren mit ihrem von einem Kündigungsantrag betroffenen Kollegen. Die Vorgesetzten müssen spüren: wenn sie einen Kollegen zur Kündigung an die Personalabteilung melden, dann gibt das Solidarisierung in der Abteilung, Protest und Empörung der Kollegen über diese Maßnahme, Diskussion über die verantwortlichen Vorgesetzten und die Praxis der Personalabteilung usw. ...

Angestrebt werden sollte, daß die Kündigung, die zunächst als Problem eines einzelnen, betroffenen Kollegen gesehen wird, erkannt wird als Massenproblem, das jeden von uns treffen kann; und dieses Massenproblem muß durchsichtig gemacht werden als Ausdruck der Machtverteilung in unserer Gesellschaft.

Zur Zeit ist oft noch das Umgekehrte der Fall: einzelne Kollegen, teilweise sogar Betriebsräte, unterstützen mehr unbewußt als bewußt die Kündigungsmaßnahme, indem sie Opels Argumente unterstützen, wie z.B.: „Der Kollege ist ja auch ein Bummelant", „faul", „feiert zuviel", „die andern müssen für den mitarbeiten" usw. Ursache für dieses Gerede, das ja eine Solidarisierung mit dem betroffenen Kollegen verhindert, liegt oft darin, daß die Hintergründe für die Kündigungsmaßnahmen nicht gesehen werden. Dazu einige Diskussionsthesen anhand von Beispielen:

Kündigung wegen Krankheit:

Die Argumentation gegen diese Kündigungen ist ziemlich einfach: Krank werden kann jeder, das darf doch eigentlich gar kein Grund sein zur Kündigung; aber so sind die gesetzlichen Bestimmungen!

Bei dieser Arbeit hier, besonders im Akkord, am Band, durch Wechselschicht usw. kann jeder Arzt – verglichen auch die Arbeitsmedizin über Fließbandarbeit – doch verantworten, beinahe unbesehen „1 Woche Pause" zu verschreiben, so groß ist die allgemeine körperliche Belastung.

Die monotone Arbeit macht einen auch geistig kaputt. Krassestes Beispiel einer Reaktion auf die psychische Arbeitsbelastung von einem jungen Kollegen in der Fertigmontage: er verletzte sich selbst im Gesicht, um einen Krankenschein zu kriegen.

Viele Kollegen haben Angst, ihre Krankheiten auszukurieren und lange Abwesenheitszeiten zu riskieren (z.B. bei Magenkrankheiten, die sich besonders bei Schweißarbeiten, bei schädlichen Dämpfen usw. ergeben können). Oft bleiben solche Kollegen dann nur kurze Zeiten zuhause und schon heißt es „Bummelant", „ist nicht richtig krank" usw.

Diese Angst wird noch durch die Praxis der Firma gefördert, Kollegen nach Zimmer 6 vorzuladen und auf die mögliche Kündigung hinzuweisen. Eine Solidarität mit dem Kollegen wird oft dadurch verhindert, daß die übrigen Kollegen sagen „Der ist dauernd krank und wir müssen für den mitarbeiten!" Die Wahrheit ist aber, daß im Grunde jeder krank werden kann, und Opel also dann bei Abwesenheit eines Kollegen entweder die Stückzahl senken müßte oder soviele Leute mehr einstellen, daß nicht die gleiche Arbeit von weniger Kollegen gemacht werden muß. (Das aber steht dem geplanten Programm und dem Profit entgegen ...). Also dürfen wir nicht sagen „Wir müssen für den Kollegen mitarbeiten", sondern: Die Stückzahl muß gesenkt werden! Opel muß mehr Leute Einstellen!"

Kündigung wegen u.a. (unbekannt abwesend):

Zunächst ist zu untersuchen, ob nicht der Kollege doch eine Entschuldigung vorgelegt hat. Denn oft werden persönliche Gründe und Entschuldigungen von Vorgesetzten nicht anerkannt und „u.a." geschrieben. Ist ein Kollege, der wegen mehrfachen „u.a."s gekündigt werden soll, wirklich ein „Bummelant", „faul", „gleichgültig"? Zu bedenken ist dabei doch: Wer „u.a." macht, weiß, daß er kein Geld kriegt für diesen Tag; meist wissen die Kollegen auch, daß sie einen Rausschmiß riskieren. Um trotz aller Schwierigkeiten Solidarität mit dem Kollegen herzustellen, muß man auch hier den Charakter der Arbeit ansprechen, daß man eben viel Geldverlust und sogar den Arbeitsplatz aufs Spiel setzt, um bloß mal nicht nach Opel zu müssen. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus müssen wir doch fragen: sind die hochbezahlten Manager deswegen nicht „u.a.", weil sie „mehr Pflichtbewußtsein" haben, oder liegt es nicht daran, weil sie eine angenehmere Arbeit haben und sich im Ernstfall auch mal leicht einen Tag freinehmen können? Die General-Motors-Hauptaktionäre brauchen keinen Tag zu arbeiten, können immer „u.a." sein und bekommen dafür auch noch das meiste Geld!

Es geht hier darum, wie für Kollegen, die wegen „u.a."s gekündigt werden sollen, Solidarität hergestellt werden kann; es geht nicht darum, „u.a."-Machen grundsätzlich zu verteidigen. Denn gegen „u.a." muß man sagen: „Entschuldige die auffalle Fälle, telefonisch oder durch Kollegen oder wie auch immer!" Und: „u.a.-Machen ist kein Ausweg aus unserer Situation! Mit „u.a." führst du nur einen individuellen, vereinzelten Widerstand gegen deine Situation in der Fabrik, am Arbeitsplatz usw.! Vereinzelter Widerstand führt zur Entsolidarisierung; die Kollegen werden sauer auf di ch, weil du nicht mit ihnen gemeinsam versuchst, das anzugreifen, was dir hier nicht paßt!"

Kündigung wegen Alkoholmißbrauch:

Hier ist Solidarität mit dem betroffenen Kollegen meistens nur schwer herstellbar. Deswegen einige Ausführungen zum Alkoholproblem allgemein:

Zuerst ist zu fragen, welche Gründe und Ursachen für Alkoholmißbrauch direkt mit der betrieblichen Situation zu tun haben können:
- Monotonie der Arbeit hier, besonders der Bandarbeit: die Arbeit erfordert keine geistige Anstrengung; sie führt zum Abbau des Selbstbewußtseins; man soll funktionieren wie ein Bestandteil der Maschine. Oft wird das von Kollegen in dem Sinne ausgedrückt: „Das ist ja nur im Suff zu ertragen."
- Zu fragen ist auch, ob erhöhter Alkoholkonsum in direktem Zusammenhang mit steigender Arbeitshetze nachgewiesen werden kann.
- Oft kommt es wohl auch zu erhöhtem Alkoholkonsum gegen autoritäres Verhalten von Vorgesetzten. Gegen Angst und Minderwertigkeitsgefühl soll Alkohol die eigenen Verhaltensschwierigkeiten lindern (eventuell Alkoholkonsum der gesamten Kolonne aus gemeinsamer Stimmung gegen Vorgesetzte).
- Manchmal kommt es zu Alkoholmißbrauch auch bei Krankheit, aus Angst vor Abwesenheitszeiten; zusammen mit Medikamenten ergibt sich die doppelte Wirkung.
- Eine genaue Untersuchung wäre erforderlich, ob nicht besonders auf Mittagschicht mehr Alkohol getrunken wird. Bei Mittagsschicht, besonders bei unserem späten Schichtende um 22.45 Uhr, bleiben keine Freizeitmöglichkeiten (so ergibt sich teilweise die Einstellung „warum soll ich nüchtern bleiben")
- Ebenso wäre zu untersuchen, ob speziell Überstunden, Sonderschichten, zum Beispiel Samstagsspätschicht, Alkoholkonsum zunimmt, eventuell aus dem Gefühl heraus, „nichts als Opel" zu haben ...

Darüberhinaus gibt es sicher viele Gründe, die von der Situation als Arbeiter allgemein abhängen:
- zum Beispiel Geldsorgen; jede zweite Arbeiterfamilie ist verschuldet.
- oder gestörtes oder nicht existierendes Familienleben, Eheprobleme usw.
- oder Sorgen wegen der Kindererziehung usw. (Z.B. Schulausbildung der Kinder, wenn der Vater Wechselschicht hat usw. usw.)

Wie kann man gegen Alkoholmißbrauch und gegen Kündigungen wegen Alkohol argumentierten?
- Die Einstellung von Psychologen oder Sozialarbeitern gegen Alkoholmißbrauch scheint bisher nicht erfolgversprechend zu sein.
- Disziplinierungsmittel wie Verwarnungen oder verschärfte Torkontrollen packen das Problem ebenfalls nicht an der Ursache an und können vom gewerkschaftlichen Standpunkt nicht vertreten werden.
- Beratung und konkrete Unterstützung für Entziehungskuren können nur in einzelnen Fällen Alkoholmißbrauch abbauen.
- Notwenig ist natürlich ein ständiger Hinweis auf die erhöhte Unfallgefahr; doch von der Wirkung her ist auch das bisher wenig erfolgreich.
- Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus müssen wir die Solidarität und gegenseitige Hilfe in der Kolonne, unter den Kollegen fördern, den Alkoholmißbrauch abzubauen und nicht deswegen aufzufallen (oft läuft das noch umgekehrt, daß statt rechtzeitig zu bremsen, noch zum Weitertrinken angeregt wird).
- Die Hauptseite unserer Argumentation könnte in etwa so laufen: Wir müssen uns gegenseitig unterstützen, uns nicht durch Sauferei selber handlungsunfähig zu machen (wie die Indianer im alten Amerika...) Alkoholgebrauch ist wieder nur vereinzelte Ausflucht aus unserer Situation als Arbeiter im Betrieb und in der Gesellschaft. Im Gegensatz zum gewerkschaftlichen, also organisierten, gemeinsamen Kampf führt der individuelle Widerstand durch Alkohol nur zur Entsolidarisierung. Mehrfach betrunken erwischte Kollegen liefern sich immer mehr den Vorgesetzen aus, werden oft – im nüchternen Zustand – umso mehr zu Kittelziehern und Angsthasen, statt gemeinsam mit den Kollegen für ihre Interessen einzutreten. (Wenn so viele Kollegen, wie sie durch Alkohol oder „u.a."s rausfliegen, wegen kämpferischen Einsatz für ihre Interessen rausfliegen würden, dann wäre der gewerkschaftliche Kampf im Betrieb und auch die Durchsetzung unserer Forderungen wahrscheinlich schon ein gehöriges Stück weiter ...) Gegen Alkoholmißbrauch ist also der gemeinsame Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu setzen, der konkret ausgerichtet werden muß auf so lebenswichtige Belegschaftsforderungen wie
- Das Arbeitstempo muß runter. Akkord ist Mord.
- Wir brauchen ausreichenden Lohn bei 40 Stunden.
- Wir brauchen Arbeitszeitverkürzung von 6 bis 14 und 14 bis 22 Uhr mit bezahlter Pause.

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL: FORDERT DER GEWERKSCHAFTSTAG DIE DURCHSETZUNG DER 35 - STUNDEN WOCHE

FRANKFURT 4. August

Vom 18. bis 24. September ist in Düsseldorf der Gewerkschaftstag der IG Metall. Die 1080 Anträge sind schwer zu übersehen. Deshalb hier ein paar Hinweise wichtige Punkte, die da sind ; und auf solche, die fehlen (in Klammern immer die Nummer des Antrages: vgl. "Metall"-Sonderdruck, 15. Juli 1977).

Ziehmlich viele Verwaltungstellen stellen den Antrag, durch konkrete tarifpolitische Auseinandersetzungen die wöchtentliche Arbeitszeit zu verkürzen. Verkürzungen der Wochenarbeitszeit ohne eine Stundenzahl anzugeben, fordern die Verwaltungsstellen Bielefeld, Krefeld, Coburg, Wilhelmshaven, Lüneburg, Gelsenkirchen, Mannheim, Leverkusen, München, Stuttgart (76-78, 80, 87, 270, 279, 290, 292/3().

Bremen (308) fordert die 30-Stunden-Woche! Auf 32 Stunden haben sich Köln, Duisburg, Erlangen, Hannover und Oberhausen festgelegt (82, 273, 305-307). Die 35-Stunden-Woche fordert die Mehrzahl der Anträge, nämlich Hattingen, Regensburg, Dortmund, Ludwigsburg, Velbert, Hamburg, Esslingen, Bad Kreuznach, Augsburg, Offenbach, Frankfurt, Darmstadt, Berlin, Dinslaken, Kassel, Hilden, Göttingen, Lübeck, Gummersbach, Emden, Ulm, Nordenham (72 / 3, 75, 79, 84, 269, 272, 280-282, 295-304). Saarbrücken ( ) fordert 36 Stunden.

Schluß mit der Schlichtung

Das gegenwärtige Schlichtungsabkommen, nach dem sich auch die Gewerkschaft auf die Schlichtung einlassen muß und damit in die Friedenspflicht gezwungen ist, wenn es die Arbeitgeber gut finden, von sich aus die Schlichtung anrufen, ist Zielscheibe der Kritik in einigen Anträgen. Die Aufhebung dieser "Einlassungspflicht" fordern die Verwaltungsstellen Münster, Göttingen, Mannheim, Singen, Heidelberg, Stuttgart, Tübingen, Reutlingen, Neustadt, Ulm und Waiblingen (391, 393-401, 403). Die Friedenspflicht während der Schlichtung aufzuheben, fordert die Verwaltungsstelle Bruchsal (392); und Velbert (402) will wenigstens die Fristen reduziert sehen.

"Mehr Sicherheit" bei Atomkraftwerken - nur Wilhelmshaven sagt AKW - Nee !

Zur Frage der Energiequellen gibt es einige wenige Anträge; sie halten sich meistens auf dem schlechten Mittelweg des Ja-aber zu den Atomkraftwerken.

"Mehr Sicherheit" bei den AKW's wollen die Verwaltungsstellen Dortmund, Hannover, Herford und Gelsenkirchen (127-130).
Verstärkt andere Energiequellen zu entwickeln, ist das Ziel des Emdener Antrags (134). Konsequent für andere Energiequellen im Gegensatz zur Atomenergie sprechen sich die Wilhelmshavener aus (132):

"Der Vorstand wird beauftragt, auf das Parlament und die Bundesregierung Einfluß zu nehmen:

1. Das Energieprogramm der Bundesregierung ist wegen des aus heutiger Sicht unkalkulierbaren Risikos beim Betrieb von Kernkraftwerken so zu ändern, daß andere Energiequellen für den Anteil der Kernenergie angestrebt werden.

2. Die für die weitere Forschung und Entwicklung der atomaren Energie vorgesehenen Mittel werden schnellstens und konzentriert für die Erforschung sicherer und umweltfreundlicherer Energieversorgung verwendet.

Weiterhin soll der Vorstand darauf hinwirken, daß die Problematik Kernenergie in allen Funktionärsversammlungen diskutiert wird, um ein Meinungsbild der Mitglieder zu erhalten."

Die AKW-Ja-Seite ist relativ schwach vertreten, gemessen an der Vielzahl der am Atomgeschäft beteiligten Metallfirmen. Mülheim (133) fordert in markigen Worten die Sicherung des Energiebedarfs einschließlich Atomstrom; Oberhausen (131) sorgt sich um die Sicherung der Arbeitsplätze im Energieanlagenbau.

Längere Amtszeiten , weniger Gewerkschaftstage ? !?

Die Fristen, für die bisher der Vorstand gewählt wird, beträgt drei Jahre; alle drei Jahre tritt der Gewerkschaftstag zusammen. Jetzt fordern ein paar Verwaltungsstellen, daß nur noch alle vier Jahre ein Gewerkschaftstag und die Vorstandswahlen stattfinden!
Es sind Bocholt, Essen, Osterode, Gelsenkirchen und Siegen (554/5, 557/8, 560) Wiesbaden (559) schlägt vor, daß der Gewerkschaftstag alle zwei Jahre zusammentritt (also öfter als bisher), aber nur jedes zweite Mal den Vorstand wählt, der also dann vier Jahre bleiben könnte.
Wir fragen uns, ob das eine Vorstufe für die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes sein soll, also ein Vorstoß, um künftig auch die Betriebsräte vier Jahre ungeschoren im Amt zu lassen — nachdem sie erst 1972 von zwei auf drei Jahre „verlängert" wurden?

Unvereinbarkeitsbeschlüsse: Fehlanzeige

Anträge gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften, die den Ausschluß aktiver Kollegen und Kolleginnen unter dem Vorwand linksradikaler Aktivitäten möglich machen, fehlen völlig. Das ist umso merkwürdiger, als ein paar Anträge sich durchaus mit der Praxis der Radikalenerlasse beim Statt kritisch auseinandersetzen.

Kontakt: Arbeitskreis ,Gewerkschaft — Segen oder Fluch? ' im ID.

DER 'NACHRUF' HAT WEITERE FOLGEN

GÖTTINGEN
31. August 77

Wegen der Veröffentlichung eines politischen Nachrufs auf den Tod von Generalbundesanwalt Buback in den "Göttinger Nachrichten" (Zeitung des AStA der Uni Göttingen) und der 'Fettpresse' (Zeitung der Fachschaft Maschinenbau TU Braunschweig) und den Nachdruck dieser Artikel in weit über 30 weiteren Hochschulzeitungen, AStA Infos, Alternativzeitungen usw. sind mittlerweile über 150 Ermittlungsverfahren von Staatsanwaltschaften in der BRD eingeleitet worden.
In Düsseldorf und Braunschweig wurden jeweils gegen drei verantwortliche Redakteure von Studentenzeitungen Anklage erhoben. In Göttingen werden die Anklageschriften in aller Kürze erwartet.(lt. "Göttinger Tageblatt" vom 26.8.77). Vorgeworfen wird den Angeschuldigten Verstöße gegen § 140 StGB (Billigung von Gewalttaten). § 189 (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener), § 130 StGB (Volksverhetzung) und § 90a (Verunglimpfung der BRD) - Verstöße die z.T. mit mehreren Jahren Haft bestraft werden.
Darüberhinaus ist eine größere Zahl von Hochschullehrern aus Westberlin, Bremen und Niedersachsen, die den 'Buback-Nachruf' aus Solidarität mit dem Göttinger AStA in einer Dokumentation nachgedruckt hatten, weiterhin von disziplinarischen Maßnahmen bedroht.
Nachdem die Staatsanwaltschaft Düsseldorf gegen drei verantwortliche Redakteure der Studentenzeitung "Die Lupe" des Fachbereichs Sozialarbeit und Sozialpädagogik wegen Nachdruck des Buback Nachrufs Anklage erhoben hatte, lehnte am 10.8.77 das Amtsgericht Düsseldorf die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. Die Begründung lautet zusammengefaßt: " Die Veröffentlichung des Göttinger Buback-Nachrufs" in der" Lupe - Sonderausgabe Buback" erfüllt keinen Straftatbestand". Das Gericht weist im Einzelnen nach, daß der "Buback-Nachruf" keinen Verstoß gegen § 140 "Billigung von Straftaten" oder anderer Paragraphen darstellt. Darüberhinaus trifft das Gericht folgende Feststellung: " Die Veröffentlichung des "Nachrufs" erfolgte zumindest ausschnittweise und im Gegensatz zu der hier erwähnten Form der Veröffentlichung vorzugsweise durch Herausreißen einzelner besonders inkriminierender Zitate in der gesamten deutschen Presse. Würde der Rechtsansicht der Staats-

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Peter Michael Borch

anwaltschaft gefolgt werden, hätte sich die überwiegende Mehrheit der Presse strafbar gemacht. In Bezug auf verschiedene Maßnahmen der Staatsanwaltschaft wie u.a. die Durchsuchung der Räume des FASTRA konstatiert das Gericht eine "Vielzahl der Verfahrensverstöße", die Beschlagnahme von sog. "Beweismitteln" wird vom Gericht als "unzulässig" bezeichnet, da "die Beweise bereits gesichert waren".
Da dieser Beschluß im Widerspruch zu dem durch Presse, Rundfunk und Fernsehen gezeichnetes Bild sowohl über den Artikel selbst als auch der Verfasser und Herausgeber als Kriminelle, Gewalttäter steht, soll offensichtlich jetzt eine ähnliche Beurteilung im weiteren Verfahren durch eine entsprechende Stimmungsmache vorgebeugt werden. So hat bereits Josef Augstein, Anwalt des niedersächsischen CDU-Landesvorsitzenden Hasselmann, zu diesem Urteil erklärt: " Es gibt keinen Unfug, für den ich nicht einen einzelnen Richter finde" (zit. FR, 20.8.77).
Der Rheinische Merkus v. 26.8.77 wirft unter der Überschrift "Urteil paradox" die Frage auf, ob " Justitia den Terroristenwald nicht mehr vor Paragraphenbäumen zu sehen vermag".

Am 16.8.77 erhob die Staatsanwaltschaft in Braunschweig Anklage gegen drei Mitglieder des Fachschaftsrates Machinenbau, die im Sommersemester 77 für die Erstellung der Fachschaftszeitung "Fettpresse" zuständig sind, wegen der Veröffentlichung zweier Artikel, die sich mit der zunehmend politischen Unterdrückung in der BRD auseinandersetzen.
Ihnen wird öffentliche Billigung einer Straftat (§ 140, StGB) vorgeworfen, weil es in einem der Artikel heißt: "Nachdem eine der Gallionsfiguren der politischen Repression Buback ein für allemal dran gehindert wurde, seine dreckigen Geschäfte weiterzuführen, ertönt wieder einmal und lauter als zuvor der Ruf nach Verschärfung des Gesinnungsterrors, nach Verschärfung des politischen Strafrechts."
Ihnen wird weiter vorgeworfen in einem zweiten Artikel, insbesondere durch folgende Passagen die BRD böswillig verächtlich gemacht zu haben (§ 90a StGB): " Mir war an dem Artikel wesentlich wichtiger als die paar Bemerkungen zu Buback das, was außerdem drinsteht. Nämlich, daß die politische Unterdrückung anders Denkender und Handelnder völlig systematisch ausgebaut worden ist und daß es völlig falsch ist zu sagen, (....) daß die "Terroristen" dem System dienen, weil sie den Anlaß zur Verschärfung der Unterdrückung liefen. Denn wenn es nicht die "Terroristen" sind, dann sind es z.B. streikende Arbeiter (so im Sommer 1973) oder die Demonstranten von Brokdorf und Grohnde. Man muß es eben legitimieren, wenn man elementare Rechte der Bevölkerung beschneidet: und man legitimiert es damit, daß diese ja nicht so schlimm sei wie der "Terror" der -- nun, eben heute der RAF und gäbe es die RAF nicht, dann eben der "kommunisten" und gäbe es die "Kommunisten" nicht, dann eben die Gewerkschaften, usw. Wie bei Adolf."
Die Redakteure werden also angeklagt, weil in der Veröffentlichung, ähnlich wie es mittlerweile zunehmend auch im Ausland geschieht, Parallelen zwischen der aktuellen Entwicklung in der BRD und dem Faschismus des 3. Reiches gezogen werden. Nicht die Zustände selbst sondern die Beschreibung derselben werden als Gefahr gesehen.

Wie unterschiedlich jedoch das Recht auf Meinungsfreiheit gehandhabt wird, zeigt die Auseinandersetzung zwischen dem niedersächsischen CDU-Landesvorsitzenden Hasselmann und elf Hochschullehrern, die an der Herausgabe einer Dokumentation zum "Buback-Nachruf" mitgewirkt hatten.
Das Landgericht Hannover lehnte eine einstweilige Verfügung der Hochschullehrer ab, mit der diese sich gegen die Äußerung Hasselmanns, sie würden eine "eindeutige Parteinahme für den verbrecherischen Terrorismus" betreiben, zur Wehr setzen wollten. Ebenfalls die Behauptung Hasselmanns, die Herausgeber der Dokumentation seien "Lobredner des Terrors und Beschöniger terroristischer Ergüsse" bewegt sich nach Auffassung des Gerichts " im Rahmen des Grundrechts der Meinungsfreiheit".
(alle Zitate aus "Frankfurter Rundschau vom 20.8.77).
Dies zeigt, daß versucht wird, eine elementare Kritik an den Zuständen in der Bundesrepublik einzuschränken bzw. zu verhindern indem sie mit Kriminalisierung, Strafverfolgung und Bestrafung belegt werden.

Diese Einschränkung betrifft nicht zufällig studentische Presse sondern stellt den momentanen Höhepunkt der Verfolgung linker ASten wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats dar. Damit glaubt man, politische Ruhe, Duckmäusertum und Anpassung an die politische Vorstellung der Herrschenden zu erreichen.
Unser Interesse liegt nicht allein in der Feststellung der Straffreiheit des Textes sondern in der Verhinderung der Gleichschaltung der Presse und der Wahrung der Presse- und Meinungsfreiheit.
Deshalb fordern wir:
EINSTELLUNG ALLER DISZIPLINAR-. STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN!
Fachschaftsrat (FSR) Maschinenbau TU Braunschweig
Fachschaftsrat (FSR) Elektronik TU Braunschweig
AStA TU Braunschweig
Fachschaftsrat der FHS für Sozialwesen Braunschweig
Redaktion der Braunschweiger Fachhochschulzeitung
Fachbereichsstudentenrat (FAStRA) der FHS Düsseldorf, Bereich Sozialarbeit und Sozialpädagogik
AStA Universität Göttingen
AStA Hochschule für Bildende Künste (MBK) Hamburg

LOTHAR GEND UND PETER PAUL ZAHL IM HUNGER– UND DURSTSTREIK

WERL/KÖLN
3. September

Wegen seiner aktiven Teilnahme an der Planung eines Hungerstreiks von etwa 50 Gefangenen in der JVA Werl gegen die psychiatrische Isolierstation B 1 wird Zahl besonderen Haftmaßnahmen unterworfen.
Nachdem ein Ermittlungsverfahren gegen 32 Gefangene wegen angeblich „geplantem Aufstand und geplanter Geißelnahme" von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurde und nun gegen den Amtsinspektor M ü h l e und die Gefangenen Michelet und Sand wegen Vortäuschung dieser Verbrechen und bewußt falscher Anschuldigung ermittelt wird, unterwarf die Anstaltsleitung Werl einige Gefangene diskriminierenden und schikanösen Maßnahmen.

Trotz der von Justizminister Dr. Diether Posser am 8. Juli 1977 im WDR abgegebenen Erklärung, Peter-Paul Zahl befände sich nach Abschluß der Ermittlungen in „n o r m a l e r Haft", sieht der Haftstatus zur Zeit so aus:

+ Zahl sitzt in einer Abteilung, in der nur „Abgänger" auf ihre Entlassung warten;
+ seine Stunde Hofgang am Tag muß er mit den ständig wechselnden Gefangenen einer Zugangsabteilung absolvieren - statt einer interaktionsfähigen Gruppe von 10 - 12 Personen hat er e i n e n (1) Gefangenen nur als Bezugsperson;
+ der Einkauf von Schreibwaren von „Eigengeld" wurde plötzlich verboten;
+ der Einkauf von Briefmarken vom Eigengeld wurde verboten;
+ trotz eines ausgesprochenen Betriebsverbots ist ein Antrag Zahls auf „Selbstbeschäftigung" gemäß § 39 Strafvollzugsgesetz (literarische Arbeiten) und damit verbundenem angemessenen Einkauf seit einem Jahr von den Vollzugsbehörden unerledigt geblieben;
+ ein zur „Kontrolle" an das Landeskriminalamt Düsseldorf geschicktes Radio wurde von dortigen Spezialisten völlig zerstört; auf Beschwerden erhielt Zahl seit fünf Monaten keine Antwort;

+ ohne Angabe von Gründen wird Zahl der Umgang mit bestimmten Gefangenen verwehrt;
+ in der Kirche muß er in der letzten Reihe mit einem eigens dazu abgestellten Beamten sitzen;
+ Zahl darf nicht am „Unbeschäftigtensport" teilnehmen, gar das bloße Zusehen beim in Werl beliebten und in der Anstaltspropaganda ständig hervorgehobenen Handball ist ihm verboten;
+ Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, gar ein Manuskript im Einschreibbrief „verschwinden" auf dem „Postwege";
+ Zeitungen, Zeitschriften und Briefe werden P.P. Zahl vorenthalten mit der Begründung, sie „gefährdeten das Vollzugsziel" und „bei ihrer Aushändigung würde Zahl in seiner Antihaltung gegenüber dem Staat bestärkt" (Dr. Neu, Regierungsrat);
+ nach nahezu fünfjähriger Haft werden Besuche noch immer von Beamten der Abteilung Staatsschutz beim LKA Düsseldorf überwacht, die auch Verwandte und Freunde offen observiert, gar seine Verlobte „erkennungsdienstlich" zusammmenschlug;
+ innerhalb knapp eines Jahres wurden von staatlichen Behörden auf Zahl drei agent provocateurs angesetzt: der erste versprach Pistole, Fluchtplan und Unterkunft nach der „Flucht"; der zweite gestand schließlich brieflich, im Auftrage des Verfassungsschutzes an Zahl und andere herangetreten zu sein; der dritte wurde von namentlich bekannten Beamten der Abteilung Staatssicherheit des LKA Düsseldorf beauftragt, die Häftlinge Gend und Zahl zu Verbrechen zu verleiten!

Da trotz anderslautender Auskünfte des Justizministers NRW, Dr. Dr. Posser, und des Anstaltsleiters Werl, H. Ihle, der Gleichheitsgrundsatz mißachtet, kein Vollzugsplan erstellt, mit politisch begründeter Zensur Gehirnwäsche praktiziert, der Haftalltag durch zahllose Schikanen vergiftet wird, Anträge und Beschwerden unbeantwortet bleiben und die Haftsituation unerträglich ist, treten die Gefangenen **Lothar Gend und Peter-Paul Zahl am Mo., 5. September 1977, in den Hunger- und Durststreik.**

Sie fordern:

++ Schluß mit dem verfassungswidrigen Hineinregieren der Staatsschutzbehörden in den Justizvollzug, das es nicht einmal im 3. Reich gab (die Gestapo holte sich ihre Opfer erst, wenn sie ihre Haft abgesessen hatten)! Besuchsüberwachung wie üblich!
++ nach jahrelanger Isolier- und Spezialhaft während der Zeit der Untersuchungshaft nun, nach Jahren, endlich normale Haftbedingungen, Beendigung unnötiger und erbitternder Schikanen!
++ Selbstbeschäftigung und ein damit verbundener angemessener Betrag vom eigenen Geld für den Einkauf!
++ Schluß mit ausschließlich politisch motivierter Zensur - mit Post- und Druckschriftenbeschlagnahme, dir nur einen Zweck hat: Gehirnwäsche! „Ziel des Vollzugs" ist lt. Gesetz „künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen" (§ 2 Strafvollzugsgesetz), nicht die Abrichtung von Gefangenen zu CDU- und NPD-Wählern. Eindeutig heißt es im Strafvollzugsgesetz:
„Grundrechte ohne Vorbehalt stellen etwa das Recht auf Respektierung der Menschenwürde (Art. 1 GG), der Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 GG), die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4 Abs. 1 GG) und das Petitionsrecht (Art. 17GG) dar."
++ Unterbringung in normalen Zellen für „Langstrafer" und gemeinsamer „Umschluß" mit Gefangenen eigner Wahl!
++ Erledigung von Anträgen und Beschwerden in der vom Gesetz vorgesehenen Frist!

Die Strafgefangenen Gend und Zahl bedauern es, für Dinge, die in einem Rechtsstaat Selbstverständlichkeiten sind, zum letzten Notwehrmittel von Unterdrückten zu greifen, in den Hunger- und Durststreik treten zu müssen und fordern die Öffentlichkeit auf, sie in ihrem Kampf für normale und erträgliche Haftbedingungen zu unterstützen, sowie die Staatsschutzbehörden zu zwingen, ihre illegalen Praktiken in den Strafanstalten umgehend einzustellen!

HUNGERSTREIK GEGEN ZENSUR

Lübeck
6. September 1977

Bodo Johlke und Peter Kähler sind bereits drei Mal in einen Hungerstreik getreten, damit die ihnen ärztlich verordnete Diätkost gewährt wird. Anfang August (nach dem 3. Hungerstreik) hatten sie mit dieser Forderung endlich Erfolg.
Ab den 6. September ist nun Bodo wiederum in einen Hungerstreik getreten, um gegen die Besuchs- und Schreibverbote zu protestieren, die für Lübecker und Hamburger Genossen angeordnet wurden. Ebenso kommen keine Zeitungen und Bücher zu ihm rein.

HUNGERSTREIK

FRANKFURT
August 1977

Am 8. August 1977 wurden acht Gefangene aus der RAF während des Umschlusses in Stammheim brutal zusammengeschlagen — Einzelhaft wurde angeordnet. Ein Grund dieser Aktionen war nicht sichtbar. Daraufhin traten am Abend des 8. 8. 1977 die Gefangenen in einen Hungerstreik (ab Dienstag, dem 9. 8. zusätzlich in den Durststreik) und forderten die Aufhebung der Totalisolation und die Durchsetzung nach Bildung interaktionsfähiger Gruppen. Diesem Hunger- und Durststreik haben sich etwa 40 Gefangene in der BRD und in Westberlin angeschlossen. Ungefähr 10 Gefangene wurden wieder auf brutalste Art und Weise zwangsernährt. Wir drucken im folgenden auszugsweise einen Bericht einer Zwangsernährung (ZE) von Lutz Taufer aus Bochum ab.

„Viele der Hungerstreikenden befanden sich in einem lebensbedrohlichen Zustand (so Ilse Jandt und Monika Berberich in Berlin). Von mehreren Seiten kamen Solidaritätserklärungen und Protestschreiben, die sich für die Durchsetzung der Forderungen aussprachen (Schriftsteller, Ärzte, Rechtsanwälte, Frauengruppen, Rechtsreferendare, die Russell-Peace-Foundation, Amnesty International). Andere Gefangene traten ebenfalls in einen Hungerstreik, so z. B. Gerd Konseczny in Berlin, der zusätzlich noch die sofortige Abschaffung der Presse- Buch- und Briefzensur, die sofortige Rückverlegung der Tegeler Gefangenen von Moabit (Durchblick-Redaktion) und die Zulassung von freien, unabhängigen Gefangenenzeitungen forderte. In Braunschweig kam es zu einer eintägigen Kirchenbesetzung durch 50 Leute. Für die Gefangenen aus der RAF gab Jan Raspe folgende Erklärung zum Abbruch des Hunger- und Durst

„Sonntag, 14. August 1977, 9.40 — Zwangsernährung

n älterer bulle teilt vor der tür ein. kommen gleich reingestürzt, fragen kurz, ob ich was esse, ca. 5 mann schleppen mich. was sie mit armen und beinen gemacht haben, weiß ich nicht mehr, irgendwie die arme auf den rücken, dann gestreckt, die beine nach außen gedreht und ebenfalls zu strecken versucht. gleich beim packen an den haaren gerissen, ganze büschel raus. beim schleppen rennen sie fast und haun mir den kopf an die scharfen ecken vom treppengeländer. vom bett hab haben sie ne decke mitgenommen, schmeißen sie mir übern kopf, um schreie zu ersticken. vor dem duschraum halten die schweine an + wippen. einer haut auf kniee. dann rein + auf holzstuhl. der freße bulle mit schnauzbart ist wieder dabei.

scheinen n extra rollkommando zusammen gestellt zu haben. die arme klemmen sie über die rückenlehne von dem sessel. wos wahnsinnig weh tut. nach einiger zeit spüre ich vom linken arm nichts mehr. zwei bullen wieder auf die schuhe, krallen sich wieder fest am oberschenkel und bauch. versuchen zähne aufzukriegen, die an den armen (3 oder 4 mann sehe ich danach, davon 1 weißkittel) drehen wie wild. zähne kriegen sie nicht auseinander. schaaf probierts mit dem dünnen schlauch. links n sani, der kopf festhält, irgendeiner drückt von unten ans kinn. das ding geht nicht rein. schaaf stochert in der luftröhre rum, ich will noch atmen, geht aber nicht. wahnsinnsschmerz, das schlimmste dabei ist die hilflosigkeit, unmöglich sich bewegen zu können. derselbe sani wie das letztemal versucht gleich wieder was reinzudrücken. schaaf kommt wieder. aspierieren, aspierieren. als nix kommt ziehen sie am schlauch + gehn noch mal rein. dann rausgezogen + in magen. hatte den eindruck, daß weniger zeugs als die ze's vorher. während der ganzen zeit kurbeln die hinten an den armen. als die sache rum ist + sie mich loslassen, ist jedes gefühl im linken arm weg. da ist n nerv oder mehrere kaputt. kann die linke hand nicht mehr richtig benutzen. völlig kraftloser griff. z.b. kann ich keinen becher heben. aussenseite unterarm+ teilweise oberarm völlig taub + gefühllos. ebenso daumen. hand ist nicht mehr nach oben zu beugen. ebenso total ausfall der lateralbeugung (?) (winkelbewegung)...."

ERKLÄRUNG ZUR BEENDIGUNG DES HUNGER- UND DURSTSTREIKS

STAMMHEIM
2. September 77

"Im Lauf der Woche haben wir von einem Mitglied von Amnesty International erfahren, daß der Vermittlungsversuch, den das International Executiv Comittee unternommen hat, um humane, d.h. Haftbedingungen, die den Forderungen der Ärzte entsprechen, durchzusetzen und den Hungerstreik zu beenden, abgebrochen wurde, weil ' die Situation total verhärtet ist' und ' in den Behörden von oben nach unten die Linie durchgesetzt wurde, nach den Anschlägen gegen die Bundesanwaltschaft und Ponto an den Gefangenen ein Exempel zu statuieren'.
Das entspricht den Ankündigungen Rebmanns.
Die Gefangenen haben daraufhin - um das Mordkalkül nicht zu erleichtern -am 26. Tag ihren Streik unterbrochen.
Sie haben sich dazu entschlossen, nachdem sie damit endlich offen zu Geiseln des Staatsschutz erklärt worden sind -
in Erwägung der Anstrengungen, die die Regierung unternommen hat, die Begründung der Klage gegen die Verletzung der Menschenrechte in der Bundesrepublik bei der Menschenrechtskommission in Straßburg durch Verhaftungen, Razzien und die Beschlagnahme an der Grenze zu verhindern.
Jan Carl Raspe
für die Gefangenen aus der RAF"

BUNDESANWALTSCHAFT ALS ANKLÄGER IN WESTBERLIN

BERLIN
August 1977

Folgende Pressemitteilung erhielten wir von den Anwälten Spangenberg und Becker aus Berlin:

„Zu der Frage, ob es völkerrechtlich zulässig ist, wenn die Bundesanwaltschaft im sogenannten Lorenz-Prozeß gegen Ronald Fritzsch, Gerald Klöpper, Till Meyer, Ralf Reinders, Fritz Teufel und Andreas Vogel in Westberlin die Anklage vertritt, hat mir die Botschaft der UdSSR in der DDR folgendes mitgeteilt:

„Wir halten es für unerläßlich, Ihnen mitzuteilen, daß in Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 föderale Machtorgane der BRD — hierunter fallen auch alle Bundesgerichte — keine Amtshandlungen in Ausübung unmittelbarer Staatsgewalt über die Westsektoren Berlins vornehmen dürfen (siehe Vierseitiges Abkommen Satz P pp. 1 und 2; Brief der drei Botschafter an den Bundeskanzler vom 2. 9. 1971, pp. „a" und „e"). Daher ist ganz offensichtlich, daß die Absicht der Bundesanwaltschaft der BRD, als Anklägerin in dem Prozeß, von dem in Ihrem Brief die Rede ist, in den Westsektoren Berlins aufzutreten, den Versuch einer groben Verletzung des Vierseitigen Abkommens darstellt."

Der Bundesregierung erscheint der „Fall Lorenz" offenbar geeignet, durch einen demonstrativen Akt einen Vorstoß mit dem Ziel zu unternehmen, Regierungskompetenzen in Westberlin zu erlangen. Es besteht jedoch ein rechtliches und tatsächliches Interesse daran, einen solchen Vorstoß zu verhindern. Die Tätigkeit der Bundesanwaltschaft als Ermittlungs- und Anklagebehörde und des Bundeskriminalamts als Zentrale des polizeilichen Staatsschutzes im „Fall Lorenz" in Westberlin birgt die Gefahr, daß die Bundesregierung und der Westberliner Senat Schritt für Schritt auch die Tätigkeit des Bundesamts für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) sowie des Bundesgrenzschutzes in Westberlin für völkerrechtmäßig erklären könnten."

„... UND WELCHER GEFANGENE IST SCHON NICHT POLITISCH ? ..."

NÜRNBERG
18. Juni

„Emil-Reiner Beck wurde vor drei Jahren zu dreizehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem er ein Jahr in der JVA Bayreuth gesessen hatte, wurde er in die Straubinger Vollzugsanstalt verlegt. Straubing, das ist: Lebendig begraben sein, mehr als in anderen Zuchthäusern— es sind dort nur Gefangene mit fünf Jahren aufwärts, 30 % der Häftlinge haben lebenslänglich. Straubing, das sind Zellen: 1,40 mal 3 m. Und Straubing, das ist insbesondere (für alle Gefangenen in Bayern) die permanente Drohung psychiatrisierender Spritzen und Isolation in Haus III.

Am 19. Januar 1977 wurde E.R. Beck von Straubing nach Nürnberg verschleppt, da er angeblich Arbeitsniederlegungen (gegen die schlechtere Bezahlung der Gefangenen nach Einführung des Strafvollzugsgesetzes) vorbereitet haben soll (s.ID 177). Seit jenem Tag ist er in strenger Einzelhaft. D.h.:
„Strenge und unausgesetzte Absonderung von allen übrigen Gefangenen, Einzelhofgang, Verbot der Teilnahme an Freizeitveranstaltungen aller Art, Verbot der Teilnahme am Gottesdienst, daher Einzelseelsorge, Ausschluß von der gelockerten Besuchsregelung. (JVA - Beschluß Nürnberg)"

Seit Emil-Reiner in der JVA Nürnberg ist (aus „Sicherheitsgründen" im U-Bau), ist er zweimal in Hungerstreik getreten. (Hungerstreik als einzige Form von Widerstand in so einer Situation). Während er den ersten Hungerstreik noch begonnen hatte aus Protest gegen seine Isolation und um überhaupt zu erfahren, warum er nach Nürnberg verlegt worden war, entschloß er sich Anfang Mai zum zweiten Mal zu hungern, um sich gegen die andauernden Schikanen und Zwangsmaßnahmen der JVA-Leitung zu wehren (er bekam keine Bücher - selbst Carroll's „Alice im Wunderland", ein Märchenbuch, wurde ihm erst nach drei Eingaben ausgehändigt; fast alle ein- und ausgehenden Briefe wurden angehalten, erst nach mehrmaligem Fragen und Rapporten wurde ihm ein fünfminütiges Telefongespräch mit seiner schwer erkrankten Mutter ermöglicht, außer der „Süddeutschen Zeitung" sind ihm keine anderen Informationsquellen erlaubt, etc.etc.).

Bei beiden Hungerstreiks wurde Emil-Reiner von der Anstaltsleitung das Wasser entzogen – mit den altbekannten zynischen und unhaltbaren Begründungen, die Gesundheit des Gefangenen schützen zu müssen. Wobei aber durch den Entzug von Wasser – nach medizinischen Erkenntnissen – der Gefangene erst recht in Lebensgefahr kommt (Kollaps, Nierenversagen, nach 10 Tagen Tod).

Weiterhin wurde er, nachdem er aus seiner Zelle eine Achterbahn machte, soll heißen: demoliert hatte, für sieben Tage in eine „Beruhigungszelle" gesteckt. Beruhigungszelle, das ist ein total leerer und toter Raum, schlimmer noch als Arrest, ausgestattet mit Thermostat, um die Temperatur von + 40 bis –20 Grad variieren zu können – also Folter. Emil mußte drei Tage vier Stunden bei + 40 Grad aushalten.

All diese Maßnahmen wurden damit begründet, daß „Emil-Reiner Beck als Sympathisant einer verfassungsfeindlichen Gruppierung anzusehen ist, deren Ziel die gewaltsame Umgestaltung der Gesellschafts- und Rechtsordung der BRD ist."

Verfassungsfeindlichkeit fängt inzwischen anscheinend schon da an, wo einer Widerstand leistet, weil er auch im Zuchthaus auf seinen Rechten besteht und menschenwürdig leben will (also essen, trinken, schreiben, lernen, sich informieren, usw.).

„Wiedereingliederung" bei Emil-Reiner Beck heißt Vernichtung seiner Persönlichkeit. Die Anstaltsleitung kann willkürliche Maßnahmen wie im Falle E. Beck umso leichter treffen, weil sie in Emil-Reiner auf jemanden zielt, der in der sogenannten Linken als sogenannter politischer Gefangener nicht anerkannt und bekannt ist."

HAUSBESETZER-PROZESS IN GMÜND

Gmünd
September 1977

Den Hausbesetzern aus Gmünd, die am 16.4. den leerstehenden Flügel einer Gewerbeschule besetzten, um endlich an ein akzeptables Jugendzentrum zu kommen, soll jetzt der Proze- gemacht werden.

Bei der Strafverfolgung werden die Besetzer in drei Gruppen eingeteilt: Leute unter 18 Jahren bekommen ein Jugendgerichtsverfahren (am 22.9., nicht öffentlich), Leute zwischen 18 und 21 sollen 15 Tagessätze zu 15 DM zahlen, Leute über 21 Jahren 15 Tagessätze zu 30 DM. Von denen, die zahlen sollen, hat ein Teil Widerspruch eingelegt, ein Thermin für die anstehenden Gerichtsverhandlungen ist noch nicht bekannt.

Außerdem hat die Stadt jetzt den Zuschuß für das provisorische Jugendzentrum "Schmalzgrube" gestrichen. Deshalb und wegen der anstehenden "Straf"- und Gerichtskosten wird dringend Geld benötigt.

Spendenkonto: Kreissparkasse Gmünd, Nr. 201201 (Jugendzentrum Gmünd, Hermann Waibel, Uferstr. 61, 7070 Gmünd)

REDAKTIONSSTIL VOM ID MUSS SICH ÄNDERN – ANSONSTEN: AUSSCHLUSS

HAMBURG
Juli 1977

„Das Landgericht Hamburg, Große Strafkammer 8, hat durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Ziegler am 21. Juli 1977 beschlossen:

Die Zeitschrift „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" wird künftig von der Beförderung ausgeschlossen.

G r ü n d e :

Von der oben genannten periodisch erscheinenden Zeitschrift mußten bereits zahlreiche Ausgaben – zuletzt sechs Ausgaben in ununterbrochener Folge – von der Beförderung ausgeschlossen werden. Sie enthielten zu einem ganz wesentlichen Teil keine Information, sondern Agitation in Form von unsachlichen Angriffen gegen die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gelte. Dabei wurden deren Organe verunglimpft und u. a. die Vollzugsbehörden als Handlanger und Mörder hingestellt. Es ist davon auszugehen, daß die Zeitschrift auch in ihren zukünftigen Ausgaben diesen staatsfeindlichen Charakter beibehalten wird, solange sich für eine Änderung der Zielsetzung und des Redaktionsstils der Zeitschrift keine Anhaltspunkte ergeben (vgl. OLG Hamb. NJW 77/594). Die Aushändigung derartigen Schriftmaterials an die Untersuchungsgefangenen Eckes, Pohl, Schiller und Stachowiak ist daher geeignet, die Ordnung in der Vollzugsanstalt – wie sie das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 16. 5. 1973 (NJW 74/26 ff) eingehend umschrieben hat – zu stören. Die Zeitschrift ist daher gemäß § 119 III, IV StPO auch von der künftigen Beförderung auszuschließen."

JUGENDZENTRUM – EINE NEUE BEWEGUNG

WERTHEIM
September 77

Am 27./28. August 1977 fand in Sindelfingen das erste Landestreffen regionaler Zusammenschlüsse von JZ in Baden-Württemberg statt. Vertreten waren die "Jugendzentrums-Provinzen": Bodensee-Oberschwaben - Allgäu, Franken-Hohenlohe, Karlsruhe, Ostwürttemberg und Rems-Murr-Kreis. Darüber hinaus besteht eine enge Zusammenarbeit mit Regionalzusammenschlüssen im Kreis Biberach, Kreis Emmendingen, Dachverband Heidelberg, Kreisverband Ludwigsburg, Jugendzentrumsverein Mittleres Kinzigtal und mit dem JZ Müllheim, das Kontakte zu JZ in Raum Südbaden besitzt.

Das Treffen wurde über längere briefliche Kontakte, über zwei Rundbriefe und eine Rundreise vorbereitet und war ein voller Erfolg. Der Anspruch dieses Treffens war, daß sich alle Regionalzusammenschlüsse einmal treffen, um sich gegenseitig kennenzulernen, um Erfahrungen über die Arbeit auszutauschen und Strukturen und Beziehungen für eine weitere Zusammenarbeit aufzubauen. Die völlig abgehobene Institutionaliserung eines Büros oder Landesverbandes wurde von vornherein nicht beabsichtigt.

Neben den Regionalzusammenschlüssen waren auch als Einzelinitiativen Leute aus der JZ-Initiative in Schwäbisch-Gmünd und Leute vom JZ Stetten vertreten. Die Schwäbisch-Gmündener berichteten über ihre im April gescheiterte Hausbesetzung und die daraus entstandenen Repressionen. Es wurde beschlossen, die Information darüber zu verbreitern, eine Konzerttournee zu organisieren, um Geld für die Strafverfahren zu erhalten und zu Spendenaktionen aufzurufen bzw. solche durchzuführen.

Die Leute vom JZ Stetten berichteten über ihre dreimonatige Hausbesetzung und über das am 17. Juni stattgefundene Hausbesetzertreffen.

Außerdem waren aus Freiburg zwei Vertreter des dort existierenden Koordinationskreises Jugendfreizeitstätten, der ein selbstorganisiertes Gremium der Leute, die in den Jugendfreizeitheimen arbeiten - ist, mit mehreren Jugendlichen vertreten.

Als konkrete Ergebnisse des Treffens kam neben dem spontan gefällten Beschluß der Stettener, Schwäbisch-Gmündener und Freiburger, die sich zu einer Arbeitsgruppe zusammengesetzt hatten, gegenseitige Besuche und Feste durchzuführen, folgende Punkte heraus:

– Die Regionalzusammenschlüsse werden in Zukunft alle Veröffentlichungen gegenseitig austauschen;
– das nächste Landestreffen findet nach 1/2-jährigem Turnus im März 1978 im Rems-Murr-Kreis statt;

- die Regionalzusammenschlüsse werden ihre Adressenlisten, ihre Eigenproduktionen (Dias, Zeitungen, Dokus, Filme) und andere Adressen selbstverwalteter JZ austauschen;
— es soll versucht werden, eine Liste aller in Baden-Württemberg existierenden JZ und JZ-Initiativen in Selbstverwaltung zu erstellen und in einem alternativen Adressbuch zu veröffentlichen;
— es wurde beschlossen, im Sommer (Himmelfahrtwochenende) 1978 ein Zeltlager zu veranstalten, damit nicht nur die Aktiven etwas von der Zusammenarbeit haben.

Wir fordern alle regionalen Zusammenschlüsse, die in dieser Aufzählung nocht nicht erfaßt sind, sowie alle selbstverwalteten JZ und JZ-Initiativen auf, sich bei der zentralen Kontaktadresse der Regionalzusammenschlüsse in Baden-Württemberg, Rainer Moritz, Mühlenstr. 63, 6980 Wertheim 1 zu melden, um dieses Vorhaben zu unterstützen und die JZ-Bewegung neu zu beleben.

Kontaktadresse:
Albert Herrenknecht
Frühmesse 3
6968 Kreuzwertheim

RESOLUTION VOM „TATZELWURM"

FRANKFURT
Juli 1977

Die Bürgerinitiative „Tatzelwurm", ein irrsinnig langes Untier, das sich aus vielen Kindern, Eltern und Erziehern zusammensetzt, kraucht der Frankfurter CDU-Regierung weiterhin im Pelz rum. Nachdem es Proteste gegen die Schließung der Kitas (Kindertagesstätten) gegeben hatte — ein Kinderfest im Park und eine bunte Demonstration durch die Innenstadt, gibt es jetzt eine Resolution, unter die schon die Professoren Mitscherlich und Horst Eberhard Richter ihr Unterschrift gesetzt haben.

Die Resolution enthält eine kurze Beschreibung der Erziehungskonzeption. Weiter heißt es:

„Von den 20 Kitas hat die CDU vor, einige ganz zu schliessen, der Rest wird in herkömmliche Kindergärten umgewandelt durch Einsetzung einer Leiterin als Krone der Hierarchie, damit der autoritäre Staat schon frühkindlich eingeübt wird. Kindergruppen sollen auseinandergerissen werden, um sie auf andere Kindertagesstätten zu verteilen. Insgesamt werden die Gruppen also wieder größer, die Reglementierung zwangsläufig wieder zunehmen. Dies wird die im Kita-Projekt sehr zahlreichen ‚Unterschichtskinder' besonders hart treffen. Die Abschaffung der Kitas macht auch die Hoffnung der Erzieher in den übrigen städtischen Kindertagesstätten auf bessere Arbeitsbedingungen zunichte, die in den Kitas „erprobt" werden sollten. Und ein Teil der Kita-Erzieher muß mit seiner Entlassung rechnen.

Die CDU begründet diese „Umstrukturierung" mit der gebetsmühlenhaften Wiederholung der Behauptung, „das Projekt ist gescheitert". Dazu befragt sie weder die direkt Beteiligten, die Kinder, Eltern und Erzieher noch wartet sie die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Kita-Projektes ab. Politische Willkür und die Arroganz einer neuen Macht haben sich gegen Erziehung zur Mündigkeit und selbstorganisiertes Lernen verschworen. Wer Dreggers „Marburger Hochschulthesen" genau studiert hat, findet darin bildungspolitische Legitimation und eine „roll-back-Strategie", wie sie exemplarisch offenbar am Kita-Projekt erprobt werden soll. Deshalb ist der Konflikt um die Frankfurter Kitas nicht ein lokales Ereignis, sondern ein erster Versuch, der deutlich macht, was alle im Bildungs- und Sozialbereich Tätigen und Betroffenen erwartet, sollte der nächste Ministerpräsident Alfred Dregger heißen.

Deshalb protestieren alle Unterzeichnenden gegen die Liquidierung des Kita-Projektes und rufen auf, sich an den Aktivitäten von „Tatzelwurm"-Bürgerinitiative für Kinder und Jugendliche zu beteiligen."

Unterschriften nimmt die BI weiter entgegen. Informationen: Kita 111, Staufenstraße 3, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/ 212-5641.

NEUES VOM ABENDGYMNASIUM

FRANKFURT
6. September

„Wie bekannt, versucht das hessische Kultusministerium schon seit langem, das Abendgymnasium (AG) 'auszutrocknen' (Kurs-Modell, Zulassungsbedingungen usw.). In diesen Tagen hat Krollmann zu einem neuen Schlag ausgeholt:

totaler Aufnahmestop fürs nächste Semester
und Trennung von Vor- und Hauptkursen mit Zwischenprüfung.

Gleichzeitig soll ein zweites AG mit Abendunterricht in Ffm eingerichtet werden. Dieses unter dem Vorwand des pluralistischen Bildungsangebotes gerechtfertigte zweite AG würde aber zu einer weiteren Auflösung des bestehenden AG's führen. Denn: Allen denjenigen Bewerbern für das Nachmittagsgymnasium, die für die ersten Semester keinen Halbtagsjob finden (und das sind einige!), könnte vom Sozialamt die ihnen heute noch zustehende Unterstützung verweigert werden, unter Hinweis auf die angebotene Abendschule, deren Besuch ihnen ermöglichen würde, einen Ganztagsjob auszuüben.
Wie leicht zu sehen ist, stellt dieser neue Erlaß die bisher stärkste Bedrohung fürs Frankfurter AG dar. Wir müssen uns deshalb sofort massiv dagegen wehren!
Alle diejenigen, die am 1. Februar 78 bei uns anfangen wollen, und von dem geplanten Aufnahmestop betroffen sind, sollen sich auf jeden Fall mit der Schule bzw. der Schülerschaft in Verbindung setzen, und außerdem in ihrem Bewerbungsschreiben ausdrücklich Nachmittagsunterricht fordern. (Nirgendwo abwimmeln lassen!) ———— Denn das letzte Wort in dieser Sache ist noch nicht gesprochen!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!"

Schuladresse: AG Frankfurt, Verwaltungsbau, Vogtstr. 35-37
Tel.: 2125933

ERNST BLOCH UNIVERSITÄT

TÜBINGEN
4.August

Am 4.August 77 starb Ernst Bloch im Alter von 92 Jahren an Herzversagen.

Die Studentenschaft der Universität Tübingen organisierte zum Gedenken an ihren verstorbenen Genossen am Abend des 9. August 77 einen Fackelzug zum Hause Blochs. Auf der Abschlußkundgebung des ca. 3000 Teilnehmer zählenden Zuges wurde anschließend an die Reden von Oskar Negt und Rudi Dutschke nachstehende Resolution verabschiedet:

"Die Teilnehmer des Fackelzuges vom 9. August 1977 trauern um Ernst Bloch, den großen Philosophen und Denker, ihren Professor, ihren Genossen, der wie kein zweiter uns den aufrechten Gang durch die Menschengeschichte in Theorie und Praxis gelehrt hat. Bloch war Marxist, seine Philosophie der Praxis hat das Prinzip Hoffnung auf die konkrete Utopie einer sozialistischen Gesellschaftsordnung trotz aller Widersprüche und Rückschläge nie in Vergessenheit geraten lassen. Sie war der Ansporn einer Generation, die Ende der 60-iger Jahre die Grundwerte der bürgerlichen Revolution und die Ideale des Humanismus begann, in die Tat umzusetzen. Aber das Wirken Ernst Blochs lebt weiter in

den alltäglichen Auseinandersetzungen mit den Erscheinungen kapitalistischer Wirklichkeit. Geht es darum der Verdinglichung des Bewußtseins aufzusitzen, einen Dogmatismus an den Tag zu legen, der den geschichtlichen Tendenzen widerspricht oder sein Leben an versteinerten Verhältnissen auszurichten, die nichts mit dem Gedanken an radikale Freiheit der Menschheit zu tun hat, so ist es gerade seine Interpretation des Marxismus, die der Möglichkeit des Sozialismus erneut Qualität verleiht, für die sich der Kampf von Unterdrückten und Beleidigten nach radikaler Veränderung als lohnend erweist. Für uns wird der Tod Ernst Blochs zum Anlaß, sein Erbe uns allen nutzbar zu machen. Diese Universität, die sich gerade in diesem Sommer anschickt, ihr 500-jähriges Jubiläum zu feiern, die stets in ihrer Geschichte von den Widersprüchen geistiger Freiheit, gesellschaftlicher Verantwortung der Wissenschaft und der Möglichkeit gesellschaftsverändernder Praxis gezeichnet war, soll fortan Ernst Bloch Universität heißen. Die Studentenschaft wird im Zusammenwirken mit den Teilen der politischen Intelligenz, die bereit sind, das Erbe Ernst Blochs weiterzuvermitteln, anläßlich des Jubiläums eine Ernst Bloch Gedächtnisveranstaltungsreihe eröffnen und damit zum Ausdruck bringen, daß die Theorie der Praxis Fortbestand in uns allen haben wird.

Ernst Bloch lebt weiter."

Zugleich bekräftigten die Teilnehmer die Unbenennung der Tübinger Uni: Der Name des Universitätsgründers und Judenverfolgers Graf Eberhard im Barte (Eberhard-Karls-Universität) wird ersetzt durch den Namen Ernst Bloch.

Am Nachmittag des 9. Aug. fand die offizielle Trauerfeier auf dem Tübinger Bergfriedhof statt. Als Redner waren zugelassen: Walter Jens, Siegfried Unseld (suhrkamp-Verleger), Adolf Theis (Uni-Präsident), Prof. Fahrenbach FB Philosophie, Gundi Reck für den ASTA Tü, Oskar Negt für das Sozialistische Büro und Rudi Dutschke. Abschließend las Peter Huchel ein Gedicht. An der Trauerfeier nahmen rund 2500 Studenten und Freunde teil.

Der ASTA der Ernst Bloch Universität hat eine ausführliche Dokumentation zum Begräbnis erstellt (150 Seiten). Sie ist zum Preis von 5.00 DM beim ASTA zu beziehen. Der Erlös geht je zur Hälfte in den Rechtshilfefond und an den "Verein zur Selbsthilfe" (Strafgefangenenhilfe, die von Ernst und Karola Bloch gegründet worden war).

ASTA Universität
Wilhelmstr. 30
74 Tübingen



PROZESS GEGEN LINKEN BUCHHANDEL

Nürnberg-Fürth
6. September 1977

Nach fast drei Jahren der Ermittlungen und anderthalb Jahre nach Vorlage der Anklageschrift soll der Prozeß gegen Udo Polzer und Gerd Schnepel, ehemals Geschäftsführer des Politladens in Gaiganz und Erlangen im September beginnen. Vorgeworfen wird:

1. der Verkauf des "Anarchistischen Kochbuchs" an zwei CDU-Spitzel
2. Herstellung und Vertrieb des Buches "Der Kampf gegen die Vernichtungshaft"
3. das Herumliegen einiger Flugblätter im Laden, in denen nicht nur klammheimliche Freude über Herrn Drenckmanns Ableben mitgeteilt wurde.

Das Urteil wird grundsätzliche Bedeutung haben für den ganzen linken Buchhandel, für unsere Infos und Zeitungen. Zur Freiheit der Information und Diskussion im Lichte der ganzen 88a-Geschichte werden die mittelfränkischen Richter mal sagen, wo's langgeht. Und es wird sich zeigen, ob die Propaganda Früchte trägt, die die linken Verlage, Druckereien und Läden als Finanzierer der Stadtguerilla, als Anlaufstellen für "anarchistische Gewalttäter", als Rekrutierungsreservoir ausgemacht zu haben vorgibt und diesen Sumpf trocken legen will. Wenn dies gelingt, werden bald nicht nur die Beiträge der Guerillagruppen und Diskussionen über ihre "Linie" aus den Läden verschwinden, sondern auch Brokdorf-Dokumentationen, Stromboykottaufrufe und -berichte usw. usw. usw. usw. mit Strafe bedroht sein und unterbleiben.

Die Eröffnung des Verfahrens gegen Udo und Gerd vor dem Land- statt Amtsgericht wurde "wegen der besonderen Schwere des Falles" beschlossen, d.h. es gibt auch keine Berufungsinstanz!

Der Prozeß beginnt am 20. September 1977 vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth, Bärenschanzstr. 72, Raum 627/I, um 9 Uhr. Annahmestelle für aufmunternde Schreiben und finanzielle Hilfe

GEGENDRUCK
Wehmenkamp 27
43 Essen

ERSTE SITZUNG DES RUSSELL–TRIBUNALS MITTE OKTOBER

FRANKFURT/BERLIN
7. September

Während der Sommerpause sind einige für das Tribunal wichtige Entscheidungen getroffen worden.

Ein erster ABGABETERMIN FÜR MATERIALIEN, die dem Tribunal vorgelegt werden sollen ist ENDE SEPTEMBER (da die Materialien noch übersetzt werden müssen, sollen nicht übersetzte Unterlagen 10 Tage vorher abgeschickt werden)

Das erste Treffen der Jury wird Mitte Oktober in Frankfurt stattfinden. Der genaue Termin sowie die Zusammensetzung des Tribunals sind noch nicht bekannt.

Das vorläufige Sekretariat in Westberlin hat einen vierten Rundbrief herausgegeben, in dem unter anderem auf das Problem der Materialaufbereitung eingegangen wird. Ein Auszug:

" Entgegen allen anderslautenden Behauptungen in einigen Presseartikeln haben wir in unserer mit der Russell-Stiftung abgestimmten Erklärung vom 24.6.77 versichert, alles an das vorläufige Sekretariat eingereichte Material an die Mitglieder des Tribunals weiterzugeben, damit diese allein und autonom entscheiden, was alles Gegenstand ihrer Untersuchung sein soll. Wie jedem einsichtig sein wird, setzt dieses Vorgehen freilich voraus, daß die Jury nicht mit einem "Wust" unsystematisch gesammelter Dokumentationen, Erklärungen und Berichte zum Thema politische Unterdrückung in der Bundesrepublik überschüttet wird.

Von uns deshalb die folgenden Anregungen zur Aufarbeitung und Strukturierung der Materialien durch die Absender:

— Die Jury benötigt Unterlagen über Menschenrechtsverstöße, die spezifisch für die Bundesrepublik sind. Was dies - "Menschenrechtsverletzungen"/"BRD-spezifisch" - im einzelnen aus unserer Sicht heißt, ist im Teil II dieses Papiers ausgeführt.

— Zum für Mitte Oktober d.J. geplanten ersten Treffen der Jury sollten möglichst Kurzgutachten eingereicht werden, aus denen hervorgeht, weshalb die Jury aufgefordert wird, sich mit den in den einzelnen Gutachten jeweils bezeichneten Bereichen politischer Unterdrückung zu befassen und welche Materialien, Zeugen etc. herangezogen bzw. geladen werden sollten.
Diese erste Treffen der Jury soll ihr dazu dienen, eine erste Entscheidung darüber zu treffen, welche Bereiche politischer Unterdrückung untersucht werden. Das Tribunal selbst soll dann im Januar 1978 beginnen; bi s zu diesem Zeitpunkt können und müssen selbstverständlich weitere Materialien vorgelegt und die vorhandenen ergänzt werden.
Das vorläufigeSekretariat wird sich seinerseits um die Vorlage von Kurzgutachten über mögliche Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik bemühen, wobei wir im Hinblick auf das bisher vorliegende Material folgendes beschlossen haben: Schwerpunktmäßig holen ein
+ Ellen Diederich:Gutachten zur Problematik der Unterdrückung von Frauen und Frauengruppen sowie zur Gewerkschaftsproblematik (Maßnahmen gegen Gewerkschaften; Unvereinbarkeitsbeschlüsse u.ä.);
+ Kai Dieckmann und Detlef Haritz:Gutachten zur Problematik der Berufsverbote;
+ Sebastian Cobler:Gutachten zur Problematik von Zensurmaßnahmen und zwar sowohl in den Medien als auch in Form strafrechtlich praktizierter Zensur, also: sog. Äußerungsdelikte (§§ 88a, 13Oa, 140, 90a etc. StGB) und Verfolgung von Demonstranten; zur Problematik der Behinderung und Verfolgung von Verteidigern; zur Problematik der Haftbedingungen und der Verteidigungsbehinderung politischer Gefangener; zur Problematik der legalisierten und extralegalen Prozeßstrategien in politischen Großverfahren; zur Problematik der Praxis der Polizei und des geplanten einheitlichen Polizeigesetzes; zur Problematik des Asyl- und Ausländerrechts; zur Problematik der bundesdeutschen Geheimdienstpraxis und der Zusammenarbeit mit solchen Diensten anderer Staaten.

— Die Gutachten sollten möglichst kurz und unbedingt mit einer Zusammenfassung versehen sein. Da die Verhandlungssprache der Jury Englisch sein wird, müssen die Materialien mindestens in dieser Sprache, möglichst noch ins Französische übersetzt werden.
Darüberhinaus bitten wir dringend darum, Übersetzer sowohl für das schriftliche Material als auch für die mündlichen Verhandlungen ausfindig zu machen und anzusprechen.
Die Namen und Adressen der Sprachkundigen mögen uns bitte benannt werden.

Da die Jury sich Mitte Oktober d.J. erstmals zusammensetzen wird, die Materialien bis dahin also mindestens in einer solchen Fassung vorliegen, aus der sich die Jury ein Bild über die zu untersuchenden Bereiche machen kann, muß das Material bis Anfang Oktober 1977 vorliegen. Die Unterlagen, die von ihren Absendern selbst nicht übersetzt werden konnten, sollten bereits 10 Tage vorher vorliegen, also bis zum 20 September 77.

Wir möchten nochmals darauf hinweisen, daß weitere und ergänzende Materialien auch noch in der Zeit bis zum Tribunalbeginn im Januar 1978 und während dessen Verlauf eingereicht werden können; daß der oben genannte Oktober- bzw. Ende-September Termin aber aus den genannten Gründen von großer Bedeutung ist, weil hier die Jury ihre Arbeit und Tagesordnung konzipieren will."

Weiter geht der Rundbrief ausführlich auf die Beurteilungskriterien der Jury ein, d.h. die internationalen Verträge über die Menschenrechte und ihre Anwendung auf die"Besonderheiten" der Bundesrepublik.
Der Rundbrief kann angefordert werden bei:

Vorläufiges Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten
Dritten Internationalen Russell Tribunals
D – 1000 Berlin, Ahornstr. 5; Tel.: 030/2119138

Zwei weitere Vordrucke sind dort erhältlich:
Ein Spendenaufruf, und ein Aufruf zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften.
Die Spendenaktion hat bisher über 20.000 DM gebracht, so daß der erste Abschnitt des Tribunals fast gesichert ist. Das ist aber erst der Anfang und die Spendenaktion muß noch weiterlaufen.
Die Unterschriftenaktion wird auch als erfolgreich eingeschätzt. Neben sagenhaft vielen wie ich und du haben auch Margarete von Trotta, Volker Schlöndorff, Franz Josef Degenhardt und Wim Wenders unterschrieben

Spenden an:

Bankkonto Nr. 0254 585300, Thomas Dieckmann –
Sonderkonto Russell-Tribunal bei der Berliner Bank,
BLZ 100 200 00

Postscheckkonto: Nr. 415909 – 100, Th. Dieckmann
Postscheckamt Berlin - West, BLZ 100 100 10

DRITTE ARBEITSKONFERENZ AM 17. SEPTEMBER IN HANNOVER

Der "Arbeitsausschuß der Göttinger Arbeitskonferenz" ruft zur dritten Arbeitskonferenz am 17. September in Hannover auf, um die geringe Zeitspanne bis zur ersten Sitzung des Tribunals noch zu nutzen und die Materialsammlung zu beschleunigen.
"Auf dieser Konferenz sollten unserer Ansicht nach folgende Fragen behandelt werden:
1. W i e soll das Material aufbereitet werden? Sollen in e r s t e r Linie p o l i t i s c h e oder j u r i s t i s c h e (Menschenrechtsparagraphen) als Maßstäbe bei der Untersuchung angelegt werden? Sollen nur die Fälle von Repression oder Verletzung der Menschenrechte behandelt werden, oder soll daraus ein politisches Urteil abgeleitet werden? Was sind die "Besonderheiten" in der politischen Unterdrückung in der BRD?

2. Zusammenfassung der bisher vorliegenden Materialen, Festlegung von Gutachtern, Übersetzungen usw. (siehe hierzu auch umseitigen "Arbeitsplan")"

Zu diesem Treffen ist auch das vorläufige Sekretariat eingeladen worden und hat die Teilnahme eines Vertreters zugesagt.

Kontaktadressen des Arbeitsausschusses

Uli Henschel
Wilstorferstraße 86
2000 Hamburg 90

Elfi Schönheit
Jacobistraße 18
3000 Hannover 1

UNTERSTÜTZUNGSBEWEGUNG

Delegierte von elf Schwulengruppen haben sich in Hessen getroffen um ihre Aktivitäten zur Unterstützung des Tribunals zu koordinieren. Ein Auszug aus ihrer Erklärung:

"Auf dem überregionalen Schwulentreffen in Hamburg am 29./ 30. Mai '77 haben deshalb Vertreter von Schwulengruppen aus Essen, Westberlin, Bielefeld, Heidelberg, Göttingen, Oberhausen, Hamburg, Oldenburg, Würzburg, Klappenburg und Frankfurt eine Arbeitsgruppe (AG) "Repression gegen Schwule" ins Leben gerufen, die sich seitdem regelmäßig trifft.
Da wir es unheimlich wichtig finden, genaue Informationen darüber zu haben, wie wir Schwule in dieser Gesellschaft "zur Sau" gemacht werden, sammeln wir seit Pfingsten '77 systematisch Material über die Schwulenunterdrückung in allen Lebensbereichen. Wir werden einmal alles verfügbare Material der Jury zur Behandlung auf dem Russell-Tribunal vorlegen, und zum anderen unsere Informationen öffentlich machen.
Neben einer Loseblattsammlung des gesamten Materials die wir allen Schwulengruppen zur Verfügung stellen werden, haben wir eine Broschüre zusammengestellt, die ab Anfang Oktober zu erhalten ist.
SCHREIBT UNS, WENN IHR ETWAS VON REPRESSALIEN GEGEN SCHWULE WISST!
Schreibt uns von den Benachteiligungen und Diskriminierungen am Arbeitsplatz, Berufsverboten, Hetze gegen Schwule in der Presse, Razzien in der Subkultur – wie Lokale, Parks, Klappen usw., von Gehirnschnippeleien an Schwulen durch Chirurgen, antischwuler Propaganda von Wissenschaftlern (Medizinern, Juristen, Soziologen usw.), antischwuler Äußerungen von Politikern aller Parteien, Benachteiligungen bei der Wohnungssuche, Verhalten von sogenannten "Beratungsstellen", Verbot von Informationsveranstaltungen, Infortischen und Straßenaktionen, Übergriffen von Rockern und anderen Personen (z.B. Polizisten) auf Schwulen in Klappen, Parks usw., Repressiven Maßnahmen und Entscheidungen von Behörden, usw., usw..."

Die AG "Repression gegen Schwule" will auch nach Durchführung des Tribunals weiterarbeiten.
Sie bittet die Materialien an folgende Kontaktadressen zu senden:

Homosexuelle Aktionsgruppe	**Initiativgruppe Homosexualität**
Hamburg HAH	**Bielefeld IHB**
c/o Willi Klinker	**c/o AStA Universität**
Poolstr. 11	**Postfach 8640**
2000 Hamburg 36	**4800 Bielefeld 1**



ZUSATZ ZUM BERICHT ÜBER RUSSEL-TRIBUNAL

FRANKFURT
7.September

Das,Komitee Innere Sicherheit Bochum' hat uns geschrieben:
„Im ID 185 vom 9.7.1977 war zu lesen, daß zu den Gruppen, die in Göttingen ihre Unterstützung für das Russel-Tribunal aufkündigten, auch das „Komitee Innere Sicherheit Bochum" gehörte.
Das ist nicht richtig.
Im Komitee Innere Sicherheit gibt es seit Beginn der Diskussion um das Russel-Tribunal geteilte Meinungen über Inhalt und Form der Unterstützung.

Die in Göttingen aufgetretene Gruppe, die im Namen des Komitees die Mitarbeit aufkündigt, war nicht vom „Komitee Innere Sicherheit" delegiert. Vielmehr waren verschiedene Privatpersonen nach Göttingen gefahren, die ihre Stimme – unberechtigterweise – als Stimmte des „Komitees Innere Sicherheit" abgegeben haben. Vorherrschend im Komitee ist die Bereitschaft, ein Russel-Tribunal nach besten Kräften zu unterstützen.
Kontaktadresse: **ESG, Querenburger Höhe 287 (Unicenter Kirchenforum); 463 Bochum Postf. 520229**

KEIN FASCHISTENTREFFEN IN OSNABRÜCK UND AUCH NICHT ANDERSWO

OSNABRÜCK
5.September

Osnabrücker Antifaschisten haben einen Hilferuf veröffentlicht. Sie schreiben:
„Am Samstag, dem 3.9. wurden bei einem NPD-Jugend-Stand zehn demonstrierende Linke vorübergehend festgenommen. Andere wurden verprügelt. Wieder einmal schützten die Polizisten die Faschisten vor dem berechtigten Protest. Vorausgegangen war dem, daß Faschisten mit Eisenstangen auf uns losgegangen waren. Abends wurden in der Stadt mehrere Antifaschisten in der Stadt von Faschisten zusammengeschlagen.

Am Freitag/Samstag, den 16.17.9. wird in Osnabrück der Bundeskongreß der NPD-JN stattfinden. Nach verbindlichen Aussagen rechnen wir mit bis zu 1000 Faschisten in Osnabrück. Besonderes Gewicht bekommt dieser Kongreß dadurch, daß ähnliche Kongresse in anderen Städten verboten wurden. Von der Stadt sind bisher keine Maßnahmen zur Verhinderung des Konkresses in Osnabrück vorgenommen worden. Zum Kongreß kommen neben NPD-JN alle bekannten Faschisten-Organisationen wie Wiking-Jugend, Hoffmann-Bande, Roeder-Bande, DVU etc. Als besondere Provokationen planen die Faschisten zwei Großkundgebungen in der Osnabrücker Innenstadt – mit anschließendem Fackelzug durch ein Osnabrücker Arbeiterviertel am Freitagabend.

Wir Osnabrücker werden mit einer so großen Anzahl Faschisten nicht allein fertig; darum brauchen wir die Hilfe von jedem von euch. Mobilisiert bitte alle Antifaschisten für diesen Temin. Für Übernachtungsmöglichkeiten wird gesorgt. Bringt bitte Verpflegung und Schlafsäcke mit und eventuell Zelte, wenn sehr viele kommen – was wir hoffen!
Treffpunkt: **17 Uhr Osnabrück auf dem Ledenhof**
Kontaktadresse: **Telefon 0541 / 430315 (Jürgen)**

ANTIFASCHISTISCHES TREFFEN

TÜBINGEN
1. September 77

Gemeinsame Erklärung der auf dem Antifaschistischen Treffen am 20./21. August 1977 in Tübingen anwesenden Mitglieder des Antifaschismus-Komitees Tübingen, des Anti-Strauß-Komitees Regensburg/München, der Aktionseinheit Nürnberger Antifaschisten und des Bundes Deutscher Pfadfinder im Bund demokratischer Jugend Nürnberg zum Fall Kappler und zum Prozeß gegen die drei Tübinger Antifaschisten:

Der für den Mord an 335 italienischen Bürgern, der für die Terrorisierung der Bevölkerung Roms verantwortliche damalige SS- und Gestapo-Chef von Rom, Kappler, ist aus dem italienischen Gefängnis nach Westdeutschland geflohen.
Die westdeutsche Regierung hingegen ist der Auffassung, daß es grundgesetzwidrig und daher unmöglich sei, Kappler nach Italien auszuliefern - ja daß man aus humanitären Gründen heraus überhaupt nicht beabsichtige, Kappler wegen seiner Verbrechen weiter zu verfolgen. Kann dies ein richtiger Standpunkt für die demokratisch gesinnten Bürger und Parteien unseres Landes sein?
Wir meinen: Nein!
- Naziverbrecher, am Ort ihrer Verbrechen verurteilt, haben kein Anrecht darauf, mit Hilfe der Bundesregierung unter den Schutz der BRD gestellt zu werden, während sich gleichzeitig entsetzlicherweise die Fälle häufen, in denen die BRD bzw. ihre Länder vom Faschismus verfolgten Menschen aus Chile das Asyl verweigern.
Ist es nicht eine widerwärtige Heuchelei, wenn man bedenkt, daß auch bei diesen so entgegengesetzten Fällen das Grundgesetz - als Begründung für die Asylverweigerung! - herhält!
- Wer menschlich sein will, der muß die Menschen doch schützen vor dem, wofür Kappler neben dem in Spandauein-

sitzenden Kriegsverbrecher Heß wie kein anderer ein Symbol ist: nämlich für die offene Gewaltherrschaft, den Faschismus.

- Wer menschlich sein will, der darf den Faschismus, alle Tendenzen dorthin, und seine Repräsentanten nicht verharm-
- losen, er muß sie aktiv bekämpfen um der Menschlichkeit für die vielen willen.

Aber sehen wir uns doch an, mit wem sich da unsere Bundesregierung in beschämender Gemeinschaft befindet und gegen wen sie sich mit dem Eintreten für Kappler wendet:
In Gemeinschaft befindet sie sich mit den alten und neuen Nazis bei uns und mit der italienischen faschistischen Partei MSI, die offen die Tatsachen nennen:
Nämlich Freiheit und Nachsicht nicht für den alten Mann Kappler, sondern für den Faschisten Kappler, Verharmlosung und Rehabilitierung des Faschismus!
Wenden tut sie sich gegen die Freundschaft mit dem italienischen Volk, das mit berechtigter Empörung fordert:
Faschistische Verbrecher gehören hinter Gitter!

- Kappler ist kein isoliert zu sehender harmloser alter Spinner.

Denn Kappler ist nicht nur das Symbol einer vergangenen Gewaltherrschaft, sondern sein Fall ist ebenso ein Mahnzeichen dafür, daß diese Zeit noch immer nicht auf ewig gebannt ist, ja daß der Einfluß derjenigen, die uns wieder dorthin zurückbringen wollen, anwächst! Denn wie anders sollen wir uns erklären, daß der Faschist Kappler frei herumläuft, während Antifaschisten heute schon wieder zusammengeschlagen, angezeigt und vom Staatsanwalt wegen Widerstand gegen Kapplers Gesinnungsgenossen angeklagt sind und verurteilt werden sollen!
So zumindest plant es die Staatsanwaltschaft in dem Mitte September stattfindenden Prozeß in Tübingen.
Was war in Tübingen geschehen?
Mit ausdrücklicher Genehmigung der Polizei hatte am 4. Dezember letzten Jahres die faschistische "Hochschulgruppe Tübinger Studenten", die rassistische "Deutsch-rhodesische Freundschaftsgesellschaft" zusammen mit der berüchtigten Nürnberger "Wehrsportgruppe Hoffmann" eine Veranstaltung durchführen wollen, auf der für die Verteidigung des Rassistenregimes in Zimbabwe (Rhodesien) Söldner angeworben werden sollten!
Nur deshalb konnte es passieren, daß die Gegendemonstranten mit Stahlruten u.ä. zusammengeschlagen wurden und daß jetzt drei Antifaschisten wegen "Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" und "Nötigung" angeklagt sind, d.h. weil sie sich eingefunden hatten, um diese Provokation zu verhindern.
(Prozeßtermine 14./15./16. und 21./22./23.9. im Amtsgericht Tübingen, Doblerstr.)

- Vor Gericht stehen müssen aber in Wirklichkeit jene, die den antifaschistischen Widerstand wieder kriminalisieren wollen wie in Tübingen oder auch jene, die wie in Soltau Befehl gaben, auf die Demonstranten gegen Kapplers Freilassung loszuknüppeln

Wir appellieren deshalb an alle Mitbürger, verlangen Sie mit uns

- Kappler muß an Italien ausgeliefert werden!
- die drei Tübinger Antifaschisten müssen freigesprochen, die faschistischen Schläger verurteilt werden!

Wehren wir gemeinsam den Anfängen! Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, das liegt an uns selber!
Darum rufen wir alle Organisationen und Einzelpersonen auf: Unterstützen und verbreiten Sie diese Erklärung!
Die unterzeichnenden antifaschistischen Komitees bitten die antifaschistischen Komitees, denen an Zusammenarbeit, Informationsaustausch u.ä. gelegen ist, sich bei folgenden Anschriften zu melden

Antifaschismus-Komitee Tübingen
Wilhelmstr. 34
75 Tübingen

Anti-Strauß-Komitee München/ Regensburg
Heinz Jacobi
Martin-Greif-Str. 3
8ooo München 2

AE Nürnberger Antifaschisten
A. Legelen
Keßlerstr. 15
85oo Nürnberg

EAP: „SO KÖNNEN SIE BEI DER TERRORISTENFAHNDUNG HELFEN!"

WIESBADEN 3.September — Folgendes Flugblatt verteilte die Europäische Arbeiter Partei in Wiesbaden (Eventuell auch in anderen Städten?):

„Wiesbaden, 15.August — Vielleicht können aufgrund ihrer Mithilfe einige Leute, die direkt in das Terroristennetz verstrickt sind, gefaßt werden. Ihre Mithilfe ist dabei gefahrlos und diskret: Sie informieren lediglich die zuständigen Behörden oder die EAP, wenn Sie irgendwelche Leute bestimmte Schlüssel-Worte oder Sätze wiederholen hören.

Da die politischen Kräfte hinter der Baader-Meinhof-Bande den amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Lyndon H.LaRouche jr. zum Ziel eines weiteren Mordanschlags ausersehen haben, ist das gesamte Terroristennetz und seine Peripherie angewiesen worden, die Verleumdung zu verbreiten, LaRouche und-oder die EAP sei „faschistisch". Wenn Sie also hören, wie jemand die EAP als „faschistisch" bezeichnet, dann haben Sie entweder einen Agenten oder einen stupiden Mitläufer des terroristischen Propagandanetzes ertappt.

Wenn Sie es, ohne selbst dabei ein Risiko einzugehen, wagen können, verlangen Sie von demjenigen, der die Verleumdung ausgesprochen hat, Namen und Anschrift der Person anzugeben, die ihm den Auftrag zu Verbreitung dieser terroristischen Propaganda erteilt hat.

Wenn Sie Angst haben, notieren Sie sich einfach den Ort und die Umstände des Vorfalls, sowie eine Beschreibung der Person des Verleumders und berichten Sie diese Tatsachen entweder der EAP oder den zuständigen Behörden.

Der Bundesvorstand der EAP"

Ein Wiesbadener Antifaschist schreibt dazu:
„Nachdem in der Woche vom 28.8. — 2.9. in Wiesbaden in der Fußgängerzone obiges Flugblatt verteilt wurde, kam es am Samstag, den 3.9. am EAP-Bücherstand zu einer spontanen Aktion. Fünf Genossen verarbeiteten die EAP-Schweinsbücher zu Flugblättern (Flugbahn zwischen 0,75 und mehreren Metern).

Am Stand waren zwei Frauen und zwei Männer. Die zwei Frauen und ein Mann wirkten sehr erschrocken angesichts der entschlossenen Aktion. Ein Mann, — ‚wo-steht-das-Klavier?—Typ' — versuchte, einen Genossen festzuhalten und rief nach Polizei; konnte aber von den anderen vier Genossen von der Unsinnigkeit seiner Aktion überzeugt werden.

Später war zu hören, daß ein Genosse, als die Pigs kamen, nicht schnell genug verschwinden konnte (Scheiß-Schlappen angehabt — lernt aus den Fehlern).

Die EAPler müssen wissen, daß wir alles über sie wissen und daß wir uns gegen ihre faschistischen Angriffe zur Wehr setzen..."

ID BIBLIOGRAPHIE - ID BIBLIOGRAPHIE

Anabas Verlag, Gießen

* Wem gehört die Universität, versch. Autoren, hrsg. von Martin Doehlemann, Untersuchungen zum Zusammenhang von Wissenschaft und Herrschaft anläßlich des 500 jährigen Bestehens der Universität Tübingen. 19,80

Trikont Verlag, München

* Do it! Jerry Rubin, Scenarios für die Revolution, 10,00; Ein 'Klassiker' der amerikanischen Jugendrevolte, (Erstausgabe 1970). Der Aufstand der 'Yippies' gehört zu den lebendigsten und aktuellsten Traditionen der neuen linksradikalen Bewegung und Subkultur; Autonomie der Jugend, Lebensweise als Protest, Zerstörung der Familie Verhöhnung staatlicher Autoritäten, Erfahrungen mit Dope, Auflösung des Erziehungswesens. Read it ! - **Do it !**

* Kleines Handbuch für Atomkraftwerksgegner, Leitfaden für den Widerstand, von der Ökologiegruppe Frankfurt, 10,00 ; Atomtechnik, Industrie und Ökonomie, Politik - verständliche Informationen für Beteiligte und Betroffene.
* 'Staatsfeind, der ich bin..' Ein Lesebuch, hrsg. von Helmut Ortner. Texte zur politischen Justiz von Rosa Luxemburg, Max Hoelz, Ernst Toller, Luise Rinser, Heinz Brandt, Elfriede Kautz, Hans-Christian Ströbele, P.P. Zahl. 12,00; Exemplarische, subjektive Schilderungen zur Kontinuität der deutschen Repression gegen Andersdenkende und Andershandelnde.
* Massenautonomie gegen historischen Kompromiß, Toni Negri, 14,oo gesellschaftlicher Hintergrund der neuen Klassenkämpfe in Italien, Auseinandersetzung mit KPI und jüngeren linken Organisationen

Verlag Roter Stern, Frankfurt

* Die Freischärlerin, Novelle aus der Pfälzer Revolution 1849 von F. A. Karcher, 15.00; Literarische Darstellung einer wenig bekannten Revolution. Mit Bildern, Kommentaren,, Dokumenten.
* Women' s Liberation, Frauen gemeinsam sind stark; hrsg. von einem Autorinnenkollektiv, 12,80; 3. veränderte Auflage. (erstmals erschienen 1972)

edition ègalitè, Bochum

* '...zum Schweigen verurteilt',neue Texte aus dem Knast von Werner Schlegel (sihe ID Berichte), Illustrationen von Susanne Feldmann, 9,80.

----------------, Berlin

(Hrsg. Gruppe: Asta der PH Berlin, Komitee gegen Berufsverbote an der FHSS, radikal, KB, SSB. - Vertrieb: Wohlthat'sche Buchhandlung, Bln.)

* 'Sie würden uns gerne im Knast begraben..' Beiträge zur Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin zur Auseinandersetzung um den 2. Juni 67, 10 Jahre danach. Von P.P.Zahl, K.H. Roth, Horts Mahler, H.CH. Ströbele, H.Spangeneberg, Jürgen Arnold, Walter Moßmann, E. Fried; 4,80 .

Verlag Rosa Winkel

* Zur materialistischen Analyse der Schwulenunterdrüchung, Los Angeles Research Group (1975), mit einer Dokumentation der Standpunkte von KBW, KPD/ML und KB; 7,50. (Schwule Texte II). Unter diesem Titel erscheinen Diskussionsansätze, Dokumentationen, Ergebnisse usw. der westdeutschen und west Berliner Schwulenbewegung.

Verlag Andreas Achenbach, Lollar

* Homosexualität und Subkultur; J.S. Hohmann.

Anti AKW Kalender 78

Dieser Kalender soll Bürgerinitiativen u. aktiven Atomgegnern mit Fotos, Montagen, Grafiken und Texten Arbeits- und Argumentations hilfe sein.(Als Druckvorlage geeignet). Inhalt: AKW Unfälle/Schäden wichtige Aktionen der BIs im In- und Ausland, Strahlenschäden, Tips und Kontaktadressen, Bücherli ste ,Infoversandstellen usw. 10,00, ab 50 St. je 6,00. Bestellungen: B. Kretschmann, Fasaneriestr. 7, 6906 Leimen.

Aragon - Buchvertrieb

Liefert verschiedene literarisch - politische Kleinverlage aus. Aus dem Katalog: 'Es hat sich gezeigt, daß die etablierten Buchhandlungen nicht das Risiko eingehen wollen, alternative Literatur in ihre Buchregale aufzunehmen. Mögen sie auf ihrem Simmel verschimmeln. Dieses indirekte Unterdrücken nicht normifizierter Gedanken soll nun durch kleine Buchversände unterlaufen werden.' C/O Willi Klauke, Arnulfstr. 41, 413 Moers 1.

Internationalismus Verlag, Hannover

* Die Mescalero Affäre. Ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur von Peter Brückner; 5,00. Die Ereignisse vom Erscheinen des Buback-Nachrufs über die Pressekampagne, Neuherausgabe durch die Professoren. Das Buch handelt davon, was der Staat in enger Zusammenarbeit mit der unabhängig - überparteilichen Presse aus einem derartigen Ereignis macht, wie Linke moralisch und politisch isoliert , kriminalisiert und mundtot gemacht werden sollen.

Voxpop Tonverlag, Zürich

* Lieder zur Fristenlösung, Single, 6 Franken. Vier Lieder von Ursi Baur, Maria Kaegi, Aernschd Born, Ofra Bern,(Frauengruppe)

AUGENZEUGEN BERICHTEN ÜBER MALVILLE

MALVILLE/ FRANKFURT Anfang September

Zur großen europäischen Anti-KKW-Demonstration am 31. Juli gegen den "Super-Phenix" bei Malville haben uns Augenzeugenberichte, Stellungnahmen, Dokumentationen aus der ganzen BRD erreicht. Vier davon veröffentlicht der ID. Versucht werden soll damit, die Ereignisse vor, während und nach der Demonstration chronologisch darzustellen, wie sie von Demonstranten erlebt worden sind.

Nach der Rückkehr von Malville haben in vielen Städten Diskussionen stattgefunden. Mit den Erfahrungen von Malville ging und geht es um die Vorbereitung auf die Demonstration gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar am Niederrhein am 24. September. Vor allem die Frage nach dem Verhältnis der Ökologie-Bewegung zu den militärischen Formen, auf die Atom-Industrie und Staat die Auseinandersetzung zu reduzieren versuchen, muß weiter diskutiert werden.

KKW-GEGNER UND DIE DEUTSCHEN-HETZE

Von der "Freien Gruppe" in München stammt der folgende Bericht:

In den Tagen vor dem 31. Juli sah die französische Polizei weitgehend von aufsehenerregenden Präventivmaßnahmen im Vorfeldmanöver á la Brokdorf ab. Die meisten Ausländer kamen völlig unbehindert über die Grenzen. Bei der Anfahrt in Frankreich gab es kaum Kontrollen, Schikanen oder Straßensperren. Die Aktivitäten der CRS konzentrierten sich bis Freitag auf das Sperrgebiet, das in einem Halbkreis von etwa sieben Kilometer Durchmesser am westlichen Rhoneufer um den Bauplatz gelegt worden war. Die Strategie der Bullen war auf ihre militärische und waffentechnische Überlegenheit aufgebaut, auf die offene Konfrontation auf illegalem Gebiet, wo jedes staatliche Handeln gerechtfertigt ist, legal wird.

Propagandistisch hatte man es vor allem darauf angelegt, von der brisanten Diskussion um den Super-Phénix wegzukommen und damit vom eigentlichen Ziel der Demonstration abzulenken. Angesichts der starken Unterstützung des Aufrufs der örtlichen Komitees durch internationale Atomkraftgegner, und speziell der Deutschen, versuchte man die antideutschen Gefühle aus der Zeit der Resistance zu aktivieren, um die "deutschen Invasoren" von den anderen Demonstranten abzuspalten.

Am Samstag-Mittag meldete das französische Radio auf allen Programmen: "Morestel ist besetzt von den zu allem entschlossenen 'commandos allemand'. Es haben Plünderungen stattgefunden, die Einwohner haben Fenster und Türen verriegelt. Es herrscht die Angst vor dem Terror. Diese Situation entspricht der Besetzung Frankreichs durch Hitler-Deutschland."

Freitag-Nacht will die CRS auf Befehl des Präfekten des Departements Isère das Camp räumen. Zu diesem Zweck wird zunächst der Bürgermeister einer Nachbargemeinde vorausgeschickt. Mit drei Bullen und seiner Trikoloren-Schärpe erscheint er abends bei der Lagerversammlung. Aber statt ihm die Möglichkeit zu geben, seinen Senf den versammelten AKW-Gegnern mitzuteilen, verzieht er sich wieder; daß er ausgepfiffen und ausgelacht wurde, nimmt er als Vorwand. Minuten später erscheint eine

Hundertschaft CRS, ausgerüstet mit Granatwerfern und etwas altertümlichen Karabinern. Der Räumungsversuch scheitert. Nicht zuletzt an dem entschlossenen Eintreten der Bauern, denen der Grund gehört. Sie erklären, obwohl sie unter der deutschen Besetzung sehr gelitten und viele Familienangehörige verloren hätten, stellen sie das Gelände gegen die Anweisung des Präfekten weiter zur Verfügung. Eine Bäuerin erklärte: "Nehmen sie mich als Geisel, bis der Bürgermeister wiederkommt". Doch der war plötzlich nicht mehr aufzufinden. Die CRS zieht wieder ab, angeblich sei die Rechtslage ungeklärt. Aber irgendwie wußten wir alle, daß sie in der Nacht wiederkommen würden. Samstag morgen um 6 Uhr wird das Camp durchsucht, auch das in Montalieu. Wir sind hilflos, die Bullen durchsuchen flüchtig die Zelte, prügeln und reißen Ventile aus den Autoreifen. Die Durchsuchung liefert Material für eine flink einberufene Pressekonferenz. Gasmasken, alle möglichen gefundenen Stöcke, Schutzhelme müssen die Militanz der Ausländer beweisen. Für Sonntag ordnet die Polizei die Schließung aller Geschäfte und Cafés in Morestel aus "Sorge vor weiteren Plünderungen und Überfällen" an. Offiziell spricht man nur noch von den 'Manifestants non-violent' und den unerwünschten Ausländern, den deutschen Militanten. Polizei und Präfektur, als Instrumente der Pariser Zentralregierung, verschaffen sich noch vor den zu erwartenden Ereignissen die notwendige Rechtfertigung und sprechen von importierter Gewalt. Aus der Anwesenheit der deutschen AKW-Gegner soll das Gefühl der nationalen Bedrohung konstruiert werden, die den Kriegszustand legitimiert. Das hat vielleicht der Pariser Mittelstand und die deutsche Presse geglaubt, aber jeder Franzose, mit dem wir dort unten in der Umgebung gesprochen haben, hat's durchschaut. Wir erlebten die ungebrochenen Sympathien der Bevölkerung im Ort und der Bauern, die trotz der zunehmenden Repression auch ihnen gegenüber, uns weiter stillschweigend unterstützten. Der Bäcker weigerte sich, seinen Laden zu schließen, und die Bauern quartierten weiter durchnäßte Demonstranten ein, obwohl sie vom Präfekten persönlich angerufen wurden: ob sie wüßten, auf was sie sich da einlassen? und: sie hätten alle Konsequenzen selbst zu verantworten!

DER 31.JULI: WIE IM KRIEG

Ein Genosse aus Frankfurt schrieb folgenden Bericht:

Sonntag früh, halb 6 Uhr, die ersten sind aufgestanden. Von der CRS keine Spur. Die meisten Franzosen schlafen noch, es sind inzwischen andere: die, die Distanz zu den "supermilitanten" Deutschen für besser hielten, sind gegangen und andere sind von Poulerien aus Solidarität mit uns gekommen. Noch vor 7 Uhr sind wir unten im Dorf. Tausende haben hier in ihren Autos geschlafen, zum Teil auch in noch nicht fertiggestellten Rohbauten oder in großen Kuhställen. Es regnet. Die Organisationsleitung gibt bekannt, daß es zunächst mit den Autos ins 10 km entfernte Courtenaix geht, wo wir uns mit Demonstranten aus dem Norden verbinden sollten.
Der Autokorso setzt sich langsam in Bewegung, wir verfahren uns zuerst, treffen auf der Route Nationale auf eine Polizeisperre und kehren schleunigst um. In Courtenaix angekommen — strömender Regen. Und von überall kommen Demonstranten an, schon einen Kilometer vor dem Dorf müssen wir den Wagen abstellen. Im Dorf selbst ein ziemliches Durcheinander, bis wir die anderen Frankfurter treffen — ab jetzt werden wir uns an der Regenbogenfahne orientieren. Dann geht der Fußmarsch los, 10 bis 15 km. Wir wissen nicht, wo die Bullen abgesperrt haben, sind ziemlich gespannt. Ab und zu fliegt der Polizeihubschrauber über uns weg und zählt die Demonstranten und schießt Bilder.
Wir nähern uns der Ortschaft Faverge, der letzten vor Malville, ungefähr 3 km von dem Baugelände entfernt. Erste Durchsagen der Organisationsleitung, daß am Anfang von Faverge die Bullen stehen und daß dieser Marsch einen friedlichen Charakter hat und haben soll. Zuerst sehen wir das Blitzen der Helme. Es ist die CRS und die Garde Mobile, eine der Armee unterstellte Einheit. Ungefähr 13.000 Mann sind im Einsatz, darunter Fallschirmjäger. — Da stehen sie also, ungefähr 50 Mann mit ihren Gewehren 200 bis 300 Meter von uns entfernt, die Demonstrationsleitung weist wieder auf den friedlichen Charakter des Protestes hin und fordert uns auf, uns seitlich zu verteilen.
Das Gelände fällt leicht ab zu einem kleinen Bach mit einem Teich, auf der anderen Seite geht es wieder leicht hoch. Die Bullen stehen hinter einem breiten Getreidefeld, über das sie einen guten Überblick haben, auf der Dorfstraße. Wir gehen ein paar Meter weiter rüber, mit der kleinen Hoffnung, die Sperre umgehen zu können, was die Gewaltfreien als ihr Konzept ausgegeben haben. Aber einen halben Kilometer weiter stehen wieder Uniformierte, auch sie nicht viele, aber sie haben Gewehre. Wir wissen noch nicht, womit sie schießen werden. Wir gehen näher an die Bullen ran und wollen uns einen Überblick über die Situation schaffen.
Links von uns, auf der Straße, die von Poulerien nach Faverge führt, sehen wir Nebelschwaden und immer wieder Schüsse und Krachen. Die Demonstration aus dem Norden wird hier offenbar von den Bullen bzw. der Armee aufgehalten. Die ersten von uns haben sich auf 50 Metern den Bullen genähert. Plötzlich schießen die ohne Vorwarnung Brandbomben und anderes Zeug, wir wissen immer noch nicht, was es ist. Es schlägt ganz schöne Krater in den Boden und hat 'ne unheimliche Druckwelle, so daß jeder, der in der Nähe ist (im Umkreis von 10 Metern), fluchtartig abhaut.

Die ersten Mollies fliegen. Die Bullen schießen wieder, die Geschosse kommen anfangs ungefähr 100 Meter weit von ihnen entfernt runter. Ungefähr 20 Meter von mir entfernt will ein Bremer Genosse eine Nebelkerze zurückwerfen, da explodiert das Ding in seiner Hand, es reißt ihm den Unterarm weg, unterhalb des Ellbogens quetschen Fleischfetzen heraus — fürchterlich. Er schreit unheimlich, Sanitäter tragen ihn weg. Jetzt kommen die ersten Durchsagen — auf französisch!! — daß es sich um Offensivgranaten handelt bei dem Zeug, was die Bullen/Armee schießen. Von der Organisationsleitung ist von diesem Moment an wenig mehr zu spüren, sie treibt sich weiter hinten rum.
Nachdem wir die Gefährlichkeit der Gewehrgranaten gesehen haben, gehen wir aus der unmittelbaren Gefahrenzone raus, hinter den Bach zurück. Wir sind unschlüssig, wir wollen mit beiden Armen und beiden Füßen wieder in Frankfurt ankommen, aber gegen die Bullen einfach nichts machen und den Marsch abbrechen? ?
Die Bullen schießen immer wieder, und zwar auf einmal eine ganze Salve. Sie mischen die Brandbomben mit den Offensivgranaten, so daß man nicht weiß, was jetzt wieder kommt. Die Brandbomben enthalten nicht einfach Tränengas, offenbar sind es auch unterschiedliche Sachen, was sie abschießen; auf jeden Fall machen sie einen unheimlichen Nebel und reizen die Schleimhäute. Wir helfen uns mit Borwasser und Zitronen; ob das das Beste ist oder die Wirkung noch verstärkt, bleibt unklar. Und dann die Offensivgranaten, die immer wieder Löcher in den Boden reißen. Wer von einer getroffen wird, hat das Körperteil nicht mehr, wo die Granate eingeschlagen ist. Es ist lebensgefährlich. Die Bullen schießen jetzt auf alles Bewegliche, was ihnen näher kommt als ungefähr 200 Meter. Ungefähr bis zu der Mulde, wo der Bach verläuft, kommen die Granaten.
Plötzlich schlägt eine Granate in den kleinen Teich, 30 Meter von mir entfernt. Ich will schon grinsen, daß sie diesmal Pech gehabt haben, da explodiert die Granate im Wasser und spritzt

das Wasser 3 Meter hoch. Einige Demonstranten haben sich am Rande des Teiches auf den Boden geworfen. Wer weiter vorgeht, riskiert Gesundheit und Leben. Immer wieder versuchen es einige, sie wollen zwischen den beiden Schußkreisen der Bullen/ Armee links und rechts, die etwa einen halben Kilometer auseinanderstehen, durchkommen. Einige schaffen es – unter Lebensgefahr, es werden Mollies geworfen, ein Wagen am Dorfrand geht in Flammen auf. Wieder versucht eine größere Anzahl von Leuten über den Bach rüber und an die Bullen näher ranzukommen. Aber jeder dieser Versuche wird von einer Salve von Brandbomben und Offensivgranaten beantwortet, die dicht neben den Demonstranten runtergehen. Wer sich in die Zone 200 Meter von den Bullen entfernt begibt, wird beschossen.
Was sollen wir machen, weiter vorzugehen ist ein Spiel mit dem Leben. 200 Meter hinter uns spielen die Gewaltfreien Musik, Schalmeienklänge dringen zu uns durch, und weiter vorne werden Leute verletzt. Ungefähr 2/3 der Demonstranten halten sich hinten auf, sind eher Zuschauer. Später erfahren wir auch, daß die Gewaltfreien, wo sie näher an die Bullen herankonnten, vor ihnen Tänze aufgeführt haben. Für sie ist offenbar das Demonstrationsziel erreicht. Hatten sie in Grohnde noch versucht, mit Blumen in der Hand mit den Bullen ins Gespräch zu kommen, so machen sie hier gar nichts mehr. Aber sie hätten einmal versuchen sollen, sich den Bullen mit Blumensträußen zu nähern, sie wären genauso beschissen worden wie jeder andere. Die Taktik der Bullen war, jeden körperlichen Kontakt zu vermeiden, sich die Demonstranten mit den Granaten 200 Meter vom Leib zu halten. Erst die Nebelbomben mit dem Chlorgas, oder was immer das war, und dann, wenn man nichts mehr sehen konnte, die Offensivgranaten. Es war zu gefährlich.
Wir zogen uns noch einmal 50 Meter zurück. Ein Glück, daß wir als Gruppe von Frankfurtern unter den 30.000 immer zusammen waren, denn allein unter diesen Bedingungen, das wäre wirklich schlimm geworden. – Wir gehen also ein Stück zurück, durchqueren ein Feld mit Kartoffelstauden, einige Gewaltfreie sagen noch: Paßt auf die Stauden auf, daß sie nicht zertreten werden. Aber ich habe meine Gesundheit im Sinn, nicht die Kartoffelstauden. Wir sammeln uns einige Meter von dem Kartoffelfeld entfernt, und längst außerhalb der Gefahrenzone, wie wir meinen.
Plötzlich schlagen Granaten wenige Meter von uns entfernt ein. Die Bullen/Armee müssen unter dem Schutz der Nebelbomben einen Vorstoß gemacht haben, ohne daß wir es bemerkt hatten. Plötzlich wieder so ein silbernes Ding, es kommt direkt auf einen Demonstranten zu, der im Kartoffelfeld steht, später erfahren wir, daß es ein Deutscher ist. Der Boden ist von dem dauernden Regen schwer und matschig, er rutscht aus, fällt hin und die Granate fliegt genau auf seinen Fuß – 5 Meter von uns entfernt. Die Granate reißt ihm den Fuß ab, auf der Höhe der Wade blutüberströmte Fleischstücke, ich habe so etwas noch nie gesehen. Ich kann nicht näher rangehen, Sanitäter, die in der Nähe stehen, rennen her und tragen den Deutschen weg. Er kommt in ein Krankenhaus, von wo ihn die Bullen rausholen und in ein Militärkrankenhaus bringen.

In der "Libération" kommt Tage später die Meldung, daß er gestorben ist. Der 2. Tote. Jeder von uns hätte es sein können. Wir gehen weiter zurück und überlegen, was wir machen sollen. Ob wir es an einer anderen Stelle noch einmal versuchen sollen. Jetzt sehen wir auch, daß 5 Soldaten sich ungefähr 50 Meter vor den anderen postiert haben, mitten im Getreidefeld, sie haben freie Schußbahn. So stehen sie da, die Gewehre im Anschlag. Sie schießen jetzt auch nicht mehr in die Luft, so daß die Granaten eine längere Flugbahn haben, sondern in Mannshöhe direkt auf die Demonstranten, die ihnen am nächsten sind. Gegen diese Kriegswaffe sind wir machtlos. –
Eine Schweizerin erklärt uns anhand einer Wanderkarte die Situation. Es ist der erste Lageplan, den wir zu Gesicht bekommen. Die Bullen stehen mit den beiden Gruppen von je vielleicht 50 oder 100 Mann jeweils am Ortseingang und halten den Hauptteil der 30.000 Demonstranten in Schach. Weiter rechts ist ein größerer Wald, vor dem sie aber wahrscheinlich auch stehen, man sieht auch aus dieser Richtung Nebelschwaden herüberziehen, noch weiter rechts dann ein See, der die Verteidigungslinie der Bullen weiter abkürzt. Das Bauplatzgelände ist ca. 3 km entfernt, sehen kann man es nicht.
Wir stehen gerade noch da, ruhen uns ein wenig aus und überlegen. Da dreht der Wind um und bläst uns direkt die Nebelschwaden ins Gesicht. Die Bullen/Armee nützen diese Situation zu einem Angriff aus, die Brandbomben kommen näher. 30.000 wollen ihnen entkommen, auf einem total vermatschten Boden und einer schmalen Landstraße. Ein ziemliches Gedränge. Und die Bullen kommen näher, wir müssen weg.
In dieser Situation muß es gewesen sein, als der französische Lehrer Vital Michalon umkam. Er wurde von den Offensivgranaten verletzt,dazu kam noch der die Schleimhäute reizende Gestank der Nebelbomben. Wir erfahren davon auf der Flucht zurück, einige haben Radio gehört. Die ersten Kilometer ist es eine regelrechte Flucht, als wir schon etwa 3 km von Faverge weg sind, sehen wir immer noch, daß die Bullen Brandbomben abschießen. Offenbar gibt es am Ende des Zuges eine ziemliche Auseinandersetzung. Wir hören später, daß ungefähr 500 Demonstranten den Bullen militant Widerstand geleistet haben und dadurch ihr weiteres Vordringen und einen Angriff auf den Demonstrationszug verhindert haben. Nicht auszudenken, wenn den Bullen das gelungen wäre.
Wir gehen zurück, allmählich etwas langsamer, natürlich total müde. Der Regen läßt nicht nach. Kaum einer redet ein Wort, niemand ist zum Sprechen zumute. Zu sehr sind wir von dem Tod von Michalon geschockt und unserer eigenen Ohnmacht niedergedrückt. Nach 3 Stunden Fußmarsch kommen wir an unseren Autos an. Wir fahren weg, wollen raus aus dieser Region. Der Leichnam von Michalon ist an der Route Nationale aufgebahrt, aber wir wollen nur noch weg.

ERFAHRUNGEN IM FRANZÖSISCHEN KNAST

Von einem Hamburger Genossen stammt folgender Bericht:

Wir knien mit dem Gesicht zur Wand. Der kleine Raum, nackt, kahl, feucht und kühl ist erfüllt mit laut pöbelnden Aufseherstimmen, dem Auftreffen harter Gummiknüppel auf wehrlose Körper und dem leisen Wimmern eines Gepeinigten. Nach einer halben Stunde dürfen wir uns wieder umdrehen und auf dem harten Steinfußboden Platz nehmen. Es ist nach Mitternacht und alle sind todmüde. Sehr schnell jedoch begreifen wir, daß Schlafen nicht gestattet ist, und daß es zum liebsten Spiel der 5-6 Aufseher gehört, gerade Einschlafende entweder durch einen Schlag auf den Kopf, Schulter oder andere Stellen zu wecken, bzw. mit voller Wucht gegen eine Holzleiste zu schlagen, so daß alle zusammenfahren. Nach und nach werden Einzelne von uns weggeschleppt.
Gegen zwei Uhr nachts bin ich dran und werde über gestellte Beine und darauffolgende Tritte durch die Wachen geschleppt. Schließlich lande ich in einem langen, schmalen, weissgekalkten leeren Zimmer. 6 Beamte und ein Tisch mit Schreibmaschine sind zum Verhör bereit. Ich gebe meine Personalien an und erzähle meine Story. Ein Dolmetscher übersetzt eifrig, und trotz häufiger Nachfrage glaubt man mir schließlich. Anders sieht es im Nebenzimmer aus. Mir kommt lautes aufgeregtes Stimmengewirr zu Ohren. Immer wieder höre ich den Satz: "Nein, das unterschreibe ich nicht." Von der Gegenseite vernimmt man Drohungen: "Sie unterschreiben jetzt, oder wir wenden andere Mittel an. Was Sie erzählen ist sowieso gelogen, also unterschreiben Sie dieses jetzt ..."
Ich werde zurückgeführt, todmüde und erschöpft. Als Willkom-

mensgruß darf ich ca. 2 Stunden aufrecht mit dem Gesicht zur Wand knien. Die Arme sind abwechselnd hoch, hinter dem Kopf oder auf dem Rücken zu halten. Der Wechsel zu einer neuen Stellung wird einem mit Hilfe des Gummiknüppels klargemacht. Auch für den Rest der Nacht gibt es genug schmerzhafte und anstrengende Stellungen, die man strikt einhalten muß. Die ganze Nacht hindurch werden einzelne Mitgefangene bearbeitet. Meistens werden sie von einem Aufseher angepöbelt, worauf sich weitere 3 - 4 Beamte dazugesellen und den am Boden liegenden Gefangenen mit Knüppeln und Fußtritten traktieren. Gibt der Gefangene irgendwelche Laute von sich, oder wagt er sogar Protest zu äußern, geht das Spiel in voller Brutalität und Lautstärke los, denn Sprechen, besonders auch mit Mitgefangenen, ist strengstens verboten.
Morgens um ca. 8 Uhr werde ich zum zweiten Verhör geschleppt. Ich habe ernsthafte Konzentrationsschwächen und muß alle Kraft gegen die immer wieder zufallenden Augen aufbringen. Ein zweites ausführlicheres Protokoll wird verfaßt ... Wir müssen aufstehen und uns an die Wand stellen. Man räumt Tische herein. Wir werden in eine Ecke gestoßen und müssen uns in einer Reihe breitbeinig und mit den Händen auf dem Rücken aufstellen. Verschiedene Polizisten kommen auf einige von uns zu und schreiben sich die mit Kreide auf den Rücken gemalten Nummern auf. Zwei von uns werden abgeführt. Dann geht ein schauriges Schauspiel los.
Gefangene werden herumgestoßen und -getrieben. Zuerst werden im großen Raum Fotos gemacht, dann werden alle an ein offenes Fenster zum Hof hinausgeführt. Draußen steht eine laut schreiende und johlende Menge von Polizeimannschaften, die die Gefangenen identifizieren sollen. Vereinzelt werden die Gefangenen von den draußen stehenden angegriffen und geschlagen. Die Aufseher nehmen das lachend zur Kenntnis und verpassen einigen Gefangenen zur allgemeinen Belustigung noch zusätzliche Schläge und Tritte. Danach geht es in den gegenüberliegenden Raum, in dem auch ich stehe. Alle Gefangenen müssen sich vollkommen nackt ausziehen, gut sichtbar für die draußen stehenden Mannschaften, die dies mit Johlen und Pfiffen kommentieren ...
Das Chaos legt sich eine halbe Stunde und dann kommen in regelmäßigen Abständen Polizisten vorbei, die nach einem vorher abgesprochenen Prinzip alle Gefangenen identifizieren. Da ich außer bei meiner Verhaftung, genau wie andere, nie in Sichtweite eines Polizisten gekommen bin, wird mir und allen Mitgefangenen bewußt, was die Aktion bedeutet. Es werden Belastungszeugen gesammelt. Angst breitet sich unter uns aus, die die sowieso herrschende Verzweiflung und Mutlosigkeit um ein Vielfaches verschlimmert.
Gegen 18 Uhr werden die ersten in Handschellen zum Staatsanwalt geschleppt. Ein Kommen und Gehen sorgt für ständige Unruhe. Aus dem Nachbarraum höre ich Weinen und verzweifeltes Flehen. Alle sind wir apathisch. Man nimmt nur noch zur Kenntnis, da man die Hilflosigkeit längst akzeptiert hat und Hoffnung seit langem nicht mehr zu kennen scheint. Ich sitze den ganzen Abend herum und lasse alles mit mir geschehen. Irgendwann werde ich abgeholt, jedoch führt man mich wieder in eines der Verhörzimmer und gibt mir meine Sachen zurück. Ich bin plötzlich wieder frei, aber was ist und was wird mit den anderen Gefangenen. Es ist unmöglich die Gefühle und Gedanken zu beschreiben, die einen in dieser U-Haft befallen. Manchmal denke ich, es war alles ein böser Traum.

DER PROZESS IN BOUGOIN

Von einer deutschen Genossin stammt folgender Bericht:

Ziemlich erschöpft und unausgeschlafen versammelten sich die Ersten am 6. August um 7 Uhr am Kirchplatz direkt beim Gerichtshof in Bourgoin. Um 9 Uhr begann der Prozeß. Wir richteten uns darauf ein, bis in die Nacht zu bleiben. Es gab ca. 100 Eintrittskarten, die herumgereicht wurden, damit jeder einmal dem ernsten Theater drinnen im Saal folgen konnte. Der Ablauf des Prozesses wurde durch Kuriere ständig an die paar Hundert Anwesenden draußen vermittelt; ich hatte die Aufgabe übernommen, die Simultanübersetzung draußen für die deutschen Anwesenden zu machen. Die Stimmung war sehr gespannt. Der Hauptstreitpunkt waren die von den örtlichen Komitees organisierten Ordnerdienste, die zwischen dem Gerichtshof, der von der Polizei umstellt war, und dem Kirchplatz einen Puffer bildeten. Die Polizei verhielt sich ruhig. Die CRS war unsichtbar hinter dem Gerichtshof postiert. Es gab eine Menge brenzlige Situationen um die Ordner und ums Mikrophon. Immer wieder wurde in der Schuldfrage gerührt. Es gab auch eine Menge Redebeiträge, die sich um Klarheit über die nächsten Schritte bemühten. Daß wir handeln mußten und wollten für den Fall von Verurteilungen, das war klar. Es gab auch Vorschläge: Blockade der Nationalstraße 75, Sitzstreik vor den Mannschaftswagen der Polizei; Selbstanzeigen, sich mit den Verhafteten einsperren lassen. Alles gute Möglichkeiten, von denen keine ernsthaft diskutiert wurde und werden konnte.
Abends wurden wir weniger; es wurde ruhiger und die Situation entspannte sich. Der Gerichtssaal hatte seine justitiäre Majestätshaltung verloren. Der Raum hinter der Barriere gehörte uns. Ruhig kamen und gingen die Leute; die meisten verfolgten aufmerksam das, was sich vor der Barriere abspielte; einige schliefen auf dem Boden. Es war eine lebendige Ruhe. Draußen auf dem Kirchplatz ein ähnliches Bild. Schlafende, miteinander redende und leise singende Grüppchen zusammen auf dem Straßenboden. Mir fiel das schöne, klare und starke Lied 'Wehrt euch, leistet Widerstand — gegen das Atomkraftwerk im Land. Haltet fest zusammen, haltet fest zusammen ...' ein. Wir haben es gemeinsam gesungen. Sehr oft haben wir gerufen 'Freiheit — für alle Genossen' (mit französischem Akzent). Für drei Uhr morgens hatte ein Bäcker frische Baguettes und Croissants angekündigt. Der ganze Platz duftete nach frischem Brot — bis in den Gerichtssaal hinein wurde alles verteilt und selbstverständlich geteilt.

Einer der Tramper aus dem Palais Royal, mit dem ich mich noch sehr oft während des Tages gestritten hatte: "Gute Stimmung. Da haben wir es ja doch noch geschafft etwas Gemeinsames hinzukriegen." "Wir haben ja auch den ganzen Tag hart aneinander gearbeitet." Es ist schön, zur rechten Zeit das rechte Wort zu hören. Wir hatten es wirklich geschafft, wieder eine Bewegung zu werden; etwas Gemeinsames verband uns: einfach, daß wir geblieben waren und daß wir alle die Angeschuldigten durch unser Handeln unterstützen wollten. Wir lebten unsere Stärke in einem ruhigen Standhaltevermögen. Wir waren vielleicht drei- bis vierhundert, die die Nacht über geblieben waren. Hartmut, der auf ein Monat Bewährung Freigelassene, sagte am anderen Morgen in Four, daß man die Stimmung von draußen sehr genau mitbekam und daß sie insgesamt und als große Unterstützung erfahren wurde.

Der Prozeß selber wurde gegen morgen immer ungeheuerlicher; er spulte wie ein Film ab. Nach allem, was wir gehört und gesehen hatten, konnte eigentlich niemand bestraft werden. Alle waren erst viele Stunden nach der Demonstration bis zu 20 km von Faverge entfernt verhaftet worden. Einige waren noch zusätzlich wegen des Tragens von Waffen der 6. Kategorie angeklagt — es waren einfache Taschenmesser. Die Polizei hatte ihre Aussagen zu gut aufeinander abgesprochen und verwickelte sich bei Nachfragen in Widersprüche. Alle trugen sie ihr Visier oben, wohl um sich gegen Regen und Tränengas zu schützen — alle hatten die Angeklagten während der Demonstration ganz vorne in einer Entfernung zwischen 20 und 40 Metern gesehen — und zwar sehr genau, bis zu braunen Schuhen. Nachts, nach ihrer Verhaftung wurden sie bei einer Gegenüberstellung sofort wiedererkannt.

(siehe auch Seite 30)

Der Anwalt de Felice hielt mit dem Sonnenaufgang vor einem einschlafenden Gericht eine schöne, flammende Rede. Sie überzeugte uns — leider nur — so sehr, daß einige begannen, an eine Freisprechung aller Angeschuldigten zu glauben. Wir sahen uns schon gemeinsam ein riesengroßes Fest feiern. Dabei wußten wir nur zu gut, daß dieses nicht möglich war — schließlich durfte der Staatsapparat sein Gesicht nicht verlieren — und mußte sich dennoch geschickt aus der Affäre ziehen (so zumindest dachten wir).

Kurz vor der Urteilsverkündung am Ende der Unterbrechung kam eine starke Spannung auf. Es war völlig unklar, was wir im Falle von Bestrafungen unternehmen wollten und konnten. Die örtlichen Gruppen hatten die Vorstellung, daß wir etwas (was, das war nicht klar) unternehmen wollten,wenn auch nur einer mehr als für drei Wochen bestraft würde.

Da einige im Gerichtssaal zur Urteilsverkündung waren, andere davor und die größte Gruppe auf dem Kirchplatz, waren wir für den Fall von Auseinandersetzungen ziemlich zersplittert. Denn zwischen uns war alles voll von Polizei, die bereits ihre Handschuhe anzogen und ihre Helme und Schutzschilder bereit hielten.

Es war vor allem wichtig zusammenzukommen und dann gemeinsam zu entscheiden, was wir tun wollen. Bevor wir nicht zusammen auf dem Kirchplatz waren, sollte niemand das Urteil bekanntgeben. Unter heftigen Diskussionen wurde noch versucht, einige zu überzeugen, sich im Falle von Bestrafungen nicht gleich im Gerichtssaal selber gefangennehmen zu lassen — man würde doch wieder nur einige herauspicken.

Wir versuchten, die Spannung zu überwinden und bekamen ein Gefühl von Stärke dadurch, daß wir sehr leise pfiffen oder unsere Lieder summten. Der Polizei war unser ruhiges, aber weites und sehr intensives Summen sichtbar unheimlich. Wir warteten lange auf die Freunde und hoffentlich auch die Angeklagten. Jemand kam verwirrt aber steinern ruhig hinaus und teilte uns tonlos mit, daß die Kameraden drinnen beschlossen hätten, zu bleiben. Sie bäten uns, die wir vor dem Gerichtssaal warteten, nicht auf sie zu warten und zu den anderen auf den Platz zu gehen. Das Summen hörte auf, eine unheimliche Stille herrschte, als wir wie im Trauermarsch zu den anderen durch die Sperren auf den Platz gingen. Es war etwas Schlimmes geschehen, wir brauchten nur noch genau zu wissen, was. Noch befanden wir uns alle in einer gemeinsamen Situation, aber schwerer und schwerer durchzuhalten war.

Die Gemeinsamkeit als Gelebte zerbrach in dem Augenblick, in dem übers Mikrophon eine aufgeregte weinende Stimme laut in die Stille hinein das Urteil vorlas. Das war zu hart — 6 Monate mit dreien zur Bewährung für vier von uns, die nichts weiter getan hatten, als an einer Demonstration teilzunehmen. Sie sind bis ans Ende gegangen und das ist erst der Anfang. Und wir sind so schwach. Das, was wir so mühsam wieder erarbeitet hatten in diesen zwei Tagen und in dieser langen Nacht — unsere Stärke und unsere Gemeinsamkeit — sie ist wie ein Kartenhäuschen hinweggefegt, von ihnen. Beginn des Atomstaates.Ich hatte das ungeheure Bedürfnis, mich zu bewegen, zu laufen und zu schreien.

EIN BUNTES SOMMERCAMP AUF DEM LARZAC

LARZAC
August 1977

Am 13./14. August fand zum 3. Mal ein großes Sommertreffen auf dem Larzac statt, dem Hochplateau am Südwestrand des Massif Central, auf dem sich seit sechs Jahren 103 Bauernfamilien gegen ihre Vertreibung durch ein Militärcamp wehren (vgl. ID 181, 184). Das Treffen bildete gleichzeitig den Abschluß des großen antimilitaristischen und Antiatomkraftwerk-Marsches.

Drei Monate lang hatten die Bauern und die 'Larzac-Unterstützungs-Kommitees' das meeting vorbereitet. An den letzten zehn Tagen, der Zeit der Heuernte, trafen sich die aktiven Bauern täglich zu zwei Vorbereitungszusammenkünften, und bauten auf dem weiten, mit Felsgruppen bestandenen Steppengelände Stände, Klos, ein 'Verkehrsnetz' und eine 'Infrastruktur' mit eigenem Strom-, Telefonnetz und einer allesumspannenden Lautsprecheranlage auf. Am Vorabend des 'Rassemblement' strahlte der Piratensender 'Radio Larzac' seine erste viertelstündige Informationssendung auf die Kreisstadt Millau aus, an den nächsten beiden Tagen wurde 'Radio Larzac' gestört.

Am Samstag entstand innerhalb von Stunden eine eigene Welt, in der 60 bis 80.000 Menschen zelteten, sich mit eigenem Larzac-Geld Essen kauften, sich an den Informationsständen umsahen, wo sich okzitanische, baskische, katalanische und bretonische Gruppen neben Betriebsgruppen, Soldatenkommitees, linken Gruppen, Frauengruppen, Ökologiegruppen vorstellten. Bei Sonnenuntergang ließen die Bauern einen riesigen Fesselballon (Montgolfiere) steigen mit einer Banderole 'Larzac 77', damit war das 'Rassemblement' eröffnet. Eine Bäuerin hielt die Begrüßungsansprache: Sechs Jahre Kampf, in diesem Sommer sollten wir alle schon vertrieben, die Ausweitung des Camps perfekt sein, stattdessen werden wir morgen unsere erste Demonstration auf das bestehende Militärcamp machen.

Wiederholt dröhnte durch technischen Zufall der Polizeifunk über alle Lautsprecher, so erfuhren wir direkt die Bestürzung des Polizeichefs über die 'unglaubliche Menschenmenge'. Diese Menschenmenge verteilte sich nach der Ansprache auf fünf Foren: 'Minoritäten', 'Militarisierung', 'Kernkraftwerke', 'Arbeiterkampf', 'Larzac-Bauernkampf'. Auf dem Forum 'Kernkraftwerke' wurden die Ereignisse in Malville diskutiert, das Forum 'Minoritäten' machte deutlich, daß sich die Zahl der autonomistischen Gruppen und Aktivitäten in den letzten drei Jahren vervielfacht hat. Eine breite okzitanische Bewegung ist in dieser Zeit überhaupt erst entstanden.

Auf dem Forum 'Bauernkämpfe' wurde von neuen 'Larzacs' berichtet. In Vaumeilh (bei Sisteron, Dauphiné) wehren sich seit 1973 die Bauern gegen die Einrichtung eines Flughafens. Sie lassen sich dabei von den lustigen, öffentlichkeitswirksamen Methoden des Larzac-Kampfes inspirieren. Am 14. Juli dieses Jahres wurde in Carrus (einem winzigen Nest in den schönen Corbieren, südwestlich von Carcassonne) gräflicher Großgrundbesitz besetzt: von einer jungen Hirtin und ihren Ziegen unter der fröhlichen Assistenz von fast tausend Sympathisanten. Seither weiden die Ziegen auf dem gräflichen Gebiet. In einem verfallenen Haus des Grafen will sich die Hirtin mit freiwilligen Helfern eine Bleibe ausbauen. Jeder kann da mitmachen. Adresse: **Pierrette Sanchez, „Carrus", Maironnes, 11220 Lagrasse.** Ein Weizenfeld, auf gräflichem Boden ausgesät, wurde geerntet und der Erlös dem Larzac-Kampf gespendet.

Die Mivoc (Interventionsbewegung Okzitanischer Winzer) stellte auf mehreren Ebenen eine Verbindung zu dem Kampf der Winzer her: ein militanter Mivoc-Winzer verkaufte auf dem Larzac seinen Wein, ein anderer berichtete vom Winzer-Kampf, der sich mit Kommandounternehmen am schärfsten gegen die Großhändler richtet, deren Mixturen von Import-Wein, Languedoc- und Fabrikwein als reiner südfranzösischer Wein verkauft werden und auf den Preis des Originalweines drücken. Wir berichteten von unserem Direktverkauf von okzitanischem

Rotwein in der BRD als Beispiel praktischer Solidarität. Ab **22. September von 17.00 bis 19.30 Uhr** gibt es bei uns den gleichen **Wein zu kaufen**, der auf dem Larzac ausgeschenkt wurde, eine zeitlang sogar denselben: die Reste vom großen Larzac-Treffen!

Bis in den frühen Morgen wurde von zahlreichen, meist okzitanischen, Sängern und Gruppen Musik gemacht. Der nächste Tag begann mit den „kleinen Foren". Jeder, der wollte, hatte ein Thema zu einer solchen Diskussionsrunde anmelden können. Auf über dreißig Foren konnte man dann über Kampfmethoden auf dem Larzac und in Malville, über politische Justiz, die Situation politischer Gefangener, über die Arbeit in Soldatenkomitees, über Frauenprobleme im Arbeitskampf und im Larzac, über alternative Energiegewinnung oder Meeresverschmutzung diskutieren. Einer von uns hat an einem Forum über Gesundheitszentren und Gruppenpraxen teilgenommen und bekam da in zwei Stunden einen Überblick über den Stand der Alternativmedizin-Diskussion in Frankreich. Uns schienen mit den kleinen Foren die Möglichkeiten sehr konkret genutzt, die darin stecken, daß so viele Linke ein Wochenende an einem Platz verbringen.

Nach kleinen Foren und Mittagessen marschierten dann 60 bis 80.000 Menschen unter der schönsten Sonne dieses Sommers – an der Spitze 80 Traktoren – eine Stunde lang durch das Militärcamp, vorbei an einer rostigen Panzerruine, über zahllose geborstene Granaten, hin zu einem verfallenen Bauernhof, der nun im Zielgebiet für Artillerieschießübungen liegt. Weit und breit kein Polizist, kein Soldat, nur die zwölf maskierten, uniformierten Soldaten eines Regimes, das zur Zeit auf dem Larzac manövert, die gefährdetsten Demonstranten an diesem Tage. Sie konnten belegen, daß viele einfache Soldaten inzwischen den Kampf der Larzac-Bauern unterstützen: sie sammeln in den Kasernen Geld, um damit Aktien der GFA (vgl. ID 140/141) zu erwerben, mit dem die Bauern das Land aufkaufen, das das Militär zur Ausweitung des Camps vorgesehen hat. Sprechchöre: Bauern – Soldaten – Solidarität.

Dann eine Kundgebung bei dem alten Bauernhof. Die Hauptansprache hielt eine alte Bäuerin: „Das war unser Hof, hier haben wir gearbeitet, hier sind wir vertrieben worden. Unser Kampf richtet sich längst nicht mehr nur gegen die Ausweitung des Camps, sondern gegen die ganze Militärmaschine selbst, die nur töten und zerstören kann. Das soll auch dieser Marsch in das bestehende Camp zeigen. Wie könnt ihr vielen Menschen, die ihr unseren Kampf unterstützt, uns auch weiterhin helfen? Auf dreierlei Art: Männer, schickt eure Wehrpässe zurück (in den letzten zwei Jahren haben 2.000 Franzosen ihre Wehrpässe zurückgeschickt), behaltet drei Prozent von euren Steuern ein und schickt uns das Geld. Diese Aktion wird schon organisiert durchgeführt, der illegal gebaute Schafstall auf dem Larzac wurde von diesem Geld finanziert. Das ist in Frankreich möglich, weil dort die Steuer nicht schon vom Arbeitgeber eingezogen wiro Kauft GFA-Aktien, mit dem Geld können wir das Land aufkaufen, das das Militär zur Erweiterung des Camps braucht. Wir werden unseren Kampf gewinnen, wir werden den Larzac halten!"

Rückmarsch unter glühender Sonne; das meeting 'Larzac 77', das unter dem Motto „Wir wollen im Land leben und arbeiten" stattgefunden hatte, war zu Ende.

Kontaktadresse: **Verein zur Förderung der deutsch-okzitanischen Freundschaft e. V.**
Karlstraße 30, 6078 Neu-Isenburg
Tel. 06102 / 3 72 81

„SO, DO SIMMR WIDDR!" – RADIO VERTE FESSENHEIM

FESSENHEIM
7. September

Am 27. August über UKW 101 mHz war es im elsäßisch-badisch-schweizer Gebiet deutlich zu hören: der grüne Volksfunk „Radio Verte Fessenheim" sendete eine halbe Stunde Informationen und Berichte aus der Anti-Atombewegung; teils in französisch, teils in elsässisch. Für den 3. September war die nächste Sendung angekündigt, im Wochenrythmus soll es jeden Samstag viertel vor acht auf derselben Frequenz weitergehen. (Viertel vor acht ist französische Sommerzeit, in Deutschland ist es dann viertel vor sieben !)
Aus einem Tonbandmitschnitt drucken wir hier einen Beitrag von Radio Verte Fessenheim, der über die Konzeption des Senders Auskunft gibt, sowie Ausschnitte aus einem Gerstheim Bericht. (Wir hatten einige Mühe, das Voll-Elsässisch ins Hochdeutsch zu übertragen.) Also, Tun the radio on:

„So, do simmer widdr! 6 Wochen lang hammr kai Sandunge gmacht...Ihr werdet euch sicher nicht wundern, daß unser Sender in Malville und am Larzac gedient hat. Wir selbst haben während dieser Zeit Kontakte aufgenommen und Informationen gesammelt. Wir haben alle miteinander an den Demonstrationen und Platzbesetzungen teilgenommen. Ihr habt vielleicht am 26 Juli eine Sendung von Radio Verte Fessenheim hören können, wir hatten einen anderen Sender ausprobiert, aber das Resultat war nicht gut gewesen. In der Sendung von heute wird außer über viele Informationen, auch über Gerstheim geredet. Vorher möchten wir zuerst von eurem Radio reden - Radio Verte Fessenheim ist nämlich euer Sender, alle Elsässer, Schweizer und Badenser sollen ihn benutzen. Schickt uns eure Informationen, Vorschläge und Kritiken und auch Spenden. In der Gruppe Radio Verte Fessenheim sind ein paar Elsässer, die alle aktiv im Kampf gegen Atomkraftwerke mitmachen. Die paar Leute realisieren die Sendungen, d.h. sie suchen die Informationen und machen die Zusammenschnitte. Dazu gehören noch viele andere, die uns Informationen, Tonbänder und Dokumente schicken. Die Installation (Sender, T chnik) ist selbstgebastelt, drum die Probleme, die ihr sicher selber kennt. Jetzt glauben wir, daß der Sender durch technische Verbesserungen 70 km weit reicht. Unsere Gruppe hat selbst das Material bezahlt - das macht etwa 1 Million alte Francs (5000 DM). In der letzten Sendung haben wir Spenden verlangt und 450 Franken (225 DM) bekommen. Merci an alle, aber wir brauchen immer noch Geld. Unsere Ziele, sie sind einfach: In den anderen Zeitungen, im Fernsehen, im Radio sind es immer nur die Obrigkeit, die Regierung und die Politiker, die man hört, drum werden wir der Bevölkerung das Wort geben. Das Mittel ist da, jetzt müßt ihr es benutzen. Die Aktualität macht den Inhalt der Sendungen aber auch eure Fragen, eure Gedanken und Kritiken. Wir werden aus Radio Verte Fessenheim ein Informationsmittel machen, wo die Bevölkerung sich frei äußern kann, durch regionale Geschichten, Kultur, Poesie, Musik und Theater. Wir wollen euch ein Kampfradio machen, wo alle Bürgerinitiativen, Arbeiter und Bauern, Jüngere und Ältere das Wort haben. Und wenn ihr nicht gut französisch könnt, so schwätzt, wie euch der Schnabel gewachsen ist. Schreibt uns alle und danke an die, die es schon gemacht haben. Wir wollen unbedingt einen Beweis haben, daß man uns „aloost" (Empfängt?). Darum unsere Operation tausend Hörer: D.h., daß ihr uns alle eine Postkarte oder einen Brief schickt, und jede Woche wissen wir, wieviele wir schon erreicht haben. Schreibt an Alain Boos (?) Ecole de Coutzenhausen, 67 Soultz sous foret. Und wenn ihr ein Tonband von der Sendung wollt, schickt eure Bestellungen. Und jetzt...(Marschmusik, zu schnell abgespielt, setzt ein) kurze Informationen... (tetrem terem teteremtemtem)

Es folgen Informationen zu Heiteren, Malville, geplante Reak-

torarbeiten in Neckarwestheim, aus der Whyler Besetzerzeitung „was wir wollen", Demo-Termine, Unfall in Fessenheim, dann ein Lied: Herr Minischterpräsidant.

GERSTHEIM

Am Mittwoch (24. August) beschlossen die Besetzer von Gerstheim, d n Platz zu räumen, auf dem die EDF eine meteorologische Beobachtungsstation errichtet hatte. Sie wurde inzwischen wieder beseitigt. Am 26. Januar 1977 war der „Mast" besetzt worden, da die Bevölkerung ihn als Beweis für ein geplantes Atomkraftwerk ansah. Weil die Bevölkerung nicht nachgab, mußte die EDF den Mast wieder abräumen.

(Aus einem Interview von Radio Verte Fessenheim mit einem „alten Gerstheimer mit traurigem Gesicht"):

„Wir haben verlangt, daß er wegkommt. Weil wir kein Werk wollen und solange wir kein Werk wollen, brauchen sie da auch keine Untersuchungen zu machen und darum haben wir am 26. Januar verlangt, daß er wegkommt, und wir haben nicht nachgegeben bis jetzt; und jetzt machen sie den Mast weg, das ist durch unseren Druck gekommen."

„Meint ihr, daß es noch eine Gefahr gibt? "

„Sowieso, ich bin noch nicht sicher, daß dies das Ende ist. Und wenn die wieder anfangen wollen, dann sind wir alle wieder da, und dann fangen wir auch alle wieder an!"

ZUR ANTI–KKW– UND ÖKOLOGIE–BEWEGUNG IN SPANIEN (TEIL 1)

MADRID
1. September

Aus Madrid erhielten wir den folgenden Bericht:

Spanien war lange Zeit attraktiv für Industrien, die vor der verschärften Umweltschutzgesetzgebung im Ausland auszuweichen versuchten. Im Vergleich zur BRD ist die Umweltbedrohung durch die Folgen des Tourismus größer und die durch die KKW's noch geringer. Die Bewegung dagegen ist in den verschiedenen Landesteilen sehr unterschiedlich entwickelt. Einen ersten wichtigen Einschnitt markiert die „Internationale Woche für ökologische Solidarität und Verteidigung der Umwelt." Sie fand vom 4. bis 10. Juli mit etwa 500 Anwesenden in Ibizza statt. Themen waren: kollektives Yoga-Training (Jaime Calamanch), autonome weiche Techniken (Kollektiv ERA Barcelona), Abfallbeseitigung und Energiegewinnung (Dr. Serrallach), nukleare Bedrohung des Mittelmeers (Costa Morata), Balearen im Mittelmeer (Néstor Pellicer), die lange Schlacht zur Verteidigung von Gredos (= Erholungsgebiet in der Nähe von Madrid, José Manuelde Pablos), Kernenergie und Möglichkeiten der Sonnenenergie (Andrés Medrano), außerdem experimentierten 300 junge Mitglieder der „Escoltes Catalans" aus Katalonien, Mallorca, Menorca und Frankreich mit der Verwendung der Sonnenenergie bei neuen Formen des Hausbaus. Ein ähnlich bedeutendes Datum ist das erste Treffen der Coordinadora Anti-Nuclear (Anti-KKW-Koordination) auf nationaler Ebene, das am 30. April und 1. Mai mit Beteiligung von 24 Gruppen in Soria stattfand.

Inzwischen wird auch die Zeitschrift „Ecolgia y sociedad" (Ökologie und Gesellschaft) an den Kiosken verkauft.

Das spanische Nuklearprogramm sieht den Bau von 30 KKW's in 20 Jahren vor. Der gegenwärtige Stand:

in Funktion	3	1 120 MW
im Bau	7	6 555 MW
genehmigt	8	8 604 MW
geplant	20	20 070 MW

Die Reaktoren werden zu 60% von der amerikanischen Firma Westinghouse geliefert, an den elektrischen Installationen sind zu 65% die spanischen Firmen Iberduero, Sevillana, Fecsa, Hidrola beteiligt. Das spanische Uran reicht für 20% des voraussichtlichen Bedarfs, der Rest kommt aus den USA. Die Anreicherung des Urans wird in den USA vorgenommen, außerdem ist Spanien zu 11,1% am Projekt Eurodif in Frankreich beteiligt und es gibt Pläne, sie in Großbritannien oder Frankreich vornehmen zu lassen. Also besteht in keiner Phase des Prozesses eine vollkommene Unabhängigkeit vom Ausland. In Soria wird ein Forschungszentrum gebaut, von dessen Anlagen behauptet wird, daß dort Atombomben entwickelt werden können.

1985 sollen 22% der primären und 57% der elektrischen Energie aus KKW gewonnen werden. Die Junta de Energia Nuclear vermeidet es, genaue Informationen zu geben, und man wirft ihr eine Informationspolitik voller Angstmacherei vor. In der Umgebung vieler geplanter Standorte sprechen sich inzwischen ganze Gemeinden dagegen aus.

SALIZIEN

Die Gesellschaft für Naturgeschichte Saliziens sieht verschiedene Ursachen für die Umweltzerstörung in Salizien:

- eine Industrialisierung vorwiegend durch belastende Industrieen (Aluminium, 7 Zellulosefabriken in 5 Jahren, KKW Xove geplant)
- chaotische Urbanisierung
- Ersetzung der für Galizien typischen Wälder durch Monokulturen (Eukalyptus + Pinien), die den Boden durch ihr schnelles Wachstum auslaugen, besonders in den Buchten an den Flußmündungen (Rías), weil dort das Wasser fast stillsteht, eben dahin wollte man wegen des besonders schnellen Wachstums der Bäume auch die Zellulosefabriken stellen.

Besonders in Galizien zeigt sich eine enge Verbindung ökologischer Auseinandersetzungen mit den ökonomischen Interessen bestimmter Schichten. Schon in den 50er Jahren kam es zu Demonstrationen von Muschelfischern gegen die vom staatlichen Industrieinstitut INI in Pontevedra gebaute Zellulosefabrik, die einige Jahre ohne die entsprechende städtische Genehmigung funktionierte und zum Absterben der benachbarten Bucht beigetragen hat. Ähnliches gilt für die folgenden Konflikte:

Baldaio/La Coruna:

Eine Privatfirma baut täglich 90 - 100 LKW Sand vom Strand ab, die Muschelfischer blockierten den Transport durch Davorsetzen, die Polizei (Guardia Civil) greift ein, später wird ein bewaffneter Werkschutz aufgebaut, inzwischen sind viele Wasservögelarten, die von den besonderen Klimaverhältnissen abhingen, ausgestorben.

Mino/La Coruna:

Ein Dorf, das vom Miesmuschelfang aus den Lagunen lebt, sieht sich vom Tourismus bedroht, der sie zuschütten läßt; es reagiert mit Blockade der Baumaschinen

Bora/Pontevedra:

Durch die Anlage einer Talsperre wurden eine römische Brücke und Straße zerstört, außerdem beim Bau von Erschließungsstrassen zahlreiche Baudenkmäler.

Lugo:

Die in Galizien sehr bekannte Elektrizitätsgesellschaft FENOSA plant ein KKW bei Xove, gegen das am 10. April 77 die bisher größte Demonstration in der jüngeren Geschichte Galiziens stattfand, außerdem Umweltbelastung durch ihre Aluminiumfabrik.

As Encrobas/L.C.:

Die von FENOSA enteigneten Bauern fordern höhere Entschädigungen für ihre Ländereien und den Wiederaufbau des Dor-

fes an anderer Stelle, die Auseinandersetzungen waren teilweise sehr heftig und schlossen Landbesetzungen ein, dabei tauchten stärker als früher autonomistische Parolen auf.

Castrelo do Mino/Orense:
In den 60er Jahren wurde von FENOSA ein Weinbaugebiet überschwemmt, um mit einer Talsperre Strom zu erzeugen, bis jetzt sind die versprochenen Entschädigungen noch nicht ausgezahlt worden, in vielen Dörfern der Gegend reicht der Strom noch nicht für Glühbirnen, so daß mit Kerzen beleuchtet wird, während der Auseinandersetzungen wurden die Unterkünfte der Bauarbeiter abgebrannt und nachts das zerstört, was am Tag gebaut worden war.

Problematisch ist auch die Frage der Autobahn nach Galizien, die von Accesos a Galicia (Zugänge zu Galizien) gebaut wird, auch hier sind die Entschädigungen immer noch nicht ausgezahlt worden, und die Bauern argumentieren, daß eine Geldsumme mit der Zeit verbraucht ist, dagegen ihr Land für immer Arbeit gab. Von Zeit zu Zeit werden die Bauarbeiten blockiert. Der nächste Konflikt in Galizien wird anläßlich des Gebietsplanes entstehen, der die Regionalentwicklung festlegen soll und außerhalb Galiziens in Madrid festgeschrieben wird.

EUZKADI

Am 14. Juli fordern 200 000 Teilnehmer einer Demonstration in Bilbao die Einstellung aller Arbeiten am KKW Lemoniz und die Verweigerung der Genehmigung für das KKW Tudela, sowie den Rücktritt der Deputation (etwa: Provinzparlament, eingesetzt, nicht gewählt) von Vizcaya, die die Bauarbeiten ermöglicht hat. Die Demonstration war von den Nachbarschaftsvereinigungen organisiert und von fast allen Parteien unterstützt worden. An der Baskenküste arbeitet die Kommission zur Verteidigung der atomfreien Baskenküste.
Nach schweren Überschwemmungen, die bis ins Innere des im Bau befindlichen Reaktors von Lemoniz reichen, und den Schwierigkeiten im amerikanischen Atomprogramm kommen Informationen auf, die mit amerikanischem Kapital arbeitende Trägergesellschaft Iberduero beabsichtige, das KKW in ein konventionelles Wärmekraftwerk umzuwandeln, sie werden aber dementiert.

ÖKOLOGIE–KONGRESS

Die spanischen Ökologiegruppen haben beschlossen, einen nationalen Zusammenschluß zu bilden. Der konstituierende Kongreß findet am 17. und 18. September in einem Wald in der Nähe des Praktikumsgeländes der Hochschule für Bergingenieure (Residencia de practicas de la Escuela de Ingenieros de Montes). Der Wald heißt Bosque de las Dehesas, die Schule liegt im Dorf Cercedilla, das Dorf liegt an der Straße von Madrid nach Segovia auf der Höhe von Navacerrada, 3 Kilometer von der Hauptstraße. Sprachkenntnisse nötig. Weitere Informationen über:

Secretariado provisional del Movimiento Ecologista Presidente del Colegio de Ingenieros de Caminos, Canales y Puertos
Montalban
Madrid - 14
Spanien

(ein weiterer Teil zur Ökologie-Bewegung in Spanien folgt)



POLITISCHE GEFANGENE IN SPANIEN

BARCELONA
27. August

Vom "Internationalen Solidaritätskomitee mit den Gefangenen der revolutionären Bewegung in Europa" aus Paris erhielten wir folgenden Beitrag:

Es gibt noch zehn politische Gefangene in Barcelona. Nach den spanischen Parlamentswahlen vom 15. Juni 1977 warteten alle politischen und gewerkschaftlichen Formationen der Linken ungeduldig auf die Amnestie der letzten politischen Gefangenen des Franquismus. Dieser Kampf für die Amnestie kostete die Bewegung zahlreiche Tote und viele Verhaftungen. Allein im Baskenland waren es im April mindestens 5 Tote. Statt eine Generalamnestie zu erlassen, entläßt die spanische Regierung durch einen "Gnaden"-erlass verschiedene Gefangene, unter ihnen auch solche, die wegen bewaffneten Aktionen angeklagt waren und deren Freilassung einem genau bestimmten taktischen Interesse der Regierung entsprach.
Diese selektive Praxis hatte unter anderem im Zeitraum vom 18. - 23. Juli zwölf Aufstände in den größten spanischen Gefängnissen zur Folge (Carabanchel, Carcel Modelo von Barcelona, Cartagena, Valladolid, ...), an denen sich Tausende zivilrechtliche Gefangene beteiligten. Die spanische Regierung reagierte darauf mit brutalsten Unterdrückungsmaßnahmen (mehr als 100 Verletzte in Carabanchel).
Obwohl zahlreiche Gefangene, die an verschiedenen bewaffneten Aktionen beteiligt waren, freigelassen worden sind, erscheint es notwendig, den Grund für das In-Haft-Bleiben der letzten zehn Gefangenen in Spanien hervorzuheben:
Sie sind nicht etwa extrem schwerer Delikte angeklagt, aber sie sind Militante der anarcho-syndikalistischen Organisation C.N.T. Die C.N.T., die zur Zeit mehr als 100.000 Mitglieder zählt, hat anläßlich der Parlamentswahlen zur Enthaltung aufgerufen und wird dies bei den anstehenden Gemeindewahlen sicher wieder tun; die C.N.T. hat die autonomen Kämpfe außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens in La Roca, Tarabusi im Bausektor von Asturias, wo Tausende von Arbeitern monatelang gekämpft haben, bedingungslos unterstützt.
Die C.N.T. lehnt das von der spanischen Regierung lebhaft empfohlene Sozialbündnis, das die Unterstützung der kommunistischen "Commissiones Obreras", der sozialistischen U.G.T., U.S.O. und anderer Gewerkschaftsverbände sucht, ab. Darüberhinaus unterstützt sie den Kampf der Zivilrechtsgefangenen. Einer der "Zehn von Barcelona", J. Caravaca, wurde bei den Gefängniskämpfen schwer verletzt.
Aus diesen Gründen werden die "Zehn von Barcelona", denen von den Richtern schon vor einem Monat die provisorische (einstweilige) Entlassung in Freiheit zugestanden worden ist, vom Zivilgouverneur von Barcelona, dem Vertreter der Regierung von Madrid, illegal als Geiseln im Gefängnis zurückbehalten.
Sechs von ihnen sind seit Januar 1977, die anderen seit dem 12. März und dem 1. Mai im Gefängnis.
Bis jetzt hat die C.N.T. – ohne jedes Resultat – alle legalen Mittel (Verteidiger und Demonstrationen) eingesetzt, um ihre Freilassung zu erreichen.
Die Inhaftierung der Genossen in Barcelona, einer der Städte, in denen die C.N.T. sehr stark ist, stellt nicht nur ein Druckmittel dar, das die spanische Regierung benutzt, um die Aktivität der Ce-en-tisten zu bremsen, sondern ist auch ein gezielter Vorgeschmack auf die harte Reaktion, mit dem Ziel der öffentlichen Denunzierung der C.N.T., deren Anwachsen und Praxis die Regierung beunruhigt.

KONGRESS GEGEN DIE REPRESSION IN ITALIEN: BOLOGNA VOM 23. – 25.9.

BOLOGNA 8.September „PCI an die Regierung" war jahrelang eine Parole, hinter der ein beträchtlicher Teil der italienischen Linken stand. Heute ist die PCI faktisch an der Regierung und spielt den Garanten für sozialen Frieden, Rationalisierung, Lohnsenkung, Repression, Ruhe und Ordnung. Anders als die revolutionäre Linke es sich erhofft hatte, gab es keine Fortsetzung der Kämpfe, die den italienischen Kapitalismus willentlich in die Krise gestürzt hatten; der Bruch mit dem Reformismus, ein „heißer Herbst" gegen die KPI fanden nicht statt.

Im Gegenteil, die Einheit der Bewegung, die für ein besseres Leben kämpfte, zerbrach, denn die PCI scheint sich tatsächlich auf einen Konsens zu ihrer Politik vor allem innerhalb der Arbeiterschaft stützen zu können. Während hierzulande bei vielen Linken der Eurokommunismus als neuer Hoffnungsschimmer der Freiheit gefeiert wird, sieht die PCI-Politik praktisch und als gesellschaftliche Konzeption ganz anders aus: wie ein Export bundesdeutscher Sozialdemokratie – „Modell Deutschland" in Italien – vom Konzept des konsumistischen Planstaats bis hin zum Arsenal moderner Repressionstechniken.

Doch anders als bei uns hat der Widerstand gegen den totalitären Planstaat in Italien eine Basis: die Bewegung der Studenten, jugendlichen Arbeitern und Arbeitslosen, der „Emarginati", die im Frühjahr „explodiert" ist.
Der PCI Ideologe Asor Rosa hat die Situation so beschrieben: die italienische Gesellschaft bestehe heute aus zwei Gesellschaften – die eine sei für diesen Statt und die Arbeit, die andere sei dagegen – es komme darauf an, diese „Gesellschaft gegen den Staat" auszumerzen. In dieser Situation sucht sich die revolutionäre Bewegung heute in Italien einen politischen Weg, ohne sich an überlieferte Strategien orientieren zu können.

Das für den 23. – 25.September angesetzte Treffen in Bologna gegen die Repression in Italien soll dazu dienen, der neuen revolutionären Bewegung gegen die totalitäre Formierung der Gesellschaft und des Staates in Italien (nach deutschem Modell) durch massenhafte Diskussionen zu klarerer politischer und möglichst zahlreicher Artikulation zu verhelfen.

Konkreter Anlaß für diesen Kongreß ist ein Manifest französischer Intellektueller, das aufgrund der Tatsache einer von der PCI gedeckten bzw. teilweise – wie in Bologna – aktiv betriebenen massiven Repression gegen die neue Oppositionsbewegung verfasst wurde. Das Manifest provozierte in Italien einen Skandal: die Empörung über diese „Einmischung in interne Angelegenheiten Italiens" reichte von der PCI bis zur DC (DC Innenminister Cossigna: „Italien ist das freieste Land der Welt.") Trotz der Versuche von Seiten der KPI, die öffentliche Diskussion über das Manifest möglichst abzubremsen (die L'Unita hat das Manifest – wie übrigens fast alle anderen italienischen Tageszeitungen, mit Ausnahme von Lotta Continua – trotz heftigster Attacken nie vollständig abgedruckt), hat sich eine lebhafte Debatte über die Strategie und konkreten Auswirkungen des historischen Kompromisses entwickelt, an der sich relativ viele italienische Intellektuelle beteiligen. (Jervis, Rovatti, Moravia etc.)

Auf das Manifest hin hatte der KP Bürgermeister von Bologna die französischen Intellektuellen in „seine" Stadt eingeladen: sie sollten sehen, wie frei sie ist. Daraus entstand der Plan eines Treffens der Bewegung, einer massenhaften Diskussion. Auf dem Treffen wird sich ein „Tribunal" mit den aktuellen Formen der Repression und ihre Auswirkungen in Italien – speziell Bologna – beschäftigen und ansonsten sind eine Reihe Diskussionen und Arbeitsgruppen geplant, die sich mit dem politischen und gesellschaftlichen Projekt der KPI befassen sollen (Veränderung des Staats, Internationalisierung des „Modell Deutschland" auf Italien, die Rolle der Massenmedien im Prozeß der Totalisierung der Gesellschaft, Möglichkeiten der Oppositionsbewegung sind nur einige Stichpunkte). Insgesamt ist nicht allzuviel vorstrukturiert, allen Initiativen ist Raum gelassen. Es wird viel intellektuelle Prominenz aus Italien und Frankreich teilnehmen, (und aus Deutschland?) In der Stadt sollen Theaterstücke,Stände, Diskussionen etc. stattfinden, um die Bevölkerung miteinzubeziehen; zumAbschluß ist eine Demonstration geplant.

Diesem Treffen – das von autonomen Gruppen der Bewegung, von Radio Alice und Genossen von Lotta Continua, Avanguardia Operaio und Pdup vorbereitet und unterstützt wird (nicht von „Manifesto", die die Veranstaltung für „antikommunistisch" und deshalb für unverantwortlich hält) – kommt in Italien sehr große Wichtigkeit zu, denn nach den Kämpfen im Frühjahr ist es ein erster Versuch, den Protest gegen den „Historischen Kompromiß" zu sammeln und zu verbreitern. Mit Sicherheit werden sehr, sehr viele Genossinnen und Genossen aus ganz Italien in Bologna zusammenkommen; auch aus Frankreich werden viele Teilnehmer erwartet.

Angesichts des Versuchs, Italien zu „Germanisieren", (ein in Italien oft gebrauchtes Schlagwort) ist auch die Anwesenheit deutscher Genossinnen und Genossen sehr wichtig. Von Seiten der italienischen Genossen besteht sehr großes Interesse, mit deutschen Genossinnen und Genossen, seien sie bekannt oder nicht, gemeinsame Diskussionen zu führen.

ERKLÄRUNG DES „KOMITEES GEGEN DIE REPRESSION IN ITALIEN"

„Zu diesem Zeitpunkt, wo zum zweiten Mal die Ost-West-Konferenz in Belgrad stattfindet, wollen wir unsere Aufmerksamkeit auf schwerwiegende Vorfälle richten, die im Besonderen auf die Repression, die sich auf militante Arbeiter und die intellektuellen Oppositionellen im Kampf gegen den historischen Kompromiß niederschlägt.

Was heißt heute unter diesen Bedingungen in Italien „Historischer Kompromiß"?
Der „Sozialismus mit humanem Gesicht" hat während der letzten Monate seine wahren Absichten enthüllt: auf der einen Seite die Entwicklung eines Systems der repressiven Kontrolle über eine Arbeiterklasse und ein jugendliches Proletariat, die sich weigern, den Preis für die Krise zu bezahlen, auf der anderen Seite ein weitere Schritt der Aufteilung des Staates mit der DC (Banken und Heer für die DC, soziale und territoriale Kontrolle für die PCI) zum Zwecke einer realen „vereinheitlichten" Partei; und gegen diesen Zustand haben in den letzten Monaten die jugendlichen Proletarier und die intellektuellen Oppositionellen in Italien rebelliert.

Wie ist es zu dieser Situation gekommen? Was ist tatsächlich passiert?
Seit dem Februar wurde Italien von der Revolte der jungen Proletarier und der Studenten und Arbeitslosen erschüttert, den Vergessenen des historischen Kompromisses und des Spiels der Institutionen. Auf die „Spar"- und Opfer-Politik haben sie mit Besetzungen der Universitäten geantwortet, mit Massendemonstrationen, Kampf gegen die Schwarzarbeit, mit wilden Streiks, Sabotage und Krankfeiern in den Fabriken, mit der ganzen bissigen Ironie und Kreativität derjenigen, die nichts mehr zu verlieren haben (...).

Die Antwort der Polizei, DC und PCI kam ohne einen Schatten der Zweideutigkeit: Verbot jeglicher Demonstrationen in Rom, permanenter Ausnahmezustand in Bologna mit Panzerwagen und Schüssen in die Menge (...).

Es ist notwendig daran zu erinnern:

300 Genossen, unter ihnen zahlreiche Arbeiter, sind derzeit in Italien in Gefängnissen.

— Ihre Verteidiger werden systematisch verfolgt: Verhaftung der Anwälte Capelli, Senese, Spazzali und weiterer neun Genossen des „Soccorso Rosso" (Rote Hilfe), Formen der Repression, die inspriert sind durch die Methoden, wie sie in Deutschland angewendet werden.

— Kriminalisierung der Professoren und Studenten des wissenschaftlichen Instituts in Padova, von denen zwölf wegen „subversiver Vereinigung" angeklagt sind (...).

— Hausdurchsuchungen in Verlagen: Area, Erba, Voglio, Bertani mit der Verhaftung des letzteren Herausgebers. Tatsache ohne Beispiel: der Sammlung der Beweise liegt ein Buch über die Bewegung in Bologna zugrunde! Durchsuchungen der Wohnungen der Schriftsteller Nanni Balestrini und Elvio Fachinelli, Verhaftung von Angelo Pasquini, Redakteur der literarischen Zeitschrift ZUT.

— Schließung des Senders Radio Alice in Bologna und Beschlagnahmung des Materials, Verhaftung von zwölf Redakteuren von Radio Alice.

— Tendenziöse Pressekampagne, um den Kampf der Bewegung und seine kulturellen Ausdrucksformen zu einem Komplott abzustempeln und den Staat anzutreiben, eine wahre Hexenjagd zu organisieren.

Die Unterzeichner verlangen die sofortige Freilassung aller verhafteter Genossen, das Ende der Verfolgung und der Diffamierungskampagne gegen die Bewegung und ihre kulturellen Aktivitäten, und sie erklären ihre Solidarität mit allen Oppositionellen, die zur Zeit in Untersuchungshaft sind.

Unterzeichnet von:
Jean Paul Sartre, Roland Barthes, Michel Foucault, Gilles, Deleuze, Felix Guattari, Gerard Fromenger, Maria Antionietta Macciocchi, Jean Pirererre Faye, Jerome, Christian Bourgois, Yvon Bourdet, Francois Chalet, Genper, Philippe Gavi, Roger Gentis, Daniel Guerin, Georges Lapassade, Oliver Revault d'Alonnes, Denis Roche, Philippe Sollers, H.Torrubia, Jean Marie Vincent, Claude Mauriac, Francois Wahl, Andre Glucksman, Dario Fo.

GEHEIMER MILITÄRPROZESS GEGEN 2 DEUTSCHE UND 3 PALÄSTINENSER ERÖFFNET

TEL-AVIV 6. Juli — *Am 6.7.77 wurde in Israel der geheime Militärprozeß gegen 5 Genossen eines PFLP-Kommandos, in dem Brigitte Schulz und Thomas Reuter organisiert waren,eröffnet. Der Prozeß war 3 Wochen zuvor schon einmal kurz vor dem bekanntgegebenen Termin verschoben worden.*

Grund der damaligen Verschiebung war, wie man aus einer Rundfunksendung „Echo des Tages" entnehmen konnte, die Weigerung Dr. Reyels (Rechtsberater der deutschen Botschaft in Tel-Aviv) als Prozeßbeobachter der BRD eine Geheimhaltungs klausel zu unterschreiben. Auch am 6.7. wurde der an einem geheimgehaltenen Ort stattfindende Prozeß nach Erledigung einiger Formalitäten auf unbestimmte Zeit vertagt. Ob der angegebene Grund: Brigitte Sch. hat keine Verteidigung, zutrifft, fragt sich, denn das hat man lange vorher gewußt. Sie hat nie einen Anwalt und somit keinerlei Möglichkeit zur Prozeßvorbereitung gehabt.

Die von den Eltern beauftragte israelische Anwältin Lea Tsemel, sowie Felitia Langer für Thomas Reuter wurden vom Militärgericht abgelehnt. Sie durften die beiden Gefangenen nie sehen noch schriftlich mit ihnen Kontakt aufnehmen. Zwei vom Gericht gestellte Anwälte lehnten Brigitte und Thomas ab, und Brigitte weigerte sich bisher auch, einen der zionistischen Anwälte zu wählen, die für Militärprozeße zugelassen sind. Auch die 3 Palästinenser können, wenn überhaupt, nur Pflichtverteidiger haben. Die beiden Deutschen und die drei Palästinenser haben bis zur Verhandlung kein Gespräch miteinander führen können. Brigitte hat deshalb, wie den Eltern berichtet wurde, am 1. Prozeßtag im Hinblick auf die gemeinsame Anklage gefordert, den fünf Gefangenen zur Besprechung Gelegenheit zu geben.

Zum Prozeß schreibt Brigitte einen Brief an ihre Eltern am 12.5.77:„Der Prozeß, das ist ein ganz verwickeltes Kapitel. Er wird aber für uns alle eine größere Bedeutung haben, als ich bisher angenommen habe. Faktisch weiß ich aber nicht mehr als z.Zt. eures Besuches. Keinerlei Daten, keinerlei Unterlagen außer dieser 4-seitigen Anklageschrift, die es aber offiziell gar nicht gibt ... Herr Reyel sagte mir auch, daß die Botschaft von allerhöchster Stelle definitiv mitgeteilt gekriegt hätte, daß niemand, außer allenfalls ein Vertreter der Botschaft (wahrscheinlich Reyel) zugelassen werden würde und gab mir gleich zu verstehen, daß auch dann die Öffentlichkeit nicht hergestellt sei, d.h. er würde Wiesbaden vertreten! ... Dumm ist auch, daß wir keinerlei Gelegenheit kriegen, selbst die einfachsten Dinge miteinander abzusprechen. Thomas habe ich schon seit über zwei Monaten nicht mehr gesehen."

Die Tatsache eines geheimgeführten Militärprozesses, noch dazu ohne Verteidigung, zwang die Eltern Schulz, auf einem internationalen Prozeßbeobachter zu bestehen, den sie in Pierre Mertens, Prof. für Völkerrechtskunde in Brüssel, gefunden haben und dessen Zulassung sie verlangten. Doch dies Verlangen wurde von israelischer sowie deutscher Seite ignoriert. Obwohl die Eltern um rechtzeitige Bekanntgabe des Prozessbeginns gebeten hatten, um die Entsendung von Prof. Mertens zu gewährleisten, erfuhren die Eltern Schulz am 6.7.77 erst durch die Presse, daß am gleichen Tag der Prozeß begonnen hatte. Erst auf ein Protesttelegramm ans Auswärtige Amt wegen Nichtunterrichtung und endlicher Klarstellung über die Zulassung von Prof. Mertens, wurde den Eltern die Ablehnung ohne Angabe von Gründen vom Ausw. Amt mitgeteilt. Durch Zufall erfuhren die Eltern auch, daß im Ausw. Amt die Anklageschrift vorliegt. Doch auch das Ausw. Amt unterstützt die Geheimhaltung, indem es weder den Eltern noch Amnesty International Einblick gewährt.

Warum die Anklageschrift auch so geheim gehalten wird, war in einer Sendung des Hessischen Rundfunks am 15.7.77 zu hören, in der der Reporter berichtete, aus zuverlässiger Quelle (nämlich Ausw. Amt) erfahren zu haben, daß die Anklageschrift gegen die Deutschen äußerst vage und dürftig sei und keine konkreten Anklagepunkte enthält.

Sicher gibt es noch weitere Gründe, nichts aus dem Verfahren publik werden zu lassen. Nämlich: — die völkerrechtswidrige Verhaftung und Folterungen durch den Israelischen Geheimdienst in Kenia am 27.1.76, die heimliche Verschleppung nach Israel am 3.2.76 sowie die immer wieder in den Medien auftauchende Meldung von der Ermordung zweier deutscher Genossen in Nairobi. Ferner die Geheimhaltung der Inhaftierung in Israel über ein Jahr in totaler Isolation, unter schlimmsten Erpressungsmethoden, ohne Rechtsschutz bei völligem Abgeschnittensein von der Außenwelt, mit Wissen deutscher Behörden.

Dazu der Spiegel vom 11.4.77:„.. bundesdeutsche Behörden wußten seit über einem Jahr, daß sich Brigitte Schulz und Thomas Reuter in israelischer Haft befinden. In Jerusalem wurde mit Verwunderung aufgenommen und darauf verwiesen, daß israelische Beamte bereits kurz nach der Überstellung der beiden mit Kenntnis des BND und Verfassungsschutzes in der BRD ermittelt hätten."

Brigitte befindet sich auch heute noch, nachdem sie vor einigen Wochen aus einem Militärknast in das einzige Frauengefängnis verlegt wurde, in strenger Einzelhaft ohne Kontakt zu

anderen Gefangenen in einer neu erbauten Barracke. Sie darf noch immer keine Zeitungen haben.

Wir fordern:
Sofortige Freilassung der Mitglieder des PFLP-Kommandos!
Zulassung des unabhängigen Prozeßbeobachters Pierre Mertens!
Zulassung der Anwälte des Vertrauens!
Freiheit für alle antiimperialistischen und antizionistischen Kämpfer!

Ruft bei der israelischen Botschaft an (02221/8231) und fordert die Zulassung des unabhängigen Beobachters. Fordert das Auswärtige Amt (02221/171 Dr. Türk) auf, in Israel bezüglich der Zulassung des unabhängigen Beobachters zu intervenieren.
(Initiative gegen die Vernichtung politischer Gefangener, Wiesbaden)

PERU: ERNEUTE REPRESSION NACH DEM GENERALSTREIK

LIMA Mitte August *Vom Peru-Komitee in West-Berlin kam folgender Brief:*

„Die peruanische Militärregierung hat mit ungeheurer Schärfe auf den Generalstreik vom 19.Juli reagiert. So sind ca. 1200 Personen, unter ihnen vor allem Gewerkschaftsführer, während und nach dem Streik verhaftet worden. Aufgrund einer vom Militärregime erlassenen Ermächtigung an die bestreikten Unternehmen, aktiv Streikende zu entlassen, sind bisher etwa 4000 Kollegen, darunter 1800 Gewerkschaftsführer ohne Arbeit. (Le Monde, 7.8.77)

Die durch das Sparmaßnahmenprogramm vom 10.Juni erneut inganggesetzten Preissteigerungen gehen weiter, auch wenn durch die solidarische Geschlossenheit der Arbeiter und der breiten Bevölkerung (Elendsviertelbewohner usw.) eine teilweise Zurücknahme (bei Brot und Speiseöl) oder Einfrierung (bei Milch) der Preisexplosion zwischen 15 und 70% allein im Juni durchgesetzt werden konnten.

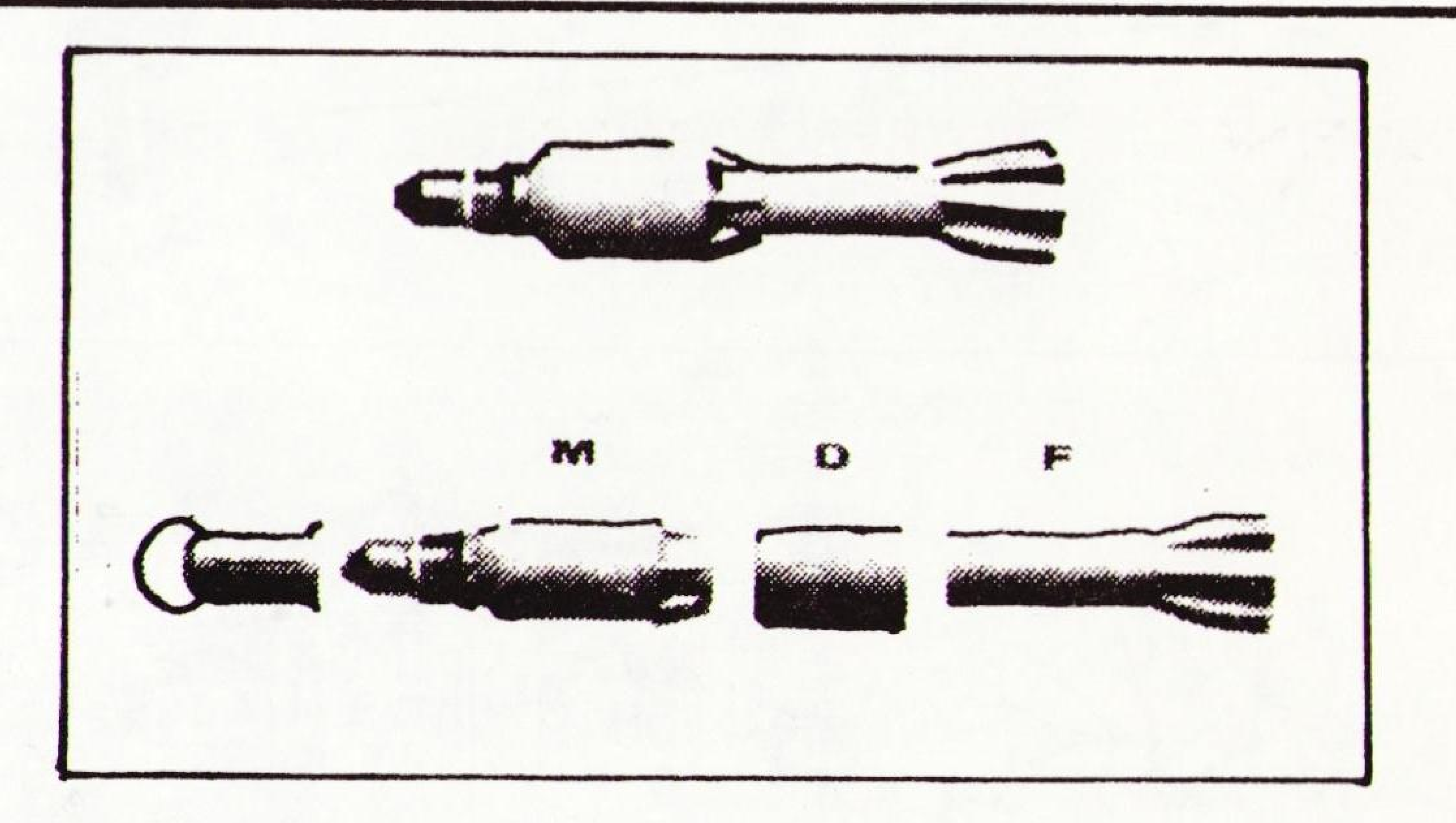
Andererseits kündigte der Präsident von Peru, General Morales Bermudez, anläßlich des Nationalen Unabhängigkeitstages am 28. Juli an, daß das Militär in den nächsten 3 Jahren die Regierungsmacht an eine Zivilregierung übergeben werde. (Frankfurter Rundschau, 1.8.77) Es liegt auf der Hand, daß dies eine politische Bankrotterklärung des Militärregimes ist, die jedoch gleichzeitig den Versuch darstellt, die inzwischen zur realen Bedrohung des abhängig-kapitalistischen Herrschaftssystems eskalierten Massenprotests und Streiks des peruanischen Volkes zu entschärfen.

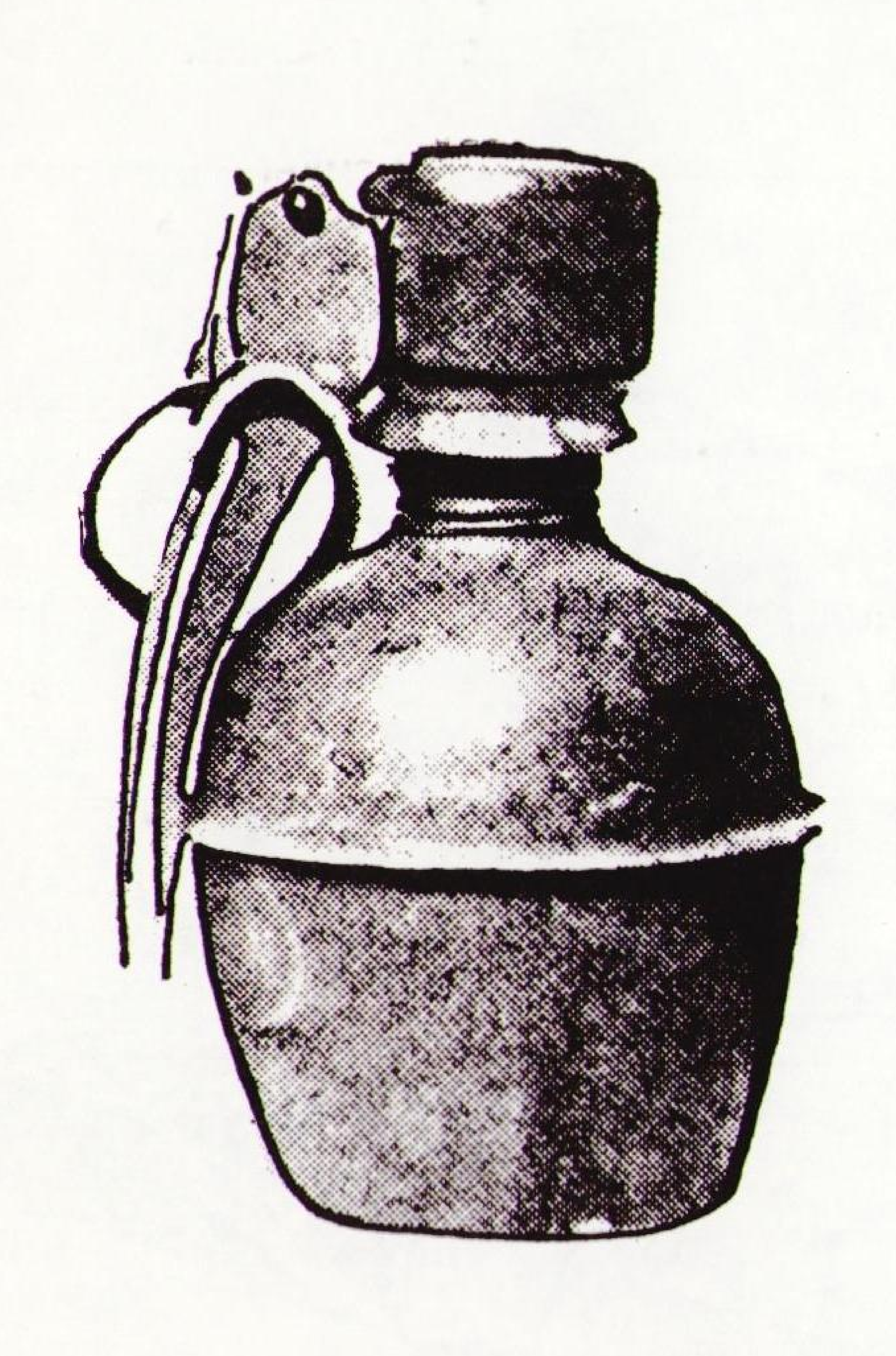
Wie zynisch diese Ankündigung von mehr ‚Demokratie' ist, zeigt das aktuelle Vorgehen von Militär- und Polizeieinheiten gegen die Arbeiter der ‚Nationalen Gewerkschaftsföderation der Minen- und Metallarbeiter (FNTMMP) in Toquepala im Süden von Peru. Dort sind die Bergarbeiter von Toquepala seit dem 3.8. in unbefristetem Streik. Dieser weitete sich am 8.August auf den ganzen Süden (Departement Arequipa) aus, und es sind jetzt sogar schon auf nationaler Ebene konkrete Gespräche zwischen nahezu allen Gewerkschaftsverbänden im Gange, die auf einen sehr wahrscheinlichen Generalstreik von unbefristeter Dauer in ganz Peru zielen.

Da die meisten Gewerkschaftsführer entweder schon verhaftet worden sind oder von den Repressionskräften verfolgt werden, haben jetzt in vielen Fällen die Frauen der aktiven Gewerkschaftskollegen die lokalen Gewerkschafts- und Streikleitungen übernommen. Dabei wurde nun am 9.August in Tacna auch die Ehefrau von Victor Cuadros zusammen mit anderen Arbeiterfrauen verhaftet. Elva Cohaila de Cuadros ist Mutter von 3 Kindern, die jetzt ohne elterliche Obhut und ohne jegliche finanzielle Mittel sind.

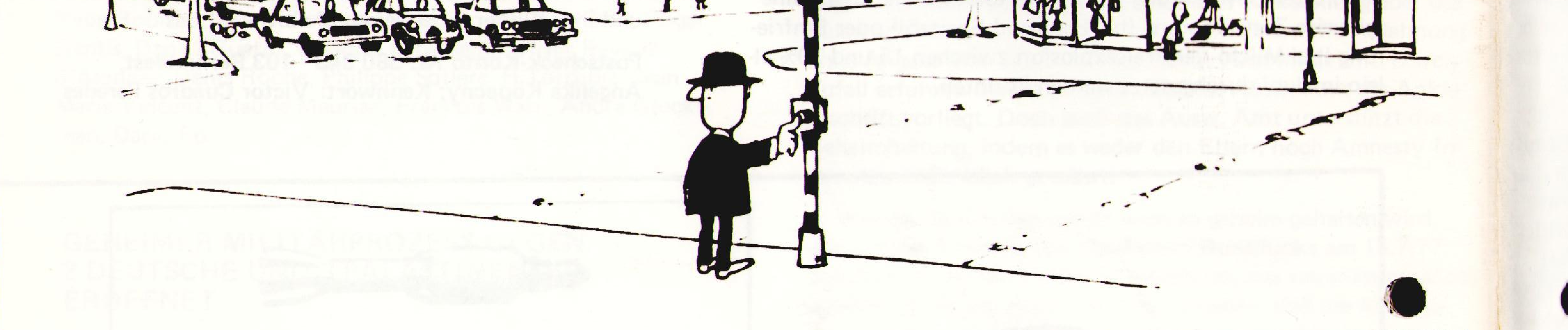
Solidaritätsspenden zur finanziellen Unterstützung der streikendenden und verhafteten Gewerkschaftskollegen und deren Familienangehörige, vor allem für Elva C. de Cuadros und ihre Kinder, überweisen Sie bitte auf das

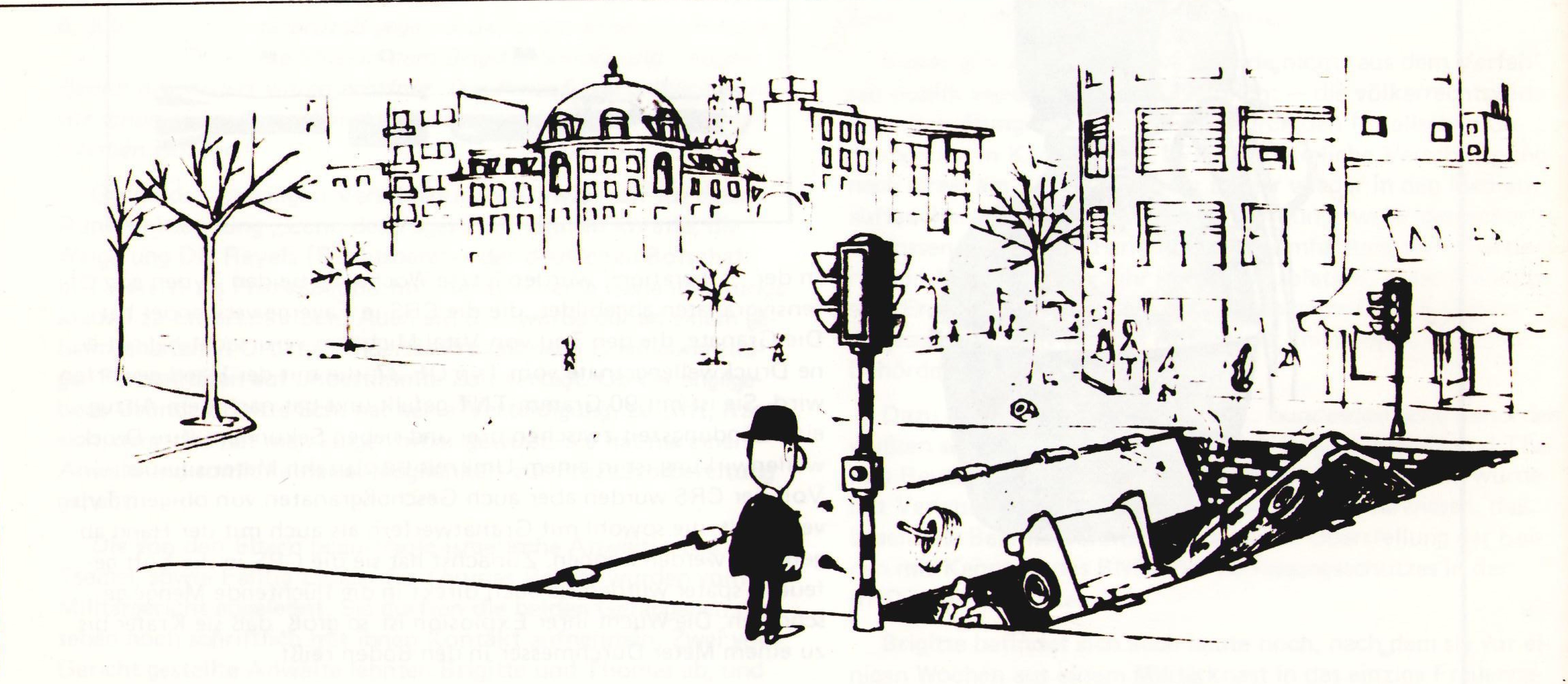
Postscheck-Konto Nr. 380 343 - 103 Berlin-West, Angelika Kopecny; Kennwort: Victor Cuadros Paredes





In der „Liberation" wurden letzte Woche die beiden Typen von Offensivgranaten abgebildet, die die CRS in Faverge verwendet hat. Die Granate, die den Tod von Vital Michalon verursacht hat, ist eine Druckwellengranate vom Typ OF 37, die mit der Hand geworfen wird. Sie ist mit 90 Gramm TNT gefullt und hat nach dem Abzug eine Zündungszeit zwischen drei und sieben Sekunden. Ihre Druckwellenwirkung ist in einem Umkreis bis zu zehn Meter spurbar. Von der CRS wurden aber auch Geschoßgranaten von obigem Typ verwandt, die sowohl mit Granatwerfern als auch mit der Hand abgefeuert werden können. Zunachst hat sie die CRS in die Luft gefeuert, später wurden sie auch direkt in die fluchtende Menge geschossen. Die Wucht ihrer Explosion ist so groß, daß sie Krater bis zu einem Meter Durchmesser in den Boden reißt.





wertheim	jugendzentrum - eine neue bewegung	14
frankfurt	resolution vom TATZELWURM	15
frankfurt	knies UMS abendgymnasium	15
tübingen	ernst bloch universität	15
nürnberg	prozeß gegen linken buchhandel	16
frankfurt	erste sitzung des russell-tribunals mitte oktober	16
frankfurt	berichtigung	18
osnabrück	faschisten wollen sich treffen	18
tübingen	anti-faschistisches-treffen	18
wiesbaden	EAP hilft BKA	19
frankfurt	ID-bibliographie	19

INTERNATIONALES

malville	augenzeugen berichten über malville	20
	kkw-gegner und die deutschen-hetze	20
	der 31. juli: wie im krieg	21
	erfahrungen im französischem knast	22
	der prozeß in bourgoin	23
larzac	sommercamp auf dem larzac	24
fessenheim	„SO, DO SIMMR WIDDR!" - radio verte	25
madrid	ökologie-bewegung in spanien (teil 1)	26
barcelona	politische gefangene in spanien	27
bologna	kongreß gegen die repression in italien	28
tel-aviv	geheimer militärprozeß	29
lima	repression nach dem generalstreik	30

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck..druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt
tel.0611/70 57 72

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

Einzelverkaufspreis: 1Mark 50 icl.5,5%MwSt